



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Autonome Szene.

Bildungsarbeit in selbstverwalteten Räumen?“

Verfasserin

Karin Rosalia Arneitz

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	5
1.1 Forschungsgegenstand und Fragestellungen	5
1.2 Methodische Vorgangsweise.....	6
1.3 Aufbau der Arbeit	8
2 Politischer Extremismus	10
2.1 Begriffsgeschichte	10
2.2 Begriffsdefinitionen und Abgrenzungen zum Radikalismus.....	12
2.3 Erscheinungsformen des Extremismus	18
2.3.1 Unterscheidung nach der Art der Ziele	18
2.3.2 Unterscheidung nach der Art der Mittel	21
2.3.3 Unterscheidung nach dem Organisationsgrad	22
2.3.4 Unterscheidung nach dem Intensitätsgrad	24
3 Linksextremismus	26
3.1 Definition	26
3.2 Ideologie.....	27
3.2.1 Kommunismus.....	29
3.2.1.1 Marxismus	29
3.2.1.2 Leninismus	31
3.2.1.3 Stalinismus	32
3.2.1.4 Trotzismus	34
3.2.1.5 Maoismus	36
3.2.2 Anarchismus.....	37
4 Die Autonomen	42
4.1 Bezeichnung und Ursprung	42
4.2 Ideologie und Weltbild	44
4.3 Organisationsstrukturen	49
4.4 Aktionsformen	52
4.5 Die Gewaltthematik	54
4.5.1 Gewalt als Ausdruck und Konsequenz autonomer Ideologie	55

4.5.2 Funktion der Gewalt bei Identitätsbildung und Binnenintegration.....	57
4.5.3 Gewaltanwendung zum Erreichen von Medienpräsenz	58
4.6 Autonome Aktionsfelder	59
4.6.1 Antifaschismus (Antifa).....	59
4.6.2 Hausbesetzungen/Selbstverwaltete Freiräume	61
4.6.3 Antirassismus und Flüchtlingsarbeit	63
4.6.4 Antirepression	66
4.6.5 Anti-Globalisierung	67
4.7 Einschätzung durch den Verfassungsschutz.....	68
4.7.1 Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung....	68
4.7.2 Die Autonomen aus Sicht des österreichischen Verfassungsschutzes ...	69
4.8 Das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH)	74
5 Politische Bildungsarbeit und die autonome Szene	80
5.1 Politische Bildung	80
5.1.1 Definition, Konzepte und Vermittlungsformen	80
5.1.2 Politische Bildung an Österreichs Schulen seit 1945	83
5.1.3 Politische Bildung im außerschulischen Bereich in Österreich.....	86
5.2 Aktuelle Lage der Wiener autonomen Szene: Die Sicht eines Insiders.....	88
5.3 Beispiele autonomer politischer Bildungsarbeit.....	90
5.3.1 Der Infoladen Infomaden und die HausbibliothEKH	90
5.3.2 Das Politediskubeisl	92
5.3.3 Die Bibliothek von unten.....	95
5.3.4 Das Archiv der sozialen Bewegungen.....	95
5.3.5 Das Que(e)r	96
6 Zusammenfassung.....	103
Literatur- und Quellenverzeichnis	107
Anhang	119
Interview mit einer Qu(e)er-Aktivistin/W23	119
Interview mit einem Politediskubeisl-Aktivisten/EKH.....	130
Abstract	134
Lebenslauf.....	136

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule
Antifa	Antifaschismus
ATIGF	Föderation der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Österreich
BVT	Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
DIDIF	Föderation der Demokratischen Arbeitervereine
EKH	Ernst-Kirchwegger-Haus
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LVT	Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RAF	Rote Armee Fraktion
RAW	Rosa Antifa Wien
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WKR	Wiener Korporations-Ring

1 Einleitung

1.1 Forschungsgegenstand und Fragestellungen

Anfang der 1980er Jahre erhalten die Autonomen erstmals durch ihr militantes Auftreten innerhalb neu entstehender sozialer Bewegungen mediale Präsenz und werden auch von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Seitdem haben sie sich zur wohl bekanntesten Subkultur im Linksextremismus entwickelt. Schwendter definiert Subkulturen als „*Teile der Gesellschaft, die von der Kultur, d.h. vom gesamten System der herrschenden Werte und Institutionen, abweichen*“¹, eine Definition, die im Zusammenhang mit den Autonomen als durchaus passend erscheint. Subkultur im Sinne einer Gegenkultur verstanden, positionieren sich die Autonomen doch von Anfang an als außerhalb der Mehrheitsgesellschaft stehend, als entschiedene Opposition zum bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftssystem.

Trotz ihrer mittlerweile über 30-jährigen Geschichte fällt es schwer, allgemeine Aussagen über die Autonomen zu formulieren. Einerseits mangelt es an einer breiter entwickelten empirischen Forschung, andererseits besteht über viele Fragen innerhalb dieser sozialen Bewegung kein klarer Konsens. Auch ist die eindeutige Zuordnung einer Gruppe oder einer Person zu den Autonomen oft schwierig und auch mit dem Begriff der autonomen Szene – im Sinne von Netzwerken von Personen, Orten und Ereignissen – ist eine eindeutige Grenzziehung nicht so leicht möglich.

Darüber hinaus sind soziale Bewegungen und somit auch die autonome Bewegung, nicht nur Reaktionen auf gesellschaftliche Umstände, sondern sie sind auch produktiv: „*Sie entwickeln und erfinden eigene Kodes, die ihre Politik und ihren Alltag strukturieren und oft über die Bewegungen hinaus eine Wirkung entfalten.*“²

¹ Rolf Schwendter (1973): Theorie der Subkultur, Köln, S. 27.

² Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 19.

Die vorliegende Arbeit widmet sich zwei inhaltlichen Schwerpunktsetzungen: Einerseits wird eine möglichst umfassende Darstellung der Autonomen bzw. der autonomen Szene angestrebt, dabei stehen die folgenden Fragestellungen im Mittelpunkt:

- Wie sind die Autonomen entstanden?
- Welche Ideologien bestimmen ihr Weltbild?
- Wie sind sie organisiert?
- Wo liegen die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten und welche politischen Ziele verfolgen sie damit?
- Stellen sie eine Gefahr für den Staat und die öffentliche Sicherheit dar?

Andererseits wird die politische Arbeit autonomer Gruppierungen daraufhin untersucht, inwieweit man sie in Zusammenhang mit politischer Bildungsarbeit sehen kann. Die konkrete Fragestellung dazu lautet:

- Kann von politischer Bildungsarbeit innerhalb der autonomen Szene in Wien gesprochen werden und wenn ja, wie lässt sie sich charakterisieren?

Bei dieser Fragestellung erfolgt eine Eingrenzung auf autonome Gruppen bzw. Projekte, die im Zusammenhang mit dem Ernst-Kirchwegger-Haus (EKH) stehen. Das EKH wurde 1990 von Autonomen besetzt, um ein autonomes Zentrum für kulturelle, politische und künstlerische Aktivitäten zu schaffen, und gilt auch heute noch als bekannter Szenetreffpunkt.

1.2 Methodische Vorgangsweise

Die Grundlage der Arbeit bildet eine umfangreiche Literaturrecherche zu den behandelten Themenbereichen mit anschließender Analyse. Dabei stellte sich bald heraus, dass der sozialwissenschaftliche Forschungsstand zu den Autonomen bzw. der autonomen Szene als äußerst dürftig zu bezeichnen ist, was insbesondere für die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen in

Österreich gilt. Das mag einerseits damit zusammenhängen, dass bisher das Hauptaugenmerk der Forschung im Bereich des Rechtsextremismus lag, andererseits ist eine Ursache sicherlich auch in einer gewissen „Explorationsverweigerung“³ der Szene zu finden. In die Bearbeitung der Kapitel, die sich mit den Autonomen bzw. der autonomen Szene beschäftigen, fließen neben sozialwissenschaftlicher Literatur auch szeninterne Publikationen bzw. Dokumente des Verfassungsschutzes ein, um eine möglichst breit gefächerte Darstellung des Themas zu erhalten.

Für die Beantwortung einiger Fragestellungen erschien ein qualitativer Zugang die am besten geeignete Methode zu sein. So beschreiben Flick, von Kardorff und Steinke als Ziele qualitativer Forschung, die *„Lebenswelten ‚von innen heraus‘ aus Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit soll sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen – auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen.“*⁴ Darüber hinaus erachtet Reinders einen qualitativen Ansatz dann für sinnvoll, wenn der Bereich noch relativ wenig erforscht ist und somit auch Neues entdeckt werden soll. Der subjektiven Sichtweise des Menschen wird dabei eine zentrale Bedeutung beigemessen, denn es wird davon ausgegangen, dass Menschen sich in ihrer Welt so verhalten, wie sie diese wahrnehmen. Somit möchte qualitative Sozialforschung auch verstehen, was Menschen denken, wie sie handeln, was sie erlebt haben oder was sie fühlen.⁵ Zur Behandlung der Fragestellung, ob innerhalb der autonomen Szene politische Bildungsarbeit stattfindet, wurden deshalb qualitative Interviews angestrebt, um auf das ExpertInnenwissen der AktivistInnen zugreifen zu können. Zwei AktivistInnen erklärten sich zur Mitarbeit – wenn auch auf unterschiedliche Weise – bereit: So konnte mit einer Que(e)r-Aktivistin ein ca. 1stündiges Interview durchgeführt werden, ein Politdiskubeisl-Aktivist erklärte sich zur Beantwortung einiger Fragen in schriftlicher Form bereit. Sowohl die Transkription des mündlichen Interviews

³ Vgl. Matthias Mletzko (2010): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 44, S. 10.

⁴ Uwe Flick/Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.) (2000), zit. nach: Heinz Reinders (2005): Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen: ein Leitfaden, München, S. 19.

⁵ Vgl. Heinz Reinders (2005): Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen: ein Leitfaden. München, S. 19 f.

als auch der beantwortete Fragenkatalog sind im Anhang dieser Arbeit zu finden.

Eine Analyse der Selbstdarstellung der untersuchten Gruppen und Initiativen im Internet, der Besuch einiger von ihnen initiierten Veranstaltungen sowie die Teilnahme an einem Programmvorbereitungstreffen der Politdiskubeisgruppe waren ebenfalls Teil der methodischen Vorgangsweise.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgt in vier Hauptkapiteln:

Nach der Einleitung erfolgt in Kapitel zwei der theoretische Einstieg in das Thema über den politischen Extremismus im Allgemeinen. Dabei wird einerseits kurz auf die historischen Wurzeln eingegangen und andererseits der wissenschaftlich sehr kontrovers geführte Diskurs über Begriffsdefinitionen – insbesondere die Abgrenzung zum Begriff des Radikalismus – aufgezeigt. Gleichzeitig werden auch die verschiedenen Erscheinungsformen des politischen Extremismus dargestellt.

Da die Autonomen dem linksextremen Spektrum zugerechnet werden, setzt sich Kapitel drei mit dem Gegenstandsbereich des Linksextremismus auseinander. Im Fokus stehen dabei linksextreme Ideologien, die anhand der beiden Hauptströmungen, Kommunismus und Anarchismus, auch jeweils kurz skizziert werden.

Kapitel vier beschäftigt sich mit dem Phänomen der Autonomen als soziale Bewegung und versucht u.a. folgende Fragen zu beantworten: Wie sind sie entstanden? Wofür stehen sie? Welche Ziele verfolgen sie? Wie sind sie organisiert? Was sind ihre Aktivitäten? Das Kapitel behandelt auch das Thema Gewalt, das mit den Autonomen immer wieder in Zusammenhang gebracht wird und gibt auch die Einschätzung durch den österreichischen Verfassungsschutz

wieder. Am Ende des Kapitels wird das Ernst-Kirchweger-Haus in Wien vorgestellt. Es gilt mittlerweile als eines der ältesten autonomen Zentren mit Besetzungsgeschichte im deutschsprachigen Raum und ist für die im darauf folgenden Kapitel im Fokus stehenden autonomen Gruppen und Projekte von besonderer Bedeutung.

Im Kapitel fünf wird der Frage nachgegangen, ob innerhalb der autonomen Szene – eingeschränkt auf Gruppen und Projekte, die sich aus dem Ernst-Kirchweger-Haus heraus entwickelt haben – politische Bildungsarbeit stattfindet. Dazu erfolgt in einem ersten Schritt eine Auseinandersetzung mit Politischer Bildung in Form von Definitionen, Konzepten und Vermittlungsformen sowie eine Darstellung Politischer Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich in Österreich. Nach einem kurzen Überblick über die aktuelle Situation der autonomen Szene in Wien aus der Perspektive eines Insiders werden dann verschiedene Gruppen und Projekte vorgestellt und hinsichtlich der eingangs gestellten Fragestellung untersucht. Dabei finden insbesondere die durch die Interviews erhaltenen Erkenntnisse Eingang in die Untersuchung.

Im Anschluss an Kapitel sechs, das eine Zusammenfassung des Themas sowie ein Resümee der erhaltenen Forschungserkenntnisse enthält, folgt das Literatur- und Quellenverzeichnis sowie ein Anhang, in dem die beiden geführten Interviews zu finden sind. Ein Abstract der Arbeit sowie der Lebenslauf der Verfasserin bilden den Abschluss.

2 Politischer Extremismus

2.1 Begriffsgeschichte

Die begrifflichen Wurzeln des politischen Extrems sind in der altgriechischen Maßethik zu finden. Danach besteht das richtige Verhalten in jeder Situation darin, eine Mitte zwischen Zuviel und Zuwenig, Über- und Untermaß einzuhalten. Platon verbindet die Maßethik mit der Verfassungslehre: sein Staatsformen-Kontinuum erstreckt sich zwischen den Extremen der Despoteia/Tyrannis und der anomischen/gesetzlosen Demokratie (im Sinne der Pöbelherrschaft). Dazwischen liegen Oligarchie, Basileia (Königtum), Aristokratie und gesetzliche Demokratie. Die Maß und Tugendhaftigkeit verbürgende Mitte wird durch eine Mischung und den Ausgleich für sich genommener schädlicher, extremer Verfassungselemente erreicht.⁶

Aristoteles führt die Maßethik mit dem Konzept der Mischverfassung zusammen. Die Interessen der Ober- und Unterschichten sollen in einer von den Mittleren getragenen Gesellschaft ausgeglichen und durch politisch-institutionelle Gestaltungselemente aus verschiedenen Verfassungsformen zum Ausgleich gebracht werden. Demnach empfiehlt sich die aus oligarchischen und demokratischen Elementen gemischte „Politie“ als relativ beste Staatsform, die durch die Meidung der Extreme in eine Verfassung mündet, die Stabilität und Bürgerfreiheit gleichermaßen gewährleistet.⁷

Für die heutige Terminologie bestimmend wird die Übertragung der alten Gegenüberstellung einer gemäßigten Mitte und den Extremen auf die im Zuge der Französischen Revolution entstandenen Links-Rechts-Unterscheidung, mit deren Ausbreitung auch die alten Begriffe weitertransportiert werden. Frank Decker führt das Schema auf die Sitzordnung in der französischen Deputiertenkammer von 1814 zurück. Hier werden erstmals – entsprechend ihrer Haltung zur Französischen Revolution – die sich herausbildenden

⁶ Vgl. Uwe Backes (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen, S. 233.

⁷ Vgl. ebenda, S. 234.

parteipolitischen Kräfte räumlich voneinander geschieden. Die BefürworterInnen und somit die VerfechterInnen des Gedankens der Volkssouveränität werden, von vorne aus gesehen, auf der linken Seite, die UnterstützerInnen des Ancien Regimes auf der rechten Seite der Versammlungshalle plaziert.⁸ *„Seit der Französischen Revolution hat sich diese Verbindung der bewahrenden politischen Kräfte mit der Ideologiebezeichnung rechts und der fortschrittlichen Kräfte mit der Ideologiebezeichnung links gehalten, wobei die politischen Inhalte, die sich konkret mit rechter und linker Ideologie verbinden, Schwankungen unterliegen.“*⁹

Der Begriff Extremismus taucht immer wieder in Zeiten politischer Polarisierungen im politischen Sprachgebrauch auf um existenzbedrohende Gefahren zu bezeichnen, dauerhaft etablieren kann er sich nach der Russischen Februarrevolution von 1917. Unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs auf die „extreme Linke“ beschränkt wird der Begriff nach dem „Marsch auf Rom“¹⁰ auch auf die „extreme Rechte“, die FaschistInnen, ausgedehnt. Extremismus ist meist eine Fremdbezeichnung und dient der Abgrenzung von politischen Meinungen, Handlungsformen und AkteurInnen. Als Kampfvokabel wird es in der politischen Auseinandersetzung oft als Mittel zur abwertenden Kennzeichnung der politischen Gegnerschaft eingesetzt.¹¹

Die Begriffsgeschichte der Extreme und des Extremismus belegt klar deren Variabilität und Kontextabhängigkeit, denn in der Vergangenheit wurde oftmals zur goldenen Mitte erklärt, was zuvor als extrem bekämpft worden war. Darüber hinaus unterliegen die inhaltlichen Zuschreibungen für die Mitte und die Extreme auch deshalb häufigen Veränderungen, weil die politischen

⁸ Vgl. Frank Decker (1998): Jenseits von rechts und links? Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 34.

⁹ Franz Urban Pappi (2010): Links-Rechts-Skala, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, 4. aktual. u. erw. Auflage, München, S. 553.

¹⁰ Darunter versteht man die Machtübernahme Mussolinis und der von ihm geführten faschistischen Bewegung in Italien im Oktober 1922. Vgl. http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Marsch_auf_Rom.html (Zugriff: 6.2.2012).

¹¹ Vgl. Uwe Backes (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 16 f.

KontrahentInnen den auf sie gemünzten Begriff oftmals aufgreifen und mit anderen Bedeutungen füllen.¹²

2.2 Begriffsdefinitionen und Abgrenzungen zum Radikalismus

Im Lexikon der Politikwissenschaft findet man unter Extremismus folgenden Eintrag:

„Extremismus (von lat. extremus = der äußerste), bezeichnet – topographisch betrachtet – polit. Positionen an den Rändern rechts und links des polit. Spektrums bzw. zum Äußersten hin gerichtete politische Strömungen und Bewegungen. Umgangssprachlich ist der Begriff weitgehend identisch mit dem des Radikalismus, wiss. und polit. streiten sich jedoch die Geister, worin mögliche und sinnvolle Unterscheidungen liegen.“¹³

Der Extremismusbegriff erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein schwer zu fassender Terminus, der wissenschaftliche Diskurs dazu zeichnet sich durch eine Fülle von einander teils widersprechenden Meinungen und Ansätzen aus.

Dem lateinischen Wort „extremus“ werden neben „äußerste“ auch noch Bedeutungen wie „ärgste“, „gefährlichste“, „schlechteste“ oder „verächtlichste“ zugeschrieben. Damit wird bereits eine normative Wertung angelegt: Extrem gilt demnach als sektiererisch, polarisierend, kompromisslos und problematisch, die Mitte als durchschnittlich, gemäßigt, harmonisch und ausgleichend. *„Extreme werden als gefährlich und bedrohlich empfunden, die Mitte erscheint als normal und gut.“¹⁴*

¹² Vgl. Uwe Backes (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 16 f.

¹³ Petra Bendel (2010): Extremismus, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien, Methoden, Begriffe, 4. aktual. u. erw. Auflage, München, S. 246.

¹⁴ Vgl. Gero Neugebauer (2001): Extremismus-Rechtsextremismus-Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 14.

Daraus leitet sich ein negativ konnotierter Extremismusbegriff ab, der in der auf Platon und Aristoteles rekurrierenden abendländischen Verfassungsstaatstradition alle Einstellungen, Verhaltensweisen, Institutionen und Ziele umfasst, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs findet dieser normativ ausgeprägte Extremismusbegriff Eingang in die wissenschaftliche Diskussion westlicher Demokratien und wird teils weiter, teils enger gefasst.¹⁵

Der normative Extremismusbegriff, als dessen Wegbereiter Uwe Backes und Eckard Jesse gelten, ist vor allem als Abgrenzungsbegriff zu verstehen, im Sinne einer Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat. Bei der Definition des politischen Extremismus wird eine „definitio ex negativo“ von einer „definitio ex positivo“ unterschieden.

Die Negativdefinition geht dabei von einer Minimaldefinition des demokratischen Verfassungsstaates aus, dessen Kern zwei zentrale Elemente umfasst: eine demokratische und eine konstitutionelle Komponente. Dabei umfasst das demokratische Prinzip die fundamentale menschliche Gleichheit, die Souveränität des Volkes, die Repräsentation des Volkes durch gewählte VertreterInnen und die Umsetzung bzw. Einhaltung von Mehrheitsregeln und Minderheitenschutz. Das konstitutionelle Prinzip hingegen steht für Regeln zur Begrenzung und Kontrolle politischer Macht sowie den Schutz persönlicher Freiheitsrechte. Daraus ergibt sich folgende Definition von Extremismus:¹⁶

„In diesem Sinn ist Extremismus als Absage an die grundlegenden Werte, Verfahren und Institutionen der Demokratie zu verstehen. Dazu zählen die Idee der Menschenrechte, die daraus resultierenden Grund- und Freiheitsrechte der Bürger, Interessenpluralismus, freie politische Betätigung und freie Wahlen sowie der Schutz bzw. die Bewahrung individueller und politischer Freiheiten. Alle Einstellungen, Verhaltensweisen, Institutionen und Ziele, die sich gegen diese Prinzipien richten, gelten als extremistisch.“¹⁷

¹⁵ Vgl. Uwe Backes (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 18 f.

¹⁶ Vgl. Eckhard Jesse/Tom Thieme (2011): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, S.15.

¹⁷ Ebenda.

Die Positivdefinition bestimmt die geistige Beschaffenheit der Extremisten durch die Herausarbeitung der für sie charakteristischer Denkstrukturen. Dazu werden der Absolutheitsanspruch der eigenen Auffassungen, Dogmatismus, Utopismus und kategorischer Utopieverzicht, die Unterteilung der Welt in Freund und Feind, Verschwörungstheorien sowie Fanatismus und Aktivismus gezählt. Auf die Verwendung des Begriffs Radikalismus in wissenschaftlichen Analysen sollte nach Backes verzichtet werden, aufgrund der positiven Konnotation im Sinne einer „an die Wurzel“¹⁸ einer Fehlentwicklung vordringenden Problemlösung. Darüber hinaus wären Missverständnisse unvermeidlich, da vor allem in den romanischen Ländern der Radikalismusbegriff eng mit den liberalen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts verknüpft ist, die Forderungen nach BürgerInnenrechten und Volkssouveränität aufwerfen.¹⁹

Die Extremismusdefinition von Backes und Jesse muss im Zusammenhang mit dem in Deutschland verwendeten „amtlichen Extremismusbegriff“²⁰ gesehen werden, der sich im Kontext der „wehrhaften“ bzw. „streitbaren“ Demokratie entwickelt hat. Nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik, in der antidemokratische Kräfte im Schutz der Verfassung die Zerstörung der Demokratie betreiben konnten wurden in das deutsche Grundgesetz Vorschriften aufgenommen, die ihren Wesenskern, die freiheitliche demokratische Grundordnung, vor Übergriffen künftig schützen soll. Kennzeichnend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind folgende acht Prinzipien: Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der Parteien einschließlich Oppositionsfreiheit. Nicht die bloße Ablehnung bzw. Nicht-Anerkennung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gilt als

¹⁸ Siehe dazu Seite 6, Werner Maierhofer.

¹⁹ Vgl. Uwe Backes (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen, S. 221.

²⁰ Eine juristische Definition von Extremismus existiert nicht. Weder das deutsche Grundgesetz noch einschlägige Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur streitbaren Demokratie erwähnen den Begriff. Christoph Weckenbrock (2010): Politikwissenschaftliche, verfassungsrechtliche und administrative Perspektiven des Extremismusbegriffs, unter: http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4993:christoph-weckenbrock-politikwissenschaftliche-verfassungsrechtliche-und-administrative-perspektiven-des-extremismusbegriffs&Itemid=840 (Zugriff: 8.11.2011).

verfassungswidrig, sondern erst Handlungen, die aggressiv und planvoll darauf zielen sie zu beseitigen. Daraus leitet sich der amtliche Extremismusbegriff ab: Als extremistisch gelten somit Bestrebungen (und deren UrheberInnen), die sich auf diese Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Als radikal werden hingegen Bestrebungen bezeichnet, die zwar noch im Rahmen des verfassungskonformen Spektrums angesiedelt sind aber Ziele verfolgen, die außerhalb des Mehrheitskonsenses liegen. Oder vereinfacht gesagt: Extremismus wird als verfassungswidrig, Radikalismus als bloß verfassungsfeindlich angesehen.²¹

Mit dieser Auslegung sind die deutschen Verfassungsschutzbehörden jener Grenzziehung zwischen Extremismus und Radikalismus gefolgt, die der liberale Rechtsphilosoph und -politiker Werner Maihofer zu Beginn der 1970er Jahre vorgenommen hat. Radikalismus definiert er als im Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates und der Werteordnung des Grundgesetzes legitime bis an die Wurzeln einer Fragestellung gehende Zielsetzung, Extremismus hingegen als ein gegen den Grundbestand der freiheitlich rechtsstaatlichen Verfassung gerichtetes Bestreben.²²

Weitaus enger gefasst ist ein Verständnis von Extremismus, das den Begriff an die Ausübung politisch motivierter Gewalt bindet. In Staaten wie Großbritannien, Schweiz, USA aber auch Österreich werden nach dieser Auslegung durch den Verfassungsschutz politische Bestrebungen erst dann illegitim, wenn der Boden gewaltfreier Konfliktaustragung verlassen wird. Für Backes ist dieses Verständnis von Extremismus eine problematische Eingrenzung, da sich in der Vergangenheit extremistische Bestrebungen oftmals aus strategischen Gründen bei der Verfolgung ihrer Ziele innerhalb der

²¹ Vgl. Gero Neugebauer (2001): Extremismus-Rechtsextremismus-Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 14 f.

²² Vgl. Uwe Backes (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 20.

Legalitätsgrenzen bewegt haben.²³ Spezielle strafgesetzliche Regelungen existieren in Österreich in bezug auf den Nationalsozialismus. Das Verbotsgesetz von 1947, mit dem die Entnazifizierung in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg geregelt wurde, stellt auch heute (zumindest teilweise) noch lebendes Recht dar und bildet die Grundlage für strafrechtliche Verfolgungen. Danach kann der Aufbau einer nationalsozialistischen Organisation, Wiederbetätigung oder die Leugnung des NS-Völkermordes (seit der Novelle 1992) mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden.²⁴

Hans D. Klingemann und Franz U. Pappi trennen die Begriffe Extremismus und Radikalismus basierend auf der Unterscheidung zwischen einem wertorientierten und einem normorientierten Demokratiebegriff. In einer Wahlstudie zur Landtagswahl 1970 in Hessen führen sie zur Messung der Zustimmung bzw. Ablehnung von demokratiestützenden Einstellungen eine Ziel- und eine Mitteldimension ein. Die Frage nach den Werten zielt vor allem auf das politische Hauptziel ab, während mit Mitteln alle verwendeten Methoden zur Erreichung des Hauptziels gemeint sind. Extremismus wird demzufolge als Negation demokratischer Werte, Radikalismus als Ablehnung demokratischer Methoden definiert.²⁵

Untermauert wird dieses Begriffsverständnis vom Mannheimer Sozialwissenschaftler Max Kaase zu Beginn der 1980er Jahre. Seinem Verständnis nach wird die Ziel- und Wertedimension über die Links-Rechts-Einstufung operationalisiert und als politischer Extremismus bezeichnet. Die Mittel- oder Normdimension hingegen bezieht sich auf die Zustimmung bzw. die Ablehnung institutionalisierter politischer Verfahrensweisen und wird in ihrem antiinstitutionellen Pol als politischer Radikalismus bezeichnet. Darunter fällt

²³ Vgl. Uwe Backes (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 19.

²⁴ Vgl. Rechtsinformationssystem des BKA, Verbotsgesetz 1947, unter: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=1000207&ShowPrintPreview=True> (Zugriff: 16.11.2011)

²⁵ Vgl. Hans D. Klingemann/Franz U. Pappi (1972): Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien, S. 73 ff.

insbesondere die Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen in der politischen Auseinandersetzung.²⁶

Eine dritte Dimension, zusätzlich zur Ziel- und Mitteldimension, wurde von Seymour Martin Lipset und Earl Raab in ihrem Standardwerk zum Rechtsextremismus in den Vereinigten Staaten eingeführt. Auch sie gehen bei der Definition ihres Extremismusbegriffs von einer Minimaldefinition von Demokratie aus: Mit dem Begriff Pluralismus bezeichnen sie den Kern einer normativen Grundausstattung freiheitlicher Demokratie und meinen damit das Gegen-, Neben- und Miteinander verschiedenartiger Interessen, Anschauungen und Lebensentwürfe.²⁷ Unter politischen Extremismus verstehen sie ein Überzeugungssystem, das sozio-politische Konflikte und Trennungslinien als illegitim kennzeichnet und aus einem Bedürfnis nach Harmonie auf die dauerhafte Aufhebung dieser Konflikte dringt. Demzufolge wird von ihnen Extremismus als Antipluralismus oder ideologischer Monismus definiert.²⁸

Einen weiteren Beitrag zur Begriffs- und Abgrenzungsdebatte liefert der in Antwerpen lehrende Politikwissenschaftler Cas Mudde. Wie Backes und andere definiert er Extremismus als Antithese zur Demokratie, als antidemokratisch. Der von ihm verwendete Demokratiebegriff folgt der Definition des österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter, der darunter Folgendes versteht: „(...) *eine institutionelle Vereinbarung um politische Entscheidungen erreichen zu können, welche das Gemeinwohl dadurch realisiert, dass die Bürger durch die Wahl von Individuen selbst entscheiden, welche sich versammeln, um den Willen der Bürger auszutragen.*“²⁹ Nach Mudde weist demnach der Extremismus den Glauben an die Volkssouveränität zurück, der Radikalismus hingegen akzeptiert im Gegensatz zum Extremismus die Verfahren einer Demokratie. Im Unterschied zur extremismustheoretischen

²⁶ Vgl. Uwe Backes (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen, S. 218 f.

²⁷ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 87.

²⁸ Vgl. Max Kaase (1992): Linksextremismus, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 3, Die westlichen Länder, München, S. 232.

²⁹ Joseph A. Schumpeter (1947), zit. nach: Cas Mudde (2006): Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen, S. 88.

„Schule“ nach Backes und Jesse definiert Mudde den Radikalismus in Opposition zur konstitutionellen Demokratie, denn „(...) er fordert ihre liberale Basis heraus, besonders die Wertschätzung des Pluralismus und die konstitutionelle Beschränkung der Volkssouveränität. Der Kern des Radikalismus ist Monismus, das heißt die Tendenz, Pluralismus als illegitim anzusehen.“ Für Mudde sind somit sowohl der Extremismus als auch der Radikalismus antiliberal und antikonstitutionell, der zentrale Unterschied liegt jedoch in der fundamental antidemokratischen Ausrichtung des Extremismus.³⁰ Mudde kehrt damit – obwohl er ebenso zwischen einer Wert- und Methodendimension differenziert – die von Klingemann und Pappi getroffene Unterscheidung von Extremismus und Radikalismus ins Gegenteil.

Die hier dargestellten Definitons- und Abgrenzungsversuche des Extremismusbegriffs ließen sich noch weiter fortsetzen und mögen verdeutlichen, dass in Anbetracht dieser Vielzahl von miteinander im Wettstreit liegenden Definitionsvarianten der Vorwurf einer von vielen Seiten erhobenen „babylonischen Sprachverwirrung“ nicht ganz von der Hand zu weisen ist.

2.3 Erscheinungsformen des Extremismus

2.3.1 Unterscheidung nach der Art der Ziele

Was die politische Zielsetzung angeht, so besteht die am weitesten verbreitete Unterscheidung – in der Politikwissenschaft und auch im Allgemeinen – zwischen Linksextremismus und Rechtsextremismus. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, das politische Spektrum entlang einer Achse anzusiedeln, die von links über die als gemäßigt geltende Mitte bis nach rechts reicht. Die ideologischen Ausprägungen werden deutlicher, je mehr sie zu den Rändern tendieren, an den Enden der Achse sind die Extrempositionen angesiedelt.³¹

³⁰ Vgl. Cas Mudde (2006): Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen, S. 88 f.

³¹ Vgl. Tom Thieme (2005): Jenseits politischer Richtungsbegriffe? Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 56.

Wie bereits erwähnt führt die bekannteste Erklärung für diese Unterscheidung auf die Sitzordnung im französischen Parlament nach der Revolution von 1789 zurück, wo die Anti-Revolutionäre auf der rechten und die Revolutionäre auf der linken Seite saßen. Aus diesem Grund wird auch heute noch die politische Rechte oft als konservativ oder sogar reaktionär betrachtet, die Linke hingegen wird als progressiv angesehen.³²

Der Turiner Rechtsphilosoph Norberto Bobbio bringt Mitte der 1990er Jahre einen vielbeachteten Beitrag zur Recht-Links-Unterscheidung ein, mit dem er den beiden Richtungsbegriffen einen auch für die Gegenwartsanalyse tragfähigen politischen Inhalt zu geben versucht. Das Gegensatzpaar „rechts“ und „links“ drückt nach Bobbio die jeweilige Haltung zum Ideal der Gleichheit aus. Als Linke oder „*Egalitarier*“ bezeichnet Bobbio all jene, *„die, ohne zu verkennen, daß die Menschen ebenso gleich wie ungleich sind, eher dem größere Bedeutung beimessen, was sie gleich statt ungleich macht, um sie zu beurteilen und ihnen Rechte und Pflichten zu übertragen“*. Als Rechte oder „*Nichtegalitarier*“ bezeichnet er diejenigen, *„die von der gleichen Feststellung ausgehend, um desselben Zieles willen dem größere Bedeutung beimessen, was die Menschen ungleich statt gleich macht“*. Während die Linke dazu neigt Ungleichheiten als Folge veränderbarer sozialer Zustände zu interpretieren und auf ihre Beseitigung zu dringen, sei die Rechte viel eher bereit *„das Natürliche und diese zweite Natur zu akzeptieren, die sich in Gewohnheit, in Tradition, in der Kraft des Vergangenen ausdrückt.“*³³

Die Frage der Unterscheidung von Rechts- und Linksextremismus wird von Bobbio zwar nicht gesondert behandelt, kann jedoch anhand seiner Unterscheidung der Begriffe extrem und gemäßigt beantwortet werden. Die Unterscheidung dieser beiden Begriffe orientiert sich am Prinzip der Freiheit und führt zu einer Differenzierung zwischen freiheitlichen Doktrinen und Bewegungen einerseits und autoritären Doktrinen und Bewegungen andererseits. Demzufolge muss eine autoritäre Linke und Rechte von einer

³² Vgl. Cas Mudde (2008): Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 47, S. 13.

³³ Vgl. Norberto Bobbio (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin, S. 78 f.

freiheitlichen Linken und Rechten unterschieden werden. Kennzeichnend für die extreme Linke ist nach Bobbio die Negation des Freiheitsprinzips, die extreme Rechte lehnt hingegen sowohl das Freiheits- als auch das Gleichheitsprinzip ab.³⁴

Nach Tom Thieme liegt die Gemeinsamkeit von Rechts- und Linksextremismus in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, doch negieren sie jeweils verschiedene Grundprinzipien – die demokratische und die konstitutionelle Komponente – innerhalb des demokratischen Staates. Ist das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit gefährdet (antidemokratischer Extremismus) spricht man von Rechtsextremismus. Wird die staatliche Verfasstheit angegriffen, also das rechtsstaatliche bzw. gewaltenteilende Prinzip abgelehnt (antikonstitutioneller Extremismus), dann handelt es sich um Linksextremismus.³⁵

Der politisch-religiöse Fundamentalismus ist eine dritte Variante des Extremismus, der sich jedoch nicht auf der Rechts-Links-Achse einordnen lässt. Der Fundamentalist strebt die Einheit von Religion und Staat an, erklärtes Ziel ist die Weltvorherrschaft der Religion und die Errichtung von Gottesstaaten bzw. letztlich eines einzigen Gottesstaates. Dabei stellt insbesondere der islamische Fundamentalismus durch seinen gewalttätigen Terrorismus eine Gefahr für die Demokratie dar.³⁶

Dazu Hans-Gerd Jaschke: *„Die Grundprinzipien der westlichen Staats- und Gesellschaftsordnung sind ihm nicht nur fremd, er lehnt sie in militanter Weise ab: Grund- und Menschenrechte, Demokratie und Gewaltenteilung, Rechtsstaat.“* Der zentrale Unterschied zum Rechts- und Linksextremismus liegt in der Einstellung zur Religion: Während erstere eine eher reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber der Religion einnehmen und bei beiden der Primat der Politik gilt, so basiert im islamischen Fundamentalismus die Idee des

³⁴ Vgl. Uwe Backes (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen, S. 227 f.

³⁵ Vgl. Tom Thieme (2005): Jenseits politischer Richtungsbegriffe? Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 56.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 57.

Gottesstaates gerade darauf, dass es keine Trennung gibt und dass die Religion des Islam alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringt.³⁷

Innerhalb der bisher erwähnten Extremismusformen existieren viele Differenzierungen, die sich nicht nur ideologisch und programmatisch stark voneinander unterscheiden, sondern einander teilweise auch bekämpfen. Am Beispiel des Linksextremismus wird das in einem eigenen Kapitel noch ausführlich dargestellt werden.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, dass es neben dem Links- und Rechtsextremismus sowie dem Fundamentalismus, die vielfach als alte Formen des Extremismus gelten, auch neue Formen existieren zu denen ökologische ExtremistInnen oder auch der Radikalfeminismus gezählt werden.³⁸ Auch werden einige gewaltbereite und eindeutig antidemokratische TierrechtsaktivistInnen zu den neuen Extremismusformen gezählt. Eine der bekanntesten ist die Animal Liberation Front (ALF), die in vielen westeuropäischen Staaten aktiv ist. In Ländern wie Großbritannien wird sie als eine der größten (nicht-islamischen) Bedrohungen für Eigentum und Personen angesehen.³⁹

2.3.2 Unterscheidung nach der Art der Mittel

Hier kann unterschieden werden zwischen den BefürworterInnen einer strikten Legalitätstaktik, die sich innerhalb der gesetzlichen Ordnung bewegen, bis hin zu den TerroristInnen, die politische Gewalt nicht nur befürworten sondern auch systematisch einsetzen. Dazwischen findet man Positionen, die Gewalt zwar prinzipiell begrüßen, sie in der Praxis aber aus unterschiedlichen Gründen ablehnen. Nach der Ausführung der Gewalt kann zwischen systematischer Gewaltanwendung (Untergrund-Terrorismus) und mehr oder weniger spontaner

³⁷ Vgl. Hans-Gerd Jaschke (2006): Politischer Extremismus, Wiesbaden, S. 33.

³⁸ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse (1998): Neue Formen des politischen Extremismus?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 18.

³⁹ Vgl. Cas Mudde (2006): Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.) Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen, S. 94 f.

Gewaltanwendung unterschieden werden. Darüber hinaus stellt sich noch die Frage, ob sich die Gewalt gegen Personen oder gegen Sachen richtet.⁴⁰

2.3.3 Unterscheidung nach dem Organisationsgrad

Der politische Extremismus ist unterschiedlich gut organisiert. Das Spektrum reicht von der terroristischen Struktur über Parteien und lockere Gruppierungen bis hin zu Einzelpersonen, die in keinem Zusammenhang zu einer Organisation stehen.

Uwe Backes kommt bei einer gemeinsamen Betrachtung der drei bisherigen Unterscheidungskriterien, wobei er in diesem Zusammenhang die Begriffe Doktrin, Aktion und Organisation verwendet, zu folgender Typologisierung:⁴¹

- **Theoriezirkel:** Bei diesem Typus steht die Doktrin im Vordergrund, die Elemente Aktion und Organisation treten hingegen zurück. Der Theoriezirkel kann als eine extremistische Elementarform gelten, der aus unorganisierten oder organisatorisch locker verbundenen Diskussionsrunden besteht. Er dient vor allem dem Meinungsaustausch, wobei die daran teilnehmenden Personen häufig wechseln können.
- **Traditionsvereine:** Hier dominiert das organisatorische Element, Doktrin und Aktion stehen im Hintergrund. Sie dienen der Pflege und der Erhaltung einer „Gemeinschaft“, der Besinnung auf die eigene Geschichte, der Information und der Unterhaltung. Die Mitglieder gehören häufig der älteren Generation an, aber es gibt auch Jugendorganisationen, die sich der Traditionspflege verschreiben.
- **EinzelaktivistInnen:** Hier steht das Moment der Aktion ganz im Vordergrund, während Doktrin und Organisation in ihrer Bedeutung zurücktreten. Sie treten regelmäßig am Rande gewaltsamer Auseinandersetzungen auf und sind zumeist jugendliche Täter, die nur

⁴⁰ Vgl. Eckhard Jesse (2004): Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 16.

⁴¹ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen, S. 267 ff.

oberflächlich politisiert sind und vor allem den Aggressionsaustausch suchen.

- **Politische Sekten:** Bei diesem Typus tritt die politische Aktion deutlich hinter die etwa gleichgewichteten Elemente Doktrin und Organisation zurück. Sie sind gekennzeichnet durch die Homogenität der Gesinnung ohne Raum für weltanschauliche Pluralität. Vom Selbstverständnis her eine Gegengesellschaft, die weniger nach direkter Macht strebt, sondern vielmehr aufgrund ihres vorbildhaften Wirkens die Welt zum Besseren bekehren möchte. Der direkten zwischenmenschlichen Kontaktaufnahme wird der Vorrang gegenüber der Verbreitung von Wort und Schrift eingeräumt.
- **Terrorgruppen:** Im Vordergrund stehen die Elemente Doktrin und vor allem die Aktion, der Faktor Organisation tritt mehr oder weniger deutlich zurück und dient dem Ziel der Durchführung politischer Aktionen. Darüber hinaus lässt der permanente Ausnahmezustand, dem sich Terrorgruppen aufgrund ihrer Aktivitäten aussetzen, die Herausbildung eines relativ eigenständigen organisatorischen Apparates kaum zu. Die Fluktuation der Mitglieder ist verhältnismäßig gering, durch personelle Verluste (Tod oder Inhaftierung) besteht jedoch auch die Notwendigkeit zur weiteren Mitgliederwerbung.
- **Sammlungsbewegungen:** Bei diesem Typus dominieren Organisation und Aktion. Sammlungsbewegungen bilden einen umfangreichen organisatorischen Apparat aus, der die Aktionen der großen Anzahl der Aktiven koordiniert. Extremformen politischer Aktionen sind hier nicht anzutreffen, es wird versucht, sich möglichst eng den Strukturen politischer Prozesse in demokratischen Verfassungsstaaten anzupassen. Große Bedeutung kommt der Gewinnung neuer Mitglieder zu, daher ist die politische Programmatik notwendigerweise vage und auf die Bedürfnisse möglichst vieler zugeschnitten.

- **Kaderparteien:** In der von Lenin entworfenen Form der Kaderpartei findet man eine ausgewogene Verbindung der drei Elemente Organisation, Aktion und Doktrin. Militärische Disziplin, totale Hingabe aller Parteimitglieder für die revolutionären Ziele („Berufsrevolutionäre“), eine Mischung aus Agitation und Propaganda sowie konspirativer Betätigung sollen auf Dauer zum Durchbruch und zum Aufbau einer neuen Gesellschaft führen.

2.3.4 Unterscheidung nach dem Intensitätsgrad

Eckhard Jesse führt bei der Unterscheidung der Erscheinungsformen des Extremismus die Begriffe „weicher“ und „harter“ Extremismus ins Feld, denn *„Extremismus ist eben nicht gleich Extremismus“*.⁴² Bei der Differenzierung extremistischer Intensität geht es ihm nicht darum, einen weichen Linksextremismus von einem harten Rechtsextremismus zu unterscheiden, denn Unterschiede kann es sowohl innerhalb der einzelnen Strömungen als auch aus vergleichender Perspektive geben. Um den Intensitätsgrad von politischem Extremismus zu untersuchen ist die Differenzierung der Organisationsform notwendig, denn was z.B. für den parteiförmig organisierten Extremismus gilt, kann nicht in gleichem Maße für den subkulturellen Extremismus oder für intellektuelle Extremismusvarianten gelten. Je nachdem was untersucht wird, kommen also unterschiedliche Kriterien für die Merkmale Ideologie, Organisation, Strategie und Aktionismus zum Einsatz.⁴³

Welche Unterscheidungen sich dadurch ergeben, soll exemplarisch für den parteiförmig organisierten Extremismus kurz dargestellt werden:

Ideologisch lehnen harte Extremismen den demokratischen Verfassungsstaat insgesamt ab und streben eine Diktatur an. Weiche Extremismen richten sich hingegen nur gegen bestimmte Bereiche, wie z.B. bürgerliche Freiheits- und Gleichheitsrechte und laufen somit auf eine Abschwächung der Elemente des demokratischen Verfassungsstaates hinaus.

⁴² Eckhard Jesse (2010): Aktuelle Aspekte des Linksextremismus – Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Linksextreme Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention, Tagungsband, Erfurt, S. 71f, unter. http://www.thueringen.de/imperia/md/content/verfassungsschutz/publikation_zum_9._symposium_layout_1.pdf (Zugriff: 18.10.2011)

⁴³ Vgl. Eckhard Jesse/Tom Thieme (2011): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, S. 18.

Aus organisatorischer Sicht sind in extremistischen Parteien häufig unterschiedliche Strömungen beheimatet um ein möglichst breites Wählerpotential ansprechen zu können. Stellt die antidemokratische Gesinnung innerhalb der jeweiligen Organisation die Mehrheit, handelt es sich um harten Extremismus, befindet sie sich in der Minderheitenposition, spricht Jesse von weichem Extremismus.

Unter dem Strategieaspekt halten sich weiche Extremismusformen formal an die demokratischen Prinzipien, harte zielen dagegen mehr oder weniger offen auf einen Systemwechsel.⁴⁴

Das Merkmal Aktionismus tritt beim parteiförmig organisierten Extremismus in den Hintergrund, da die meisten extremistischen Parteien nicht aggressiv und gewaltbereit auftreten. Das Kriterium nach der Wahl der Mittel gilt in erster Linie als Bestimmungsmerkmal für harten und weichen nichtparteförmigen Extremismus.⁴⁵

⁴⁴ Eckhard Jesse (2010): Aktuelle Aspekte des Linksextremismus – Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Linksextreme Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention, Tagungsband, Erfurt, S. 71f, unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/verfassungsschutz/publikation_zum_9._symposium_layout_1.pdf (Zugriff: 18.10.2011)

⁴⁵ Vgl. Eckhard Jesse/Tom Thieme (2011): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, S. 20.

3 Linksextremismus

3.1 Definition

Eckhard Jesse umschreibt den Gegenstandsbereich des Linksextremismus wie folgt:

„Unter die Sammelbezeichnung Linksextremismus fallen Anarchisten, für die zentrale Organisationsformen generell von Übel sind, „autonome“ Gruppierungen, die sich nicht an Autoritäten ausrichten und ein hohes Maß an Subjektivismus predigen – die Grenzen zum Terrorismus sind fließend – sowie verschiedenartige Spielarten des Kommunismus. Diese berufen sich in unterschiedlicher Ausprägung auf Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Tsetung. Dabei ließen sich in der Vergangenheit grob drei Hauptströmungen voneinander unterscheiden: der an der Sowjetunion orientierte Kommunismus, der Maoismus und der Trotzismus.“⁴⁶

Gemeinsam sei allen LinksextremistInnen, so Jesse, dass sie in der kapitalistischen Klassengesellschaft die Wurzel allen Übels sehen.⁴⁷

LinksextremistInnen greifen die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus Abhängigkeiten befreien und jegliche Herrschaftsverhältnisse abschaffen. Die Verwirklichung dieser Utopie soll im Kommunismus durch die Errichtung einer Diktatur des Proletariats, beim Anarchismus durch die Ablehnung jeglicher Staatlichkeit erfolgen.

Die Orientierung an einer klassen- oder herrschaftslosen Ordnung und der Glaube an die Gleichheit und Perfektionalität des Menschen, die Kraft der Vernunft und die Unaufhaltsamkeit des Fortschritts machen den Kommunismus

⁴⁶ Eckhard Jesse (2000): Linksextremismus, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Politik-Lexikon, München/Wien, S. 356.

⁴⁷ Vgl. ebenda.

und den Anarchismus zu radikalen Erben der Aufklärung. Das lässt sie als konsequente Anhänger der demokratischen Ideen erscheinen und führt dazu, dass sie in demokratischen Gesellschaften nicht selten Sympathien genießen. Patrick Moreau und Jürgen Lang werfen ihnen jedoch ein mangelndes Verständnis für das Regelwerk konstitutioneller Freiheitssicherungen vor, *„ohne die auch noch so großartige Proklamationen ins Leere laufen“* sowie einen Hang zum Menschenrechts-Fundamentalismus, der die Rahmenbedingungen verantwortlichen Handelns verkennt: *„Es ist eine bittere Wahrheit, daß unsägliche Verbrechen an der Menschheit vielfach von denen begangen worden sind, die sich am lautesten auf die Interessen der Menschen beriefen: Die Taten Stalins, Mao Tse-tungs oder Pol Pots bieten dafür nur die schreckenerregendsten Beispiele.“*⁴⁸

3.2 Ideologie

Für den Begriff Ideologie fehlt es an einer allgemein anerkannten Definition. Eine politikwissenschaftlich brauchbare Begriffsbestimmung bietet Kurt Salamun:

*„Unter Ideologien werden Gedankengebilde verstanden, die gesellschaftliche Gruppen als allgemeine Orientierungsraster bei der Interpretation der sozialen Wirklichkeit dienen, Machtansprüche dieser Gruppen im politischen Leben legitimieren und neben echten wissenschaftlichen Einsichten, offenen Wertungen, Normen und Handlungsappellen auch krypto-normative und falsche Vorstellungen enthalten und deren ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche und Unwahrheiten auf eine interessenbedingte Befangenheit ihrer Produzenten und Verfechter zurückzuführen sind.“*⁴⁹

Nach Salamun tragen Ideologien dadurch zur Klärung politischer Ziele bei und bieten dem Publikum eine Orientierung. Überzeugungen von der Legitimität

⁴⁸ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 19.

⁴⁹ Kurt Salamun (1988), zit. nach Walter Euchner (1995): Ideologie, in: Dieter Nohlen/Rainer Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München, S. 192.

politischer Herrschaft werden dadurch genauso begründbar wie Herrschaftskritik. Wenn jedoch der Weltbildaspekt von Ideologie übersteigert wird, so entsteht dadurch die Gefahr von politischem Fanatismus und gesellschaftlicher Polarisierung.⁵⁰

Die Entwicklung der linksextremistischen Ideologie ist von zahlreichen Brüchen gekennzeichnet, aus denen verschiedene Formen des Linksextremismus hervorgegangen sind. Zum Teil stehen sie sich unversöhnlich gegenüber, da jedes Lager für sich in Anspruch nimmt, über die richtige Auslegung und Sichtweise zu verfügen.

Innerhalb der ideologischen Großfamilie des Linksextremismus können zwei Hauptströmungen unterschieden werden: der Kommunismus (in verschiedenen Spielarten) und der Anarchismus. Sie gehen zurück auf einen philosophischen Streit zwischen Karl Marx und Alexander Bakunin über die Hauptmängel der bestehenden Gesellschaften und die richtigen Methoden, sie zu bekämpfen.⁵¹ Zwar teilen beide eine radikale Absage an herkömmliche Herrschaftsformen und streben eine utopische Idealgesellschaft an, in der alle Menschen von gesellschaftlichen Zwängen befreit sein sollen. Unterschiedlich sind jedoch die gedanklichen Ausgangspunkte: Stellt der Anarchismus die Freiheit des Individuums in den Mittelpunkt, so fordert der Kommunismus zuerst die rechtliche und materielle Gleichheit aller, bevor er den daraus erwachsenden Konsequenzen für die Freiheit des Einzelnen Beachtung schenkt. Dazu Uwe Backes: *„Diese elementare Spannung zwischen Individualismus und Kollektivismus erzeugt über das vage entworfene Endziel hinaus die grundlegenden Gegensätze, die das Verhältnis anarchistischer und kommunistischer Doktrinen prägen.“*⁵² Dass darüber hinaus noch weitere Merkmaloppositionen zwischen Kommunismus und Anarchismus bestehen, wird sich in den folgenden Kapiteln zeigen.

⁵⁰ Vgl. Kurt Salamun (1988), zit. nach Walter Euchner (1995): Ideologie, in: Dieter Nohlen/Rainer Olaf Schultze (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München, S. 194.

⁵¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 31.

⁵² Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 124 f.

3.2.1 Kommunismus

Als politisch-ökonomische Lehrmeinung und Ideologie ist der Kommunismus vor allem als Kritik am Kapitalismus zu sehen. Bedeutendster Theoretiker und geistiger Ahnherr des heutigen Kommunismus ist Karl Marx, der mit der Begründung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ auch Zielsetzung und Begriffsinhalt des Kommunismus auf eine neue Grundlage gestellt hat.

3.2.1.1 Marxismus

Marxismus ist ein Sammelbegriff für weltanschauliche, politische und erkenntnistheoretische Strömungen und Positionen, die sich auf die von Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) begründete Gesellschaftstheorie berufen oder beziehen lassen.

Vor dem Hintergrund der Verelendung der IndustriearbeiterInnen des 19. Jahrhunderts entwickelten Marx und Engels die Prinzipien des Historischen Materialismus, dessen Kernstück die ökonomischen Verhältnisse einer Gesellschaft zur bestimmenden Kraft im Geschichtsverlauf erklärt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse seien demnach primär vom Stand der ökonomischen und technischen Entwicklung, also der „Produktivkräfte“, und dem sozialen Miteinander in der Produktion, den „Produktionsverhältnissen“, geprägt. Die soziale Stellung in den Produktionsverhältnissen – die Zugehörigkeit zu einer „Klasse“ – spielt dabei eine zentrale Rolle. Insofern werden von Marx und Engels auch alle ökonomischen und politischen Umbrüche im Lauf der Geschichte auf den Konflikt um die Stellung im Produktionsprozess zurückgeführt. Einen solchen „Klassenkampf“ erwarten sie sich auch für den entwickelten Kapitalismus, in dem sich die ausbeutenden KapitalistInnen („Bourgeoisie“) den ausgebeuteten ArbeiterInnen („Proletariat“) gegenüberstehen.⁵³

KapitalistInnen und ArbeiterInnen haben für Marx und Engels unvereinbare soziale Interessen: Streben die KapitalistInnen eine Gewinnsteigerung auf Kosten der ArbeiterInnen an, so fordern diese eine Erhöhung der Löhne auf

⁵³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber (2008): Der Marxismus zwischen Ideologie und Wissenschaft. Eine Darstellung der inhaltlichen Grundpositionen und Analyse der extremistischen Potentiale, unter: <http://www.bpb.de/themen/633ETS.html> (Zugriff: 12.10.2011).

Kosten der UnternehmerInnen. In ihrer „Kritik der politischen Ökonomie“ begründen sie ihre Erwartung eines notwendigen Niedergangs des Kapitalismus: Für Marx und Engels ist der Wert einer Ware durch die in ihr enthaltene menschliche Arbeitskraft bedingt. Der Wert der Arbeitskraft werde im Verwertungsprozess des Kapitals jedoch nicht angemessen entlohnt, den daraus entstehenden Mehrwert eignen sich die KapitalistInnen einseitig an. Dieses Kernprinzip des Kapitalismus, das den UnternehmerInnen erlaubt möglichst hohe Profite zu machen, sehen sie gleichzeitig als die Ursache seines Niedergangs an. Denn die ständige Erhöhung der Produktion würde unweigerlich zu Absatzkrisen, Kapitalmonopolisierung und zur Freisetzung überflüssiger Arbeitskräfte führen, was in weiterer Folge die Verelendung des Proletariats vorantreibt. Am Ende würde es daher zu einer offenen Revolution der Arbeiterklasse kommen, die in letzter Konsequenz zu einer notwendigen „Diktatur des Proletariats“ führt. Diese Diktatur stellt eine Übergangsphase zum Kommunismus mit dem Endziel einer klassenlosen Gesellschaft dar. Bis das Endziel erreicht ist, sollte der Staat als Instrument zur politischen Umsetzung des Sozialismus zunächst erhalten bleiben und erst im Rahmen des Wandels zum Kommunismus langsam „absterben“.⁵⁴

Der Staat wird also nicht abgeschafft, er stirbt ab. In der Diktatur des Proletariats werden die Produktionsmittel in Staatseigentum verwandelt, dadurch werden nicht nur alle Klassengegensätze, sondern auch der Staat als Staat aufgehoben. Die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft ist aus marxistischer Sicht nicht nur der erste Akt, in dem der Staat als wirklicher Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, sondern auch sein letzter.⁵⁵

Die Etablierung eines autoritären Staates während der Übergangsphase vom Sozialismus zum Kommunismus bringt Marx harsche Kritik von anarchistischer Seite ein. Nach Bakunin sei Marx ein autoritärer und zentralistischer Kommunist, der durch die Diktatur einer despotischen Regierung die soziale

⁵⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber (2008): Der Marxismus zwischen Ideologie und Wissenschaft. Eine Darstellung der inhaltlichen Grundpositionen und Analyse der extremistischen Potentiale, unter: <http://www.bpb.de/themen/633ETS.html> (Zugriff: 12.10.2011).

⁵⁵ Vgl. Hans Fenske/Dieter Mertens/Wolfgang Reinhard/Klaus Rosen (1987): Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main, S. 446.

Gleichheit erringen wolle. Dabei verwandle er die Internationale⁵⁶ der Arbeiterschaft in einen disziplinierten Staat, welcher die ganze Macht in seinen Händen hat. Nach Pfahl-Traugber erwies sich diese anarchistische Marx-Kritik angesichts der späteren Entwicklung kommunistischer Diktaturen als geradezu prophetisch.⁵⁷

3.2.1.2 Leninismus

Der Beitrag Wladimir Iljitsch Lenins (1870-1922) zur marxistischen Theorie besteht mehr oder weniger in ihrer Anwendung, Konkretisierung und Weiterentwicklung im Hinblick auf die revolutionäre Situation in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Seine Schriften sind die eines Praktikers der Revolution und beinhalten detaillierte Vorschriften, wie man gegen einen Gegner die politische Macht erobert und sie auch behält. So ist für Lenin während der „Diktatur des Proletariats“ auch die gewaltsame Unterdrückung von Widerständen gegen die Revolution ein legitimes Mittel.⁵⁸

Zentrales Instrument der Machteroberung und Machtsicherung ist für Lenin die Kommunistische Partei, eine nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus geführte, disziplinierte und hoch organisierte Kampforganisation die weiß, welche die objektiven Interessen der Arbeiterklasse sind und wie man sie durchzusetzen hat. Deshalb kommt der Kommunistischen Partei auch die führende Rolle in der zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft zu.⁵⁹ Lenins Partei ist keine Massenpartei, sondern eine aus revolutionären AktivistInnen bestehende Kaderorganisation, die sich als Avantgarde des Proletariats und als Motor des revolutionären Bewusstseins versteht.⁶⁰

⁵⁶ Internationale bezeichnet verschiedene internationale Zusammenschlüsse sozialistischer Gewerkschaften und Parteien. Ihr Ziel war der Schutz, der Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse. Die Erste Internationale wurde 1864 in London gegründet und bereits 1876 aufgrund ideologischer Kontroversen offiziell aufgelöst. Vgl. <http://www.dasrotewien.at/erste-internationale.html> (Zugriff: 6.2.2012).

⁵⁷ Vgl. Hans Fenske/Dieter Mertens/Wolfgang Reinhard/Klaus Rosen (1987): Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main, S. 446.

⁵⁸ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 131.

⁵⁹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 38.

⁶⁰ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 131.

Lenins Imperialismustheorie dient dem theoretischen Nachweis, dass – entgegen der Annahme von Marx – auch in einem industriell rückständigen Agrarland (wie Russland) eine Revolution erfolgreich durchgeführt werden kann. Unter dem Einfluss von Lenins Imperialismustheorie wird der Leninismus richtungsweisend für kommunistische Bewegungen in Entwicklungsländern.⁶¹

3.2.1.3 Stalinismus

Mit dem Begriff Stalinismus, der im Gegensatz zum Marxismus oder Leninismus in den Staaten des real existierenden Sozialismus niemals als terminus technicus verwendet worden ist, verknüpfen sich ein politisches Konzept sowie eine bestimmte Herrschaftspraxis. Ebenso wie Lenins Beitrag liegt Josef Stalins (1879-1953) Beitrag zur marxistischen Ideologie stärker im Bereich der praktischen Revolutionskunde. Nach Lenins Tod kann sich Stalin mit seiner taktischen Anpassung der Ideologie an die weltpolitische Lage und seinem Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Land gegen seinen Gegner Trotzki durchsetzen, der weiterhin auf weltrevolutionäre Unternehmungen drängt. Durch das weitere Ausbleiben einer Weltrevolution wird in der Folge der Mythos von Russland als das „Vaterland aller Werktätigen“ bewusst genährt.⁶²

Neben der im real existierenden Sozialismus üblichen Ausschaltung von politischen Freiheiten und einer Machtkonzentration in der Parteispitze beinhaltet der Stalinismus vor allem die Anwendung von Terror gegen Andersdenkende. Willkürliche Säuberungsaktionen in Partei, Armee und Gesellschaft, brutale Unterdrückung oder sogar die Ausrottung von nicht der Arbeiter- und Bauernschaft zuzurechnenden Bevölkerungsteilen sowie von nichtrussischen Nationalitäten werden systematisch durchgeführt.⁶³ Nach Bergsdorf und van Hüllen ist der Stalinismus keine Entartung des Leninismus, vielmehr haben die Stalinisten ein bereits durch Lenin vorgeprägtes

⁶¹ Vgl. Everhard Holtmann, (2000): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erweiterte Auflage, München/Wien, S. 351.

⁶² Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 132 f.

⁶³ Vgl. Everhard Holtmann, (2000): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erweiterte Auflage, München/Wien, S. 674.

proletarisches Gewalt- und Unrechtssystem bis zur äußersten Konsequenz zugespitzt.⁶⁴

Wegen der Art und Weise, wie Stalin im In- und Ausland gegen seine GegnerInnen vorgeht, der Bedeutung der stalinistischen Geheimpolizei, der öffentlichen Schauprozesse und dem System der kommunistischen Arbeitslager zählt das stalinistische Regime – neben dem NS-System – als Prototyp des Totalitarismus.⁶⁵ Gerechtfertigt wird diese Herrschaftspraxis mit der drohenden Einkreisung der UdSSR durch kapitalistische Mächte und durch die Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus im Innern.⁶⁶

Der Tod Stalins 1953 löst heftige Diskussionen um die Person des Diktators und die zukünftige politische Linie in den kommunistischen Parteien des Ostblocks aus. Die sogenannte „Entstalinisierung“ fand ihren Höhepunkt im Jahre 1956 in einer Rede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in der er Stalin allein für die Entartung des Sowjetsystems verantwortlich macht und damit gleichzeitig die in ihren Grundlagen unter Lenin geschaffenen Herrschaftsstrukturen von jeder Schuld freispricht. So stellt für Backes *„die personenzentrierte Kritik am ‚Stalinismus‘ bis in die Gegenwart eine Form halbherziger innerkommunistischer Auseinandersetzungen mit der eigenen Vergangenheit dar, werden hierbei die der Herrschaft Stalins zugrundeliegenden Strukturen doch der Betrachtung entzogen“*.⁶⁷

Im Anschluss an Stalins Deutung von Marxismus und Leninismus wird der Leninismus in der ehemaligen UdSSR als Marxismus-Leninismus bezeichnet. Bis zum Sommer 1990 und dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem gilt der Marxismus-Leninismus als die offizielle Bezeichnung für die gültige

⁶⁴ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 38.

⁶⁵ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 134.

⁶⁶ Vgl. Everhard Holtmann, (2000): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erweiterte Auflage, München/Wien, S. 674.

⁶⁷ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 134.

Staatsdoktrin der ehemaligen UdSSR sowie des gesamten ehemaligen Ostblocks.⁶⁸

3.2.1.4 Trotzismus

Als TrotzistInnen werden unter den revolutionären MarxistInnen die AnhängerInnen Leo Davidowitsch Bronsteins (1878-1940) – genannt Trotzki – bezeichnet, der im innersowjetischen Machtkampf um die Nachfolge Lenins in den 1920er Jahren letztlich Josef Stalin unterliegt. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung mit Stalin ist – abgesehen von der Machtfrage – revolutionstheoretischer Natur: Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“ impliziert die These, dass sich ein sozialistisches System in der Sowjetunion nur dann dauerhaft etablieren kann, wenn gleichzeitig die Weltrevolution zügig vorangetrieben wird. Stalin will sich jedoch vorerst auf die Sowjetunion konzentrieren und plädiert für den „Sozialismus in einem Land“. Trotzki's scharfe Kritik an der „bürokratischen Entartung“ des Sowjetsystems und der „Erstarrung des innerparteilichen Lebens“ führen zum Bruch mit Stalin, der den Trotzismus seinerseits als „linken Radikalismus“ verdammt. Trotzki wird 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen und 1940 in seinem Exil in Mexiko auf Befehl Stalins von der russischen Geheimpolizei ermordet.⁶⁹

Im Unterschied zu orthodoxen MarxistInnen-LeninistInnen gestatten TrotzistInnen in ihren Gruppen stets kontroverse Diskussionen und die Bildung von „Tendenzen“. Das führt innerhalb trotzkistischer Gruppen jedoch immer wieder zu Zerwürfnissen und Spaltungen. Dazu van Hüllen: *„Da aber kommunistisches Politikverständnis nicht auf einen Pluralismus gleichberechtigter Meinungen, auf Ausgleich und Kompromiss zielt, sondern nur eine einzige ideologisch korrekte ‚Linie‘ akzeptiert, führt der scheinbar sympathische Zug einer ‚innerparteilichen‘ Demokratie“ bei Trotzisten zu erbitterten Auseinandersetzungen, die in ständigen Spaltungen der Gruppen*

⁶⁸ Vgl. Everhard Holtmann, (2000): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erweiterte Auflage, München/Wien, S. 351.

⁶⁹ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 135 f.

und in die Gründung immer neuer, einander bekämpfender ‚Internationalen‘ mündet.“⁷⁰

Aufgrund der internen Zerstrittenheit des Trotzismus können als seine Hauptmerkmale wohl am ehesten sein ausgeprägter Internationalismus und die generelle Ablehnung des Nationalstaates gelten. TrotzistInnen fordern die Errichtung eines kontinentalen Rätestaates, der die Voraussetzung für das eigene Absterben schaffen und dem ohne Herrschaft funktionierenden Weltkommunismus Platz machen soll.⁷¹ Heutige AnhängerInnen des Trotzismus verstehen sich als einzig legitime Wahrer des Leninschen Erbes. Sie zielen weiterhin unbeirrt auf die gewaltsame Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ aus „Arbeiterräten“ ab und propagieren eine weltweite „permanente Revolution“. Der neben dem Stalinismus zweite Hauptfeind ist für TrotzistInnen die „reformistische Sozialdemokratie“, der sie Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft vorwerfen. Derzeit existieren weltweit mehr als zwanzig trotzkistische Dachverbände, von denen aber nur wenige nach Größe und Stabilität von Bedeutung sind.⁷²

Eine für TrotzistInnen typische Strategie ist die Unterwanderung anderer politischer Organisationen mit dem Ziel diese zu übernehmen, in ihrem Sinne umzudrehen oder zu spalten. Dadurch wird auch versucht, die durch ihre von organisatorischer Zersplitterung verursachte Schwäche zu kompensieren. Der sogenannte „Entrismus“ existiert in zwei Varianten: als konspirative, langfristig angelegte Unterwanderung oder aber als Beitritt ohne Leugnung der trotzkistischen Ausrichtung. Die Taktik des Entrismus ist auf Trotzki zurückzuführen, der bereits um 1930 für die Unterwanderung anderer Organisationen plädiert.⁷³

⁷⁰ Vgl. Rudolf van Hüllen (2008): Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, unter: <http://www.bpb.de/themen/1RQDMP.html> (Zugriff: 14.11.2011).

⁷¹ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 139.

⁷² Vgl. Rudolf van Hüllen (2008): Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, unter: <http://www.bpb.de/themen/1RQDMP.html> (Zugriff: 14.11.2011).

⁷³ Vgl. ebenda; Behörde für Inneres und Sport: Linksextremistische Ideologie, unter: <http://www.hamburg.de/linksextremismus/231082/ideologie-artikel.html> (Zugriff: 2.11.2011).

3.2.1.5 Maoismus

Unter Maoismus ist die von Mao Tse-tung (1893-1976) auf die besonderen Verhältnisse in China zugeschnittene, theoretische Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus zu verstehen. Anders als im industrialisierten Europa kann nach Maos Sichtweise in der chinesischen Agrargesellschaft die Revolution nicht vom Proletariat sondern nur vom Bauernstand ausgehen. Damit steht er im Widerspruch zu dem von Moskau gutgeheißenen Kurs, doch gibt ihm der Erfolg durch den Sieg der chinesischen KommunistInnen im Jahr 1949 Recht. Der Bruch mit Moskau wird 1956 eingeleitet: Einerseits halten die chinesischen Kommunisten nach wie vor an Stalin und seinen großen Verdiensten beim Aufbau des Kommunismus in China fest, andererseits stellen sie sich gegen die von Chruschtschow propagierte Politik der „friedlichen Koexistenz“.⁷⁴

Im Mittelpunkt der „Mao Tse-tung-Ideen“ (so der chinesische Terminus) steht die „Lehre vom Widerspruch“. Sie geht davon aus, dass nach der Revolution nicht-antagonistische Widersprüche, also solche, die nicht notwendig mit Gewalt gelöst werden müssen, selbst innerhalb der Kommunistischen Partei fortbestehen werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer permanenten Revolution und vor allem Wachsamkeit gegen „bürgerliches“ Denken. Dies führt in letzter Konsequenz zur „großen sozialistischen Kulturrevolution“ in den 1960er Jahren, *„die nicht nur die traditionelle Kultur Chinas weitgehend zerstörte, sondern dem Maoismus auch den Spitzenplatz unter den kommunistischen Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts einbrachte.“*⁷⁵

Anlass für maoistische Organisationsgründungen in westlichen Demokratien (vor allem in den 1960er und 1970er Jahren) sind weniger die Schriften Maos als vielmehr der sich entwickelnde Gegensatz zwischen China und der UdSSR. Maoistische Gruppierungen eint ihr dezidiertes Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und der Vorwurf des Revisionismus gegenüber der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. Stalin – als konsequenter Fortführer von Lenins

⁷⁴ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 140 f.

⁷⁵ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 86.

Werk – wird von ihnen verehrt und das Ziel einer kommunistischen Weltrevolution betont.⁷⁶

3.2.2 Anarchismus

Etymologisch bedeutet „Anarchie“ Führer- und Herrschaftslosigkeit. Der Anarchismusbegriff hat weit zurückliegende Wurzeln: In der Antike, besonders aber im ausgehenden Mittelalter umfasst er religiöse und soziale Bewegungen, die sich den herrschenden Autoritäten, religiösen und weltlichen Herrschaftsstrukturen widersetzen. Die Zeit der Aufklärung konkretisiert diese Autoritätsverneinungen, erst hier wird der Anspruch des Individuums auf freie Gestaltung seines Lebens postuliert.⁷⁷ AutorInnen aus dieser Zeit, die heute als anarchistische Denker gelten, verwenden einen positiv besetzten Anarchismusbegriff im Sinne zukünftiger herrschaftsfreier Gesellschaft. Im Zuge der Französischen Revolution erfährt der Begriff aber auch eine negative Bedeutung, gilt der Anarchismus zu dieser Zeit (und vielfach auch heute noch) als Synonym für Chaos und Unordnung. Bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts ist die Bezeichnung „liberaler Sozialismus“ für das gebräuchlich, was später als Anarchismus bezeichnet wird. Denn erst durch die Auseinandersetzungen mit der sich als marxistisch verstehenden Arbeiterbewegung setzt sich die Bezeichnung Anarchist durch und wird auch von den Betroffenen akzeptiert.⁷⁸

Ideologien sind nach anarchistischem Verständnis Ausdruck bestehender und in Institutionen geronnener Herrschaftsverhältnisse mit systemstabilisierender Funktion. Aus Furcht vor einer daraus resultierenden Einschränkung der Freiheit jedes bzw. jeder Einzelnen (und somit auch der Gesellschaft) lehnen AnarchistInnen folglich jede Systematisierung ihrer Gesellschaftskritik ab.⁷⁹ Anders als der Kommunismus, dem eine gewisse Theoriebesessenheit nicht abzusprechen ist, zeigt sich der Anarchismus durch eine mehr oder minder

⁷⁶ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 141 f.

⁷⁷ Vgl. Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch (2008): Anarchismus. Eine Einführung, Stuttgart, S. 14.

⁷⁸ Vgl. Peter Lösche (1986): Anarchismus, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München, S. 415.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 416 f.

stark ausgeprägte Theoriescheu gekennzeichnet. Umfassende, systematische Theorieentwürfe sind ihm weitgehend fremd, einen „Marx des Anarchismus“ hat es nie gegeben.⁸⁰

Stattdessen weist der Kanon des Anarchismus mehrere – und recht unterschiedliche – TheoretikerInnen und damit Theorien auf. Als das Mutterland des Anarchismus kann Russland gelten, das aufgrund der im 19. Jahrhundert noch besonders rückständigen Strukturen des Zarenreiches zahlreichen russischen Autoren Anlass bot, anarchistische Gedankengänge aufzunehmen. Die erste eingehende anarchistische Schrift wurde jedoch bereits 1793 in England von William Godwin (1756-1836) verfasst.⁸¹

Obwohl Godwin keine direkte Wirkung auf die anarchistische Bewegung und auf frühe anarchistische Autoren gehabt hat gilt er doch als eine Art Ahnherr des Anarchismus, da er wesentliche Gedanken späterer AnarchistInnen erstmals formuliert hat. Nach James Joll verdient Godwins Werk alleine schon deshalb Beachtung, weil es, im Gegensatz zu allen anderen anarchistischen Werken *„die vollständigste und durchdachtteste Zusammenfassung anarchistischer Gedankengänge (...), eine Philosophie des Anarchismus (ist), die bis zur letzten logischen Konsequenz durchgeführt wurde.“*⁸²

Als weitere Klassiker des Anarchismus gelten die Werke von Pierre-Joseph Proudhon, Max Stirner, Michael Bakunin und Peter Kropotkin, daneben werden aber auch den Schriften von Leo Tolstoi, Gustav Landauer, Rudolf Rocker sowie Emma Goldman zum Verständnis des heutigen Anarchismus Bedeutung zugesprochen. Die Klassiker werden von AnarchistInnen jedoch nicht ikonengleich verehrt, sondern vielmehr wurden (und werden) ihre Theorien weiterentwickelt, revidiert oder auch verworfen.⁸³

⁸⁰ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 158.

⁸¹ Vgl. Hans Fenske/Dieter Mertens/Wolfgang Reinhard/Klaus Rosen (1987): Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main, S. 457 ff.

⁸² Vgl. James Joll (1966): zit. nach: Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch (2008): Anarchismus. Eine Einführung, Stuttgart, S. 15.

⁸³ Vgl. Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch (2008): Anarchismus. Eine Einführung, Stuttgart, S. 26.

Eine Darstellung aller relevanten TheoretikerInnen des Anarchismus wäre im Kontext dieser Arbeit nicht zielführend, deshalb werde ich mich in weiterer Folge darauf beschränken, die Kernelemente und Hauptmerkmale anarchistischer Theorien aufzuzeigen.

Neben der bereits erwähnten und von vielen AnarchistInnen zum Prinzip erhobenen „Theorielosigkeit“ zeichnet sich der Anarchismus durch eine Ablehnung jeder Form menschlicher Organisation aus, mit der ideologischer, politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Zwang ausgeübt wird. Angestrebt wird vielmehr die freiwillige Assoziation der mündigen, emanzipierten Menschen. Der Anarchismus ist antiinstitutionell, insoweit Institutionen Instrumente der Herrschaftsausübung sind. Daraus folgt eine strikte Ablehnung von Staat, Bürokratie, Parlament, Parteien, Verbänden und Kirchen. Vor allem im Staat sieht der Anarchismus die Ursachen menschlicher Unterdrückung und macht seine Zerstörung zur Bedingung künftiger Freiheit.⁸⁴

Den Anti-Institutionalismus wenden AnarchistInnen auch auf ihre eigene Bewegung an. Zu groß ist das Misstrauen, durch eine festgefügte Organisation sich der Gefahr einer Hierarchisierung und damit verbundenen Herrschaftsausübung und Unterdrückung auszusetzen. In diesem konsequenten Anti-Institutionalismus sieht Lösche eine der Ursachen für das Scheitern anarchistischer Bewegungen und den Fehlschlag beim Umsetzen anarchistischer Konzeptionen in die Wirklichkeit.⁸⁵

Im Anti-Institutionalismus des Anarchismus sind auch die Hauptstreitpunkte mit dem Marxismus zu finden. Die „Diktatur des Proletariats“ wird von AnarchistInnen abgelehnt, nach ihrem Verständnis bedarf es keiner staatlich organisierten Zwischenstufe zwischen dem Status quo und einer neuen Gesellschaftsordnung. Im Gegensatz zu den KommunistInnen, die für die erforderlichen revolutionären Umwandlungen einen starken Staat unter kommunistischer Führung vorsehen, treten die AnarchistInnen für die sofortige

⁸⁴ Vgl. Peter Lösche (1986): Anarchismus, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München, S. 416.

⁸⁵ Vgl. ebenda.

Abschaffung des Staates ein.⁸⁶ Dem liegt ein voluntaristischer Revolutionsbegriff zugrunde, der die Revolution durch Aufklärung als jederzeit abrufbar ansieht. Sei es durch Überzeugung, sei es durch Terror („Propaganda der Tat“) oder durch beispielhaftes Vorleben in der anarchistischen Kommune.⁸⁷ Darüber hinaus glaubt der Anarchismus auf schlagkräftige politische Organisationen verzichten zu können, der Kommunismus hingegen plädiert für starke, effiziente Organisationsformen.⁸⁸

Das Ziel des Anarchismus ist die herrschaftsfreie Gesellschaft, in der an die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen die Verwaltung von Sachen tritt. Das menschliche Zusammenleben soll durch freiwillige Verabredung der Individuen untereinander nach den Prinzipien menschlicher Selbstbestimmung und des Föderalismus organisiert werden. Die Kommune ist die kleinste Einheit des Wohnens, das Syndikat die Basis der Produktion, Distribution und Dienstleistung. Soweit es möglich ist sollen alle Entscheidungen in autonomen, von unten nach oben strukturierten Assoziationen getroffen und vollzogen werden. Nur wenn es funktional notwendig ist werden Entscheidungen auf den verschiedenen Stufen der Föderation koordiniert.⁸⁹

Dieses neue Ordnungsmodell stellt an die Menschen hohe Anforderungen, müssen sie doch von ihren individuellen Anlagen und Vorlieben ebenso abstrahieren können wie von egoistischen oder materiellen Interessen. Eine für Bergsdorf und van Hüllen nur schwer in die Realität umsetzbare Leistung: *„Die anarchistische Utopie stellt an den Altruismus des Menschen ungeheure Anforderungen, ihr liegt ein geradezu unendlich optimistisches Menschenbild zugrunde. Dessen Voraussetzungen mögen zwar gelegentlich Einzelpersonen*

⁸⁶ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 125.

⁸⁷ Vgl. Peter Lösche (1986): Anarchismus, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München, S. 417.

⁸⁸ Vgl. Uwe Backes (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Opladen, S. 125.

⁸⁹ Vgl. Peter Lösche (1986): Anarchismus, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München, S. 417.

*gerecht werden, dass es ganze Gesellschaften könnten, erscheint indessen nach aller Erfahrung unmöglich.*⁹⁰

⁹⁰ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 34.

4 Die Autonomen

4.1 Bezeichnung und Ursprung

Über die genaue Herkunft der Selbstbezeichnung „Autonome“ lässt sich keine genaue und zweifelsfreie Aussage treffen. Aus etymologischer Sicht lässt sich der Begriff auf das griechische Wort „autonomia“ zurückführen und wird mit „Unabhängigkeit“ und „Selbstgesetzgebung“ übersetzt. In der Antike gilt die „autonomia“ griechischer Stadtstaaten als deren Kompetenz, die eigenen Angelegenheiten ohne fremde Herrschaft zu regeln.⁹¹

Allgemein wird angenommen, dass die Bezeichnung an die „Autonomia Operaia“ (Arbeiterautonomie) im Italien Ende der 1960er Jahre anknüpft. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von jungen FabrikarbeiterInnen und StudentInnen, die sich mit ihren Aktionen bewusst gegen die etablierten Gewerkschaften und die Kommunistische Partei stellen und bei ihren Aktionen auf militante Demonstrationen, Sabotageaktionen und Streiks setzen.⁹² Sie wollen „autonom“ – also selbstbestimmt – für ihr politisches Ziel einer grundlegend anderen Gesellschaft kämpfen und verzichten dabei bewusst auf eine straffe Organisation und Führung. Das über allem stehende Prinzip ist die Selbstbestimmtheit.⁹³ Ideologisch beruft sich die Arbeiterautonomie auf das 1960 entwickelte Konzept des Operaismus, das einer auf FabrikarbeiterInnen fixierten marxistischen Strömung entspringt. Ausgangspunkt des Operaismus ist die Idee der Arbeiterklasse als Motor der kapitalistischen Entwicklung, der Sozialismus gilt als neue Form des Kapitalismus. Um den Kapitalismus zu

⁹¹ Vgl. Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 154.

⁹² Vgl. Armin Pfahl-Traugber (2008): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl, unter: <http://www.bpb.de/themen/6JVE0B.html> (Zugriff: 23.6.2011).

⁹³ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat. Nation. Kapital. Scheiße.“ – Einblicke in die autonome Bewegung, S. 1, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

bekämpfen und den Kommunismus zu erreichen wird von den OperaistInnen die Arbeitsverweigerung propagiert.⁹⁴

Als direkter Vorläufer der Autonomen kann hinsichtlich Aktion, Einstellung und Motivation die Sponti-Bewegung der 1970er Jahre gelten, ein spätes Überbleibsel der zerfallenen Achtundsechziger-Bewegung. Die Spontis tauchen erstmals Mitte der 1970er Jahre an den deutschen Hochschulen auf und erheben – nomen est omen – Spontaneität zu ihrem Leitmotiv. Sie treten für organisatorische Autonomie ein und legitimieren sich durch ihr Betroffenheitsgefühl. Anders als die Autonomen, die später stärker auf gesellschaftspolitische Themen abzielen, legen die Spontis einen extremen Individualismus an den Tag, das Lustprinzip spielt dabei immer eine große Rolle. Der Staat gilt ihnen als Feind, weil er der Entfaltung des Einzelnen im Wege steht. Um staatsfreie Räume zu schaffen und um alternative Lebensformen auszuprobieren werden Häuser besetzt, zur Gewaltanwendung von Spontis kommt es vor allem im Umfeld von Demonstrationen. So gilt den meisten Spontis das Werfen von Steinen und Molotowcocktails als legitim. Dass man auch mit einer bewegten Sponti-Vergangenheit Karriere in der Politik machen kann, belegen die Lebensgeschichten einiger heute geachteter Politikerpersönlichkeiten. Als das prominenteste Beispiel dafür sei an dieser Stelle der deutsche Grün-Politiker und spätere deutsche Außenminister Joschka Fischer genannt.⁹⁵

In Deutschland entstehen Ende der 1970er Jahre mit der Ökologie- bzw. Anti-Atomkraft-Bewegung erstmals undogmatische Gruppen mit ausschließlich „autonomer“ Ausrichtung. Ein Teil davon befürwortet von Anfang an die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel des Protestes gegen die Atomkraft und andere technische Großprojekte.⁹⁶ Ähnlich die Entwicklung in Österreich: Als „Autonome“ bezeichnen sich AktivistInnen bei der Friedensdemonstration

⁹⁴ Vgl. Patrick Moreau (2006): Literatur aus „Szene“: Radikale Globalisierungskritik von links, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 320.

⁹⁵ Vgl. Steffen Kailitz (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 121 f; Armin Pfahl-Traughber (2008): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl, unter: <http://www.bpb.de/themen/6JVE0B.html> (Zugriff: 23.6.2011).

⁹⁶ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 366.

im Oktober 1983 („autonomer und internationalistischer Block“) oder beim Barrikadenbau gegen das geplante Donaukraftwerk in Hainburg im Dezember 1984. Durch ihr Auftreten werden sie von den Medien als militante Flügel dieser Bewegungen wahrgenommen.⁹⁷

4.2 Ideologie und Weltbild

Von einer einheitlichen Ideologie kann im Zusammenhang mit den Autonomen nicht gesprochen werden, vielmehr vermischen sich in ihren ideologischen Vorstellungen anarchistische Elemente mit nihilistischen, sozialrevolutionären und mitunter auch marxistischen Versatzstücken.⁹⁸ In den von Berliner Autonomen bereits 1981 verfassten „Thesen zur Autonomen Bewegung“ anlässlich eines internationalen Treffens von Autonomen in Padua/Italien ist auch nur eine eher vage ideologische Positionierung zu finden: *„Wir haben alle einen ‚diffusen Anarchismus‘ im Kopf, sind aber keine traditionellen Anarchisten. Teile von uns sehen den Kommunismus/Marxismus als eine Herrschafts- und Ordnungsideologie; er will den Staat, wir aber nicht. Andere meinen, daß es einen eigentlichen Kommunismus gibt, der nur immer wieder verfälscht worden ist.“*⁹⁹

Autonome erheben den Anspruch, nur nach ihren eigenen Regeln leben zu wollen und lehnen dabei fremde Vorgaben – insbesondere staatliche und gesellschaftliche Zwänge – kategorisch ab. Dazu aus den 1994 überarbeiteten „Thesen zur Autonomen Bewegung“: *„Aber auch wir haben eine Ideologie: Es geht uns dabei um Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als*

⁹⁷ Vgl. Robert Foltin (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich, Wien, S. 170 ff.

⁹⁸ Vgl. Michael Geiken (2009): Aktuelle Aspekte des Linksextremismus – Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Linksextreme Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention, Tagungsband, Erfurt, S. 31. unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/verfassungsschutz/publikation_zum_9._symposium_layout_1.pdf (Zugriff: 18.10.2011).

⁹⁹ Thesen zur Autonomen Bewegung 1981, unter: <http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1981.html#10> (Zugriff: 28.11.2011).

*gesellschaftspolitisches Ziel und Mittel zu deren Durchsetzung. Es geht uns aber auch um Moral, Gerechtigkeit und Würde.*¹⁰⁰

Aus diesem „diffusen“ Anarchismus gekoppelt mit der Forderung nach einem selbstbestimmten Leben ergibt sich neben der Ablehnung des Staates auch eine fundamentale Negation der bestehenden Gesellschaftsordnung, die in einer heftigen Kapitalismus- und Imperialismuskritik ihren Ausdruck findet. Autonome verorten im Staat verschiedene Unterdrückungsmechanismen, denen die Menschen unterworfen sind und die es um jeden Preis abzuschaffen gilt:¹⁰¹

- die weltweite Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen durch die Marktwirtschaft und den Imperialismus der hochentwickelten Industrienationen,
- die Unterdrückung einer selbstbestimmten Lebensweise der Menschen durch Staatsorgane, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen usw., die Instrumente der Herrschaftssicherung des Kapitals und des Imperialismus seien,
- die Unterdrückung der Frau durch den Mann in allen gesellschaftlichen (Patriarchat) und wirtschaftlichen (die Frau als billige Arbeitskraft oder Prostituierte) Bereichen.

Ziel der Autonomen ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die Schaffung einer menschlichen solidarischen Gesellschaft, nach autonomem Verständnis also einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Der Staat und das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem muss aus autonomer Sicht bekämpft und gestürzt werden, demokratische Wege und der Dialog werden dabei als nicht zielführend angesehen.¹⁰² *„Wir wollen das System nicht reformieren oder verbessern. Wir führen keinen Dialog mit den Herrschenden, denn das ist der erste Schritt zur Integration. Wir lehnen die Propagierung reformistischer Ziele ab. Uns kommt es zu allererst darauf an, das*

¹⁰⁰ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

¹⁰¹ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 368.

¹⁰² Vgl. ebenda, S. 369.

Selbstbewusstsein der Menschen in Alltag und Politik zu stärken, ihre Sachen selbst in die Hand zu nehmen und nicht an andere zu delegieren. Deswegen lehnen wir für uns den parlamentarischen Weg ab.“¹⁰³

Die Frage nach der Macht und den Machtverhältnissen wird von den Autonomen ursprünglich noch mit *„Keine Macht für niemand!“¹⁰⁴* beantwortet. Ab Mitte der 1990er Jahre haben Autonome eine tiefgreifendere und gegen ihre „Feinde“ gerichtete Theorie ausgearbeitet, dem System soll nun überall Gegenmacht entgegengesetzt werden. Dabei soll sich diese Gegenmacht jedoch nicht totalisieren oder vereinheitlichen, geschweige denn institutionalisieren, denn: *„sonst wäre die Tendenz für einen neuen Staat im Keim bereits wieder angelegt“¹⁰⁵*. Macht formiert sich laut Autonomen aber nicht nur durch und über den Staat. Auch in der patriarchalen Kleinfamilie, in der Kirche und der Religion werden Säulen der Macht gesehen. Eine besondere Form von Macht und Unterdrückung wird von Autonomen im Konkurrenzprinzip und im Leistungsdenken gesehen, vermittelt als naturgegebene Normen durch Erziehung, Schule und Arbeit. Daraus ergibt sich für Autonome die Notwendigkeit *„...Machtbeziehungen in allen Formen zwischenmenschlicher Kommunikation zu thematisieren und bei sich selbst anzufangen, diese abzubauen. Die Bildung einer sozialen Gegenmacht darf uns nicht dazu verleiten, neue Machtstrukturen an die Stelle der alten zu setzen. Das Ziel – keine Macht für niemand – muß auch in unseren Formen des Kampfes und der Organisation von Gegenmacht erkennbar sein“¹⁰⁶*.

Nach Haunss ist ein Kernelement autonomen Selbstverständnisses der Anspruch einer subjektivistischen Politik, die die individuelle Selbstveränderung als mindestens ebenso wichtig ansieht wie die Veränderung der Gesellschaft. Dem der Frauenbewegung entstammenden Slogan *„Das Private ist politisch“* folgend, zeigt sich der subjektivistische Ansatz der Autonomen als direkte

¹⁰³ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

¹⁰⁴ Thesen zur Autonomen Bewegung 1981, unter: <http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1981.html#10> (Zugriff: 28.11.2011).

¹⁰⁵ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

¹⁰⁶ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 369 f; Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

Verknüpfung von politischer Überzeugung und persönlicher Lebenspraxis. So sollen die revolutionären Ansprüche im Alltag der AktivistInnen direkt umgesetzt werden: in größeren Gruppen zusammen zu wohnen, politische Aktivitäten und Zusammenleben zu verbinden, sich so weit wie möglich den Zwängen des Arbeitsmarktes zu verweigern.¹⁰⁷ Dazu Kailitz: *„Die Verweigerung einer regulären Arbeit gilt dabei als Protestverhalten, als individuelles Überwinden kapitalistischer Strukturen“*.¹⁰⁸

Die sogenannte „Politik der ersten Person“ ist ein Ansatz aus der Frauenbewegung, die eigene Politik nicht aus scheinbar objektiven Notwendigkeiten, Sachzwängen oder gesellschaftstheoretischen Prämissen abzuleiten sondern dabei von den individuellen und kollektiven Bedürfnissen der AktivistInnen auszugehen. Dieser Ansatz wird von den Autonomen aufgenommen und in einzelnen Aspekten radikalisiert. Dadurch tragen sie wesentlich dazu bei, ihn als hegemoniales Prinzip linksradikaler Politik zu etablieren. Für Haunss tritt dieser subjektivistische Politikansatz der Autonomen auf drei Ebenen zutage: in der Politisierung der Lebensverhältnisse, in der Ablehnung von Stellvertreterpolitik und in der subkulturellen Orientierung.¹⁰⁹

Am offensivsten umgesetzt wird der subjektivistische Ansatz im Rahmen der Hausbesetzungen, die von Beginn an ein wichtiges Element der autonomen Bewegung ausmachen. Klare Aussagen dazu kann man auch den „Thesen zur Autonomen Bewegung 1994“ entnehmen: *„Wir wollen auch heute noch Freiräume erkämpfen, um experimentieren zu können, um die Dialektik zwischen Eigenveränderung und gesamtgesellschaftlicher Veränderung produktiver leben zu können als jetzt, wo uns der individualisierte Alltag erschlägt.“* An anderer Stelle: *„Deswegen gehört dazu, die Trennung von Arbeits- und Lebenszusammenhängen aufzuheben, also eine neue grundlegend geänderte Struktur des sozialen Zusammenlebens und der Kommunikation zu schaffen“*. Sowie: *„Wir müssen neben der Aufhebung des*

¹⁰⁷ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 115.

¹⁰⁸ Steffen Kailitz (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 122.

¹⁰⁹ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 115.

Staates mit unseren eigenen verinnerlichten Strukturen aufräumen: Patriarchale, rassistische und leistungsorientierte Strukturen stecken ganz tief in uns.“¹¹⁰

Der Politik der ersten Person bei den Autonomen entspringt auch ihre weitgehende Negierung jedes Stellvertretungsanspruches, bereits formuliert in den „Thesen zur Autonomen Bewegung 1981“: *„Wir kämpfen für uns, andere kämpfen auch für sich, und gemeinsam sind wir stärker. Wir führen keine Stellvertreterkriege, es läuft über ‚eigene Teilnahme‘, Politik der 1. Person. Wir kämpfen für keine Ideologien, nicht fürs Proletariat oder fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen, wohl wissen, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind!“¹¹¹* Nach Haunss zieht sich dieses grundsätzliche Prinzip wie ein roter Faden durch die Geschichte der Autonomen, wurde dabei auch immer wieder infrage gestellt. Insbesondere im Zusammenhang mit der Positionierung der Autonomen in den Politikfeldern Sozial- und Migrationspolitik.¹¹² So wird in den „Thesen der Autonomen Bewegung 1994“ die oben angeführte Textpassage durch folgenden Zusatz ergänzt: *„Aber auch wir haben eine Ideologie: Es geht uns dabei um Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitisches Ziel und Mittel zu deren Durchsetzung. Es geht uns aber auch um Moral, Gerechtigkeit und Würde. Und in diesem Zusammenhang führen wir auch manchmal Stellvertreterkriege, wenn wir betroffen sind von dem Leid und Unterdrückung gegen andere.“¹¹³*

¹¹⁰ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

¹¹¹ Thesen zur Autonomen Bewegung 1981, unter: <http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1981.html#10> (Zugriff: 28.11.2011).

¹¹² Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 118.

¹¹³ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

4.3 Organisationsstrukturen

Die Organisationsstrukturen der Autonomen sind stark durch ihre Ablehnung von Hierarchien und der Betonung ihrer Selbstbestimmtheit geprägt. Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen stehen mit dem autonomen Grundverständnis im Widerspruch. So ist eine basisdemokratisch und antiinstitutionell angelegte Struktur entstanden, die gewissermaßen ein Gegenmodell zu hierarchischen und parteiförmigen Organisationsmodellen darstellt. Bei den basisdemokratischen Modellen bilden gleichrangige Gruppen und Einzelpersonen dabei oft die Basis. Die Legitimationsgrundlage der Einzelnen liegt in ihrem Engagement und Interesse, die der Gruppen in deren Repräsentationsfunktion. Dies führt in autonomen Projekten oft zu permanenten Organisationsdebatten, die faktisch Legitimationsauseinandersetzungen darstellen.¹¹⁴

Ein Verweis auf die lockere Organisation der autonomen Bewegung ist auch bereits in den „Thesen zu Autonomen Bewegung 1981“ zu finden: *„Wir haben keine Organisation an sich. Unsere Organisationsformen sind alle mehr oder weniger spontan. Besetzerrat, Telefonkette, Autonomen-Plenum und viele viele kleine Gruppen, (...) Es gibt keinerlei festere Strukturen wie Parteien etc., auch keinerlei Hierarchie.“*¹¹⁵

Dazu auch folgende Beschreibung aus der Szene: *„Aus Freundeskreisen werden mehr oder weniger kurzlebige Banden oder bei Bedarf aktivierbare Aktionsgruppen; aus Demo-Bekanntschaften ergeben sich spontan handlungsfähige und wieder zerfallende Chaoten-Combos; aus politischen Plena entwickeln sich dauerhafte Gruppen, die auch zur Tat schreiten; in wechselnden und sich auch überschneidenden Zusammensetzungen agieren Gruppen manchmal nur ein einziges Mal, manchmal über Jahre, einige*

¹¹⁴ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 127.

¹¹⁵ Thesen zur Autonomen Bewegung 1981, unter: <http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1981.html#10> (Zugriff: 28.11.2011).

verfestigen sich, andere bleiben lose, manche wandeln sich in Theoriezirkel oder Selbsthilfegruppen.“¹¹⁶

Nach Moreau und Lang hat die nur begrenzte Bereitschaft Autonomer, sich dauerhaft zu organisieren, drei Typen von Gruppen hervorgebracht:¹¹⁷

- Offene Gruppen: Zu ihnen gehört kein fester Mitgliederstamm, sie leben von spontanen Mitmachaktionen. Weitere Kennzeichen sind die Unverbindlichkeit für die Mitglieder, öffentlich bekannte Treffpunkte, die Teilnahme auch an friedlichen Demonstrationen und die Zusammenarbeit mit Personen, die nicht aus dem autonomen Umfeld stammen.
- Halboffene Gruppen: Hier entscheidet die Gruppe, wer an Treffen teilnehmen darf. Sie geben ihre Treffpunkte nicht breit bekannt, arbeiten aber trotzdem öffentlich.
- Geschlossene Gruppen: Sie arbeiten konspirativ und halten Informationen über ihre Strukturen möglichst geheim.

Etablierte, über lange Zeit aktive Gruppierungen stellen aus dem Blickwinkel des Verfassungsschutzes eher die Ausnahme dar. Eine Ursache dafür wird in der Ablehnung starrer Organisationsstrukturen gesehen, ein anderer in der kurzen Verweildauer der AktivistInnen in der Szene, die meist nur wenige Jahre beträgt: *„Mit 25 bis 30 Jahren wenden sich viele Autonome von der Szene ab. Allerdings gibt es Ausnahmen: So spielen sogenannte ‚Alt-Autonome‘, die zum Teil das fünfzigste Lebensjahr schon überschritten haben, eine wichtige Rolle in der Szene. Sie geben ihre Erfahrungen an jüngere Aktivisten weiter und steuern diese aus dem Hintergrund.“¹¹⁸*

¹¹⁶ A.G. Grauwacke (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin, S. 143.

¹¹⁷ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 382 f.

¹¹⁸ Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 2 f, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

Auch innerhalb der Autonomen werden die sich aus der lockeren Organisationsform ergebenden Konsequenzen, insbesondere auch die Frage nach der Herausbildung informeller Hierarchien, zur Diskussion gestellt.¹¹⁹ Das zeigt sich in den immer wiederkehrenden Organisationsdebatten, in denen alternative, eher am klassischen Verbands- oder Parteimodell orientierte Organisationsvorschläge ins Spiel gebracht werden. Dass sich solche Vorschläge in der Regel nie durchsetzen, liegt für Haunss in der sehr hohen symbolischen Bedeutung von Basisdemokratie und Hierarchiefreiheit für die autonomen AktivistInnen begründet.¹²⁰

Für Bergsdorf und van Hüllen stellt das aus lose organisierten Gruppen und Cliques ein eher diffuses Organisationsmodell dar, das sich am ehesten als „autonome Szene“ begreifen lässt. Aus ihrer Sicht ist die Szene mehr ein soziologisches denn ein organisatorisches Phänomen, da die Umrisse der Szene diffus bleiben und sich ihre Strukturen in ständiger Veränderung befinden. Nach Bergsdorf und van Hüllen gibt es Zusammenschlüsse, die sich eindeutig als Autonome identifizieren lassen, wie z.B. der „Schwarze Block“ bei Demonstrationen. Zugleich halten sie aber auch fest, dass das autonome Spektrum an seinen Rändern in sozialkulturell verwandte, zumeist gesellschaftlich desintegrierte Jugendmilieus übergeht: *„Dazu zählen vor allem Punks, Sprayer, Kleinkriminelle und Drogenabhängige, die aus weniger ausformulierten Gründen heraus gesellschaftliche Normen ablehnen.“*¹²¹

Auch für Haunss stellt die enge Verzahnung von Subkultur und sozialer Bewegung eines der wesentlichsten Merkmale der Autonomen dar. Als Beispiel verweist er dabei auf das enge Naheverhältnis zwischen Punks und der autonomen Bewegung: *„Deutlichster Ausdruck des fließenden Übergangs von Politik und Subkultur waren die (fast ausschließlich) Punk- und Hardcore-Konzerte in den besetzten Häusern und autonomen Zentren und die Verbreitung eines Kleidungsstils, der Elemente der Rocker und Punks aufnahm*

¹¹⁹ Vgl. Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 155.

¹²⁰ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 127 f.

¹²¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 45 f.

und zu einem eigenen autonomen Stil weiterentwickelte.“¹²² Vor allem in den Großstädten kommt es für Haunss durch die fließenden Grenzen zwischen Autonomen und Subkultur zu einer gegenseitigen Stärkung beider Seiten. So macht die subkulturelle Eingebundenheit autonomer Strukturen ein diffuses oder graduelles Engagement von Menschen bei den Autonomen möglich, ohne auf eine verbindliche Mitarbeit verpflichtet zu sein. Darüber hinaus steigert die „Gefährlichkeit“ der Autonomen die gegenkulturelle Attraktivität der Subkultur.¹²³ Auch bei Haunss findet der Szenebegriff Verwendung und zwar im Sinne von Netzwerken von Personen, Orten und Ereignissen. Die Personen, aus denen sich die Netzwerke zusammensetzen, teilen dabei ein Set von Lebensstilen und Vorstellungen und produzieren, reproduzieren und verändern die Struktur dieser Netzwerke in kollektiven Handlungen: *„Szenen sind in diesem Sinne an spezifische – in der Regel großstädtische – Orte gebundene Überzeugungs- und Lebensstilgemeinschaften, die von den Szene-Angehörigen in einem interaktiven Prozess hervorgebracht, reproduziert und verändert werden.“* Darüber hinaus bieten Szenen für soziale Bewegungen sowohl Mobilisierungs- als auch Rückzugsräume.¹²⁴

4.4 Aktionsformen

Nach Bergsdorf und van Hüllen stehen für Autonome Aktionen und nicht Diskurse im Mittelpunkt des Interesses. Ihre Vorliebe für die „Propaganda der Tat“ und die „direkte Aktion“ knüpft dabei an anarchistische Traditionen an. Dabei soll einerseits aufklärend gewirkt werden und andererseits das System bekämpft werden. Wichtig ist auch, dass der politische Anspruch von Aktionen in der Szene oder in befreundete Milieus hinein „vermittelbar“¹²⁵ sein muss.¹²⁶

¹²² Jan Schwarzmeier (2001): zit. nach: Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 126 ff.

¹²³ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 126 f.

¹²⁴ Vgl. ebenda, S. 265.

¹²⁵ Darunter versteht man in der Autonomensprache die Frage bei jeder Aktion, ob von anderen verstanden wird, was man bezwecken will und wogegen sich die Aktion richtet. Vgl. A.G. Grauacke (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin, S. 405.

¹²⁶ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 65.

Folgende Arten von Aktionen können unterschieden werden:¹²⁷

- Auf der legalen Ebene: Politische Kampagnen, Teilnahme an friedlichen Demonstrationen und Kongressen, Zusammenarbeit mit linken Parteien, Herausgabe von Flugblättern, Zeitschriften und Büchern, Durchführung von Diskussionsveranstaltungen.
- Auf der illegalen Ebene: Hier kann zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen unterschieden werden.

Militanz spielt bei den Autonomen eine wichtige Rolle. Sie wird bei der Durchsetzung von politischen Zielen als durchaus legitim angesehen und findet sich auch in autonomen Aktionsformen wieder. Was bedeutet nun aber Militanz aus Sicht eines Autonomen? Dazu die Gruppe „counterclockwise“: *„Von vielen AktivistInnen - gerade von solchen, die sich selbst als Militante begreifen – wird Militanz hingegen eher als radikale Einstellung verstanden, bei der politisches, widerständiges Handeln entschieden und kompromisslos verfolgt wird, bei der trotz Risiken die jeweilige, nicht statische Wahl der Mittel an der Situation ausgerichtet bleibt und nicht an Justiziabilität oder Opportunität. Es geht um die Bestimmung eigener Spielregeln für politische Kämpfe. In diesem Sinne ist Militanz eine radikale Art des Lebens, des Denkens und des Handelns bzw. eine Politikform, die nicht integrierbar ist. Militanz kann dabei direkte Gewalt implizieren, ist aber nicht notwendig mit ihr verknüpft.“*¹²⁸

Haunss bezeichnet die Militanz bei den Autonomen als sichtbaren und erlebbaren Ausdruck einer radikalen systemoppositionellen Positionierung. In der Regel ist sie an konkrete Anlässe geknüpft, in deren Rahmen Ziele der Militanz bestimmt werden (z.B. die Durchsetzung einer Demonstration, die Verhinderung des Aufmarsches von Rechtsradikalen oder die Behinderung großtechnischer Vorhaben). Als Aktionsform ist sie nach

¹²⁷ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 377 f.

¹²⁸ counterclockwise (2010): Zielt auf die Lücken, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 225.

Demonstrationsverboten oder der Räumung von besetzten Häusern oft eine Reaktion auf repressives staatliches Handeln.¹²⁹

Es können drei Stufen der Militanz unterschieden werden:¹³⁰

- Ihre niedrigste Stufe, die so genannte „Alltagsmilitanz“, umfasst z.B. Schwarzfahren, Graffitis sprühen, aber auch kleinere Sabotageakte wie das Verkleben von Türschlössern und Fahrkartenautomaten.
- „Massenmilitanz“ bei Demonstrationen bezeichnet die physischen Auseinandersetzungen von Autonomen mit ihren politischen Gegnern, in der Regel Polizisten und Rechtsextremisten. Dabei treten die Autonomen in einheitlicher Aufmachung (schwarz gekleidet und verummmt) als „Schwarzer Block“ auf, häufig kommt es zu Würfeln von Steinen, Feuerwerkskörpern oder sogar Brandsätzen.
- Unter „klandestiner Militanz“ sind sorgfältig geplante und vorbereitete Anschläge von autonomen Kleingruppen gegen ausgesuchte Ziele (zumeist „Symbole“ für besonders abzulehnende Auswüchse des Systems wie z.B. Behörden, Banken und „kapitalistische Infrastruktur“)¹³¹ zu verstehen und kann bis zur Durchführung von Brand- und Sprengstoffanschlägen reichen. Klandestinen Aktionen folgen fast immer schriftliche Tatbekenntnisse.

4.5 Die Gewaltthematik

Das Thema Gewalt wird mit den Autonomen seit ihrem Auftauchen in den 1980er Jahren in Verbindung gebracht. Ihr militantes Auftreten ist von Anfang an ein wesentliches Merkmal der Bewegung und spiegelt sich auch in den Medienberichterstattungen über die Autonomen aus dieser Zeit wider. Sie

¹²⁹ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 125.

¹³⁰ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 66 f.

¹³¹ Vgl. Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 160.

werden als der jeweils militante Flügel innerhalb neu aufkommender sozialer Bewegungen (z.B. Anti-Atomkraft-Bewegung, Hausbesetzungsbewegung, aber auch lokale Protestbewegungen gegen regionale Bauvorhaben usw.) gesehen, wobei sie ihre mediale und gesellschaftliche Relevanz zu einem gewissen Teil nur durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen erlangen.¹³² Für Foltin stellt gerade das Spektakel der Gewalt ein wichtiges Element dar, ohne das Bewegungen nicht oder kaum beachtet werden. So steht in seinem Buch über soziale Bewegungen in Österreich im Kapitel über die Autonomen zu lesen: *„Es gibt keine wirksame soziale Bewegung, an deren Rändern nicht auch Gewalt und/oder Straßenmilitanz vorkommt.“*¹³³ Eine Sichtweise, die auch vom autonomen Theoretiker „Geronimo“ geteilt wird. Nach Geronimo zeige die Geschichte, *„daß Gewalt noch immer Geburtshelferin neuer Formen von Gesellschaftlichkeit in politischen Kämpfen und Revolutionen war.“*¹³⁴

4.5.1 Gewalt als Ausdruck und Konsequenz autonomer Ideologie

Wie bereits im Kapitel Ideologie und Weltbild dargestellt wurde, ist das Ziel der Autonomen eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Um diese zu erreichen, müssen der Staat und das bestehende Gesellschaftssystem bekämpft und gestürzt werden. Aus Sicht der Autonomen wird der Staat als „repressiv“ und durch „strukturelle Gewalt“ gekennzeichnet wahrgenommen. Der Begriff der strukturellen Gewalt ist auf den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung zurückzuführen, der ihn in den 1970er Jahren entwirft. Nach Galtung ist die Gewalt *„in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen“*¹³⁵. In der autonomen Auslegung wird praktisch jede Form gesellschaftlicher Regeln als strukturelle Gewalt bezeichnet. Dazu aus einem Interview mit einem anonymen Berliner Autonomen: *„Gewalt geht vom Staat aus, der ein einziger Gewaltapparat ist. Egal ob es direkte Gewalt ist durch Bullen oder Militär..., Gewalt durch die Ämter, durch die Schule, durch den Arbeitsplatz, den Chef, durch die Familie. Gewalt ist in diesem Staat erst mal da, zum anderen*

¹³² Vgl. Robert Foltin (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich, Wien, S. 170 ff.

¹³³ Ebenda, S. 175.

¹³⁴ Geronimo (1993), zit. nach Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 376.

¹³⁵ Johan Galtung (1975), zit. nach Steffen Kailitz (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 123.

*brauchst du sie, um dich dagegen zu wehren, um etwas ändern zu können. Gewalt ist das einzige Mittel mit dem du etwas erreichen kannst.*¹³⁶

Das Gewaltmonopol des Staates wird von Autonomen nicht akzeptiert, vielmehr werden verbindliche Regeln als Repression empfunden. Das Machtmonopol des Staates wird nicht als zivilisatorische Errungenschaft zur Einhegung von Gewalt in der Gesellschaft wahrgenommen, sondern nur als Repressionsinstrument. Ideologisch gerechtfertigt wird die eigene Gewaltanwendung als „Gegengewalt“ gegen die strukturelle Gewalt des Staates und die Bedrohung durch FaschistInnen. Gewaltbereitschaft und -tätigkeit werden von Autonomen als Ausdruck einer legitimen Einstellung und als Handlungsoption gesehen. Szene-intern wird die Gewaltbereitschaft als besondere Ausdrucksform der Militanz verortet, wobei der Begriff der Militanz im Sinne einer fundamentalen Ablehnung der bestehenden Gesellschaft und der Notwendigkeit zu grundlegenden Widerstandshandlungen verwendet wird.¹³⁷ Dabei wird das Überschreiten der Schwelle der Strafbarkeit nicht nur nicht näher problematisiert, sondern innerhalb der Szene als Ausdruck besonders konsequenten Agierens angesehen und geschätzt.¹³⁸

Die in der Szene schon seit Jahren immer wieder geführte Militanzdebatte beschäftigt sich daher auch nicht mit der Legitimität von Gewaltanwendung an sich. Es wird vielmehr die Frage kontrovers diskutiert, ob sich die Gewalt nur gegen Sachen oder auch gegen Menschen richten darf.¹³⁹ Eine Einstellung, die sich in der Vergangenheit auch in der Beurteilung der Aktionen der RAF (Rote Armee Fraktion) niederschlug. Zwar wurden deren Anschlagserklärungen

¹³⁶ Interview mit einem anonymen Berliner Autonomen, in: Junge Welt vom 7.1.1992, zit. nach: Armin Pfahl-Traughber (1998): Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 9-10/98, S. 43.

¹³⁷ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 376; Armin Pfahl-Traughber (2010): Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung, in: Freiheit und Recht, Heft 2, S. 16, unter: http://www.bwvbayern.org/attachments/012_FuR%202010%202.pdf (Zugriff: 17.11.2011).

¹³⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traughber (1998): Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 9-10/98, S. 43.

¹³⁹ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 7, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

regelmäßig in den Bewegungszeitungen abgedruckt, aber insgesamt stand der größere Teil der AktivistInnen der terroristischen Politik der RAF, die auf die Ermordung einzelner exponierter Personen abzielte, eher skeptisch bis ablehnend gegenüber.¹⁴⁰ Auch wenn bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei oder Rechtsradikalen schwere Verletzungen der GegnerInnen in Kauf genommen werden, so ist es bisher noch zu keiner vorsätzlichen Tötung politischer GegnerInnen durch Autonome gekommen. Damit wird bei der Anwendung von personenverletzender Gewalt eine Schranke eingehalten, die für Bergsdorf und van Hüllen zugleich die Trennlinie zwischen autonomen und terroristischen Strukturen markiert.¹⁴¹

4.5.2 Funktion der Gewalt bei Identitätsbildung und Binnenintegration

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen kann jedoch nicht nur als Mittel zum Zweck aus einer handlungsbezogenen Perspektive gesehen werden. Darüber hinaus fungiert sie auch als identitätsstiftendes Element, was den folgenden Aussagen von Autonomen entnommen werden kann: *„Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt.“*¹⁴² Sowie: *„Aber allen ist gemeinsam, dass die Militanz zum identitätsstiftenden, prägenden Bestandteil der Bewegungserfahrung wird.“*¹⁴³

Somit artikuliert sich in der Gewaltbereitschaft bzw. in der Gewaltanwendung auch ein für das Selbstverständnis der Autonomen wichtiges Lebensgefühl. Unabhängig von konkreten Zielsetzungen wird die Gewalt als Akt der individuellen Selbstbefreiung von verinnerlichten Herrschaftsstrukturen wahrgenommen.¹⁴⁴ Pfahl-Traughber erklärt die Anwendung von Gewalt – ganz im Sinne einer Politik der ersten Person – zu einem Bestandteil individueller Emotionalität und irrationaler Willkürlichkeit: als einen hedonistischen und

¹⁴⁰ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 172.

¹⁴¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 68.

¹⁴² A.G. Grauacke (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin, S 380.

¹⁴³ Ebenda, S 142.

¹⁴⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber (1998): Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 9-10/98, S. 43.

romantischen Akt der Befreiung. Die Gewalthandlung an sich wird unter diesem Blickwinkel als Ausdruck von Freiheit und Abenteuer wahrgenommen. Gleichzeitig definiert man sich durch Gewalthandlungen als sozial und damit auch normativ außerhalb der Gesellschaft stehend. Von der Szene wird es als ein politisches Bekenntnis gewertet: der Bruch mit der Gesellschaft für eine Identität mit den Autonomen. *„Somit gehört die Gewaltakzeptanz und Anwendung auch zum notwendigen Bestandteil der lebens- und subkulturellen Identität der Autonomen.“*¹⁴⁵

Der gemeinsamen Gewalterfahrung wird von autonomer Seite auch eine Bedeutung bei der Gruppenintegration zugesprochen. In den Erinnerungen der A.G. Grauwacke über ihre Erfahrungen mit Massenmilitanz ist z.B. Folgendes zu lesen: *„Das mitzubekommen, dabei gewesen zu sein, selbst Hand angelegt zu haben – davon konnten wir tagelang zehren, das gab uns Nahrung für den grauen Alltag. Das stärkte aber auch unseren Gruppenzusammenhalt und das stärkte unsere Gruppe in dem Gesamtgefüge autonomer Zusammenhänge.“*¹⁴⁶

4.5.3. Gewaltanwendung zum Erreichen von Medienpräsenz

Die Anwendung von Gewalt kann auch als Mittel gesehen werden, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen. Dazu aus der Szene: *„Die Gleichung ‚ohne Krawall keine Schlagzeile‘ galt in den meisten Fällen. Häufig reichte ja schon die Androhung von gewaltsamer Intervention wie in der Anti-IWF-Kampagne aus, um für Gehör in den Medien zu sorgen.“*¹⁴⁷ Auch für Ceylanoglu wollen die Autonomen mit ihrer Militanz Aufmerksamkeit erregen: *„(...) wenn in der Presse über die Ausschreitungen berichtet wird, ist ein ‚Demoziel‘ erreicht, die Zweifel an dem eigenen Tun, das Selbsteingeständnis des hinter der Gewalt stehenden Ohnmachtsgefühls wieder verfolgen (...) wenn*

¹⁴⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber (2010): Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung, in: Freiheit und Recht, Heft 2, S. 16 f, unter: http://www.bwvbayern.org/attachments/012_FuR%202010%202.pdf (Zugriff: 17.11.2011).

¹⁴⁶ G. Grauwacke (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin, S 148.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 392.

*ihre Aktionen ohne Echo in den bürgerlichen Medien bleiben, wird das von ihnen als ‚repressive Toleranz‘ bezeichnet‘.*¹⁴⁸

4.6 Autonome Aktionsfelder

Die Aktionsfelder der Autonomen sind vielfältig und haben sich seit dem Bestehen der Bewegung kontinuierlich erweitert. Autonome wählen ihre Aktionsfelder häufig in Abhängigkeit von aktuellen politischen Ereignissen, gleichzeitig werden einige Themen – mit zum Teil unterschiedlichen Schwerpunkten – schon seit Jahren durchgängig verfolgt. Aufgrund des umfangreichen Themenspektrums werden in weiterer Folge nur die – aus meiner Sicht – wichtigsten autonomen Aktionsfelder dargestellt.

4.6.1 Antifaschismus (Antifa)

Als das Hauptaktionsfeld der Autonomen schlechthin gilt seit Mitte der 1980er Jahre der Antifaschismus, ein Klassiker unter den traditionell linken Themen. Was bedeutet nun Antifaschismus aus autonomer Sicht? In den meisten Fällen vermischen sich bei der Definition des Faschismus durch Autonome dabei drei Ansätze:¹⁴⁹

- die These Dimitroffs, wonach der Faschismus die letzte Konsequenz des bürgerlichen Kapitalismus sei,
- eine Gleichsetzung von Faschismus mit Nationalsozialismus und
- eine Analyse des Faschismus als strukturelle Herrschaftsform, die gemeinsame konstitutive ideologische Grundzüge hat und sich wesentlich auf Gewaltmonopole und bestimmte Techniken der Disziplinierung stützt.

¹⁴⁸ Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 159.

¹⁴⁹ Vgl. ag under construction (2010): Gedanken zu antifaschistischem Kampf und Widerstand, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 244.

Nach van Hüllen fußt der Antifaschismus der Autonomen in der von Stalin sanktionierten Sozialfaschismusthese über die Ursachen des Rechtsextremismus: Danach galten die demokratischen Parteien und insbesondere die Sozialdemokraten als „objektiv linker Flügel des Faschismus“. Eine Eindämmung der NSDAP wäre demnach nur über die Zerschlagung der Weimarer Republik und die „proletarische Revolution“ möglich gewesen. Nach dieser Sichtweise sind für Autonome heutige Neonazis und VertreterInnen staatlicher Institutionen nur zwei Erscheinungsformen eines prinzipiell faschistischen Systems, das es abzuschaffen gilt.¹⁵⁰

Autonome verstehen unter Antifaschismus nicht nur die konsequente Ablehnung faschistischer Bestrebungen, sondern auch den Kampf gegen das aus ihrer Sicht faschistische System. Der „Kampf gegen rechts“ wird mit dem „Kampf gegen das Ganze“, also gegen das bestehende Gesellschaftssystem, gleichgesetzt. Ursache und Wurzel des Faschismus werden im Kapitalismus gesehen. Daraus folgt, dass der Faschismus nur dann erfolgreich bekämpft werden kann, wenn seine angebliche Ursache, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, beseitigt wird.¹⁵¹

Für autonome Gruppierungen beinhaltet der antifaschistische Kampf vor allem die Beteiligung an Protestaktionen gegen rechtsextremistische Aufmärsche und Veranstaltungen. Dabei kommt es immer wieder auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen militanten Autonomen und VertreterInnen der rechten Szene. Darüber hinaus wird auch eine „Antifa-Recherche“ betrieben mit dem Ziel, Strukturen und Logistik rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen nicht nur zu benennen, sondern teilweise auch mit militanten Aktionen anzugreifen.¹⁵²

Haunss weist auf einen weiteren Aspekt des Entstehens eines autonomen Antifaschismus hin: „Zusätzlich zu dem Ziel, die Re-Formierung parteiförmiger

¹⁵⁰ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 60 f.

¹⁵¹ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen Lang (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn, S. 372.

¹⁵² Vgl. Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 142.

Neo-Nazi-Strukturen zu ver- oder zumindest zu behindern, war der autonome Antifaschismus vor allem eine Reaktion auf die Herausbildung einer Skinhead- und Hooligan-Szene, aus deren Reihen immer häufiger Personen mit bunten Haaren oder alternativem Outfit sowie linke Projekte und Treffpunkte angegriffen wurden.“¹⁵³

Aus der Perspektive des Verfassungsschutzes ist die Attraktivität der Thematik Antifaschismus für Autonome auf drei Aspekte zurückzuführen:¹⁵⁴

1. Der antifaschistische Kampf stellt innerhalb der linksextremistischen Szene – unabhängig von bestehenden ideologischen Unterschieden – eine dauerhafte Basis gemeinsamen Handelns dar.
2. Zentrale Elemente rechtsextremistischer Ideologie – Nationalismus und Rassismus – finden im überwiegenden Teil der Bevölkerung keine Akzeptanz. Dadurch erreichen antifaschistisch ausgerichtete Proteste ein weit über die Szene hinausgehendes Mobilisierungspotenzial.
3. Autonome vertreten die Auffassung, dass der Faschismus von staatlichen Organen toleriert und unterstützt wird, weil er die Macht des Kapitals sichert. Durch Einsätze der Polizei zur Durchsetzung des Demonstrationsrechts von rechtsextremistischen Gruppierungen wird das gezeichnete Bild eines faschistischen und repressiven Staates scheinbar untermauert und schafft Verständnis für den Kampf der Autonomen gegen das System unter nichtextremistischen VeranstaltungsteilnehmerInnen.

4.6.2 Hausbesetzungen/Selbstverwaltete Freiräume

Hausbesetzungen sind von Beginn an ein wichtiges Element der autonomen Bewegung. In den 1980er Jahren ist die autonome Bewegung mit der Hausbesetzungsbewegung praktisch ident, die Bedeutung der Forderung nach „Freiräumen“ ist auf der autonomen Identitätsliste ganz weit oben zu finden. Der

¹⁵³ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 119.

¹⁵⁴ Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 4 f, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

Begriff der Freiraumpolitik umfasst einerseits temporäre Konzepte wie die kurzfristige Aneignung öffentlicher Räume wie U-Bahn-, Platz- oder Hausbesetzungen als politisch-strategisches Mittel, um Aufmerksamkeit auf bestimmte Themenfelder zu lenken. Dabei geht es neben dem Sichtbarmachen von Widerstand aber auch darum, die eroberten Räume kreativ zu füllen wie beispielsweise durch Streetart, Partys, Kunstprojekte, Theater oder andere Ausdrucksformen. Andererseits umfasst autonome Freiraumpolitik auch die Schaffung von langfristigen Freiräumen, die auf ein gemeinsames Zusammenleben zielen oder Projekte, die eine Infrastruktur schaffen.¹⁵⁵

An Infrastrukturen entstehen in einem großen Teil der Häuser Kneipen und sogenannte Volkküchen (ursprünglich Volksküchen, die Kritik am Nationenbegriff führt später jedoch zur heute in der Szene üblichen Schreibweise), in denen billiges Essen angeboten wird.¹⁵⁶ Infoläden dienen als Informationsquelle, indem sie Literatur, Zeitschriften und Archive zur Verfügung stellen oder fungieren als Büro bei der politischen Arbeit. So finden hier auch Gruppentreffen, Vorträge und Mobilisierungsveranstaltungen vor Demonstrationen statt. Infoläden dienen außerdem häufig als Postadressen für konspirativ agierende Gruppen.¹⁵⁷

Durch die geschaffene Infrastruktur erfüllen die besetzten Häuser – bzw. die „selbstverwalteten autonomen Zentren“ – eine wichtige Funktion als Sammlungs- und Veranstaltungsorte für Plena, politische Veranstaltungen aber auch Konzerte. Für Haunss tragen die BesetzerInnen damit zur Schaffung einer subkulturellen autonomen Szene bei, die wiederum ein Mobilisierungsreservoir und Identifikationsangebot darstellt.¹⁵⁸ Eine Sichtweise, die auch von Autonomen durchaus geteilt wird: *„Ich will mir keine Bewegung vorstellen, die nicht ihre Zentren, Knotenpunkte, Infoläden, Arbeits- und Veranstaltungsräume hat; die*

¹⁵⁵ Vgl. „Marie“ (2010): Gespräch des ak wantok: „Freie Räume?“, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 95 f.

¹⁵⁶ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 116.

¹⁵⁷ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 7, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

¹⁵⁸ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 116.

keinen Raum für (sub)kulturelle Projekte bereitstellen kann. Davon abgesehen, dass das eine konkrete Öffnung der Szene darstellen kann und sollte, ermöglichen diese Räume oft kontinuierliche Politik. In dem Sinne haben sie viele Funktionen: Ansprechbarkeit zu gewährleisten, Orte für Wissens- und Erfahrungsweitergabe zu sein, Orte, an denen sich Netzwerke bilden können, an denen verschiedene Strömungen der Bewegung zusammenlaufen, die damit immer auch einen Austausch zwischen den AktivistInnen erleichtern, Debatten befördern.“¹⁵⁹

Die Hausbesetzungen sind vor allem aber Ausdruck des subjektivistischen Ansatzes der Autonomen, politische Überzeugungen mit der persönlichen Lebenspraxis zu verknüpfen. Für die BesetzerInnen sind die Häuser dem System bzw. dem Staat abgerungene Freiräume, in denen die Revolutionierung der eigenen Lebensverhältnisse beginnen kann, in denen ein gegengesellschaftliches Zusammenleben gelebt werden kann. Sie bieten die Möglichkeit, in größeren Gruppen umsonst zusammenzuleben und verschiedene Formen der Kollektivierung auszuprobieren.¹⁶⁰

Es gibt aber auch noch einen weiteren Aspekt der Hausbesetzungen, der bereits 1981 formuliert wird und sich in den Thesen zur Autonomen Bewegung 1994 wie folgt darstellt: *„Auch unser Kampf geht im Moment meist nur um Eroberung und Verteidigung von Freiräumen, wie z.B. bei der Besetzung von Häusern und Jugendzentren. Dies kann und darf aber nie unser alleiniges Ziel sein. Aber je mehr Freiräume wir gewinnen können, desto besser ist unsere Ausgangsbasis, um den Staat und das System zu stürzen. Freiräume bedeuten ein punktuelles Außerkräftsetzen des Staates.“¹⁶¹*

4.6.3 Antirassismus und Flüchtlingsarbeit

Generell sehen LinksextremistInnen die „kapitalistische Gesellschaft“ nicht nur durch Faschismus, sondern auch durch Rassismus gekennzeichnet. Aus ihrer

¹⁵⁹ „Marie“ (2010): Gespräch des ak wantok: „Freie Räume?“, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 96.

¹⁶⁰ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 115 f.

¹⁶¹ Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter: http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

Sicht findet der Kapitalismus in unserer Zeit das für sein Funktionieren notwendige Reservoir an Menschen, die gezwungen sind ihre Arbeitskraft unter ihren Wert und ohne soziale Absicherung zu verkaufen, unter Flüchtlingen, Asylsuchenden und Ausländern. Prinzipiell treffe die dem Kapitalismus immanente Ausbeutung und Entrechtung zwar alle in einem kapitalistischen System lebenden Menschen, die erwähnten Gruppen wären dadurch jedoch besonders betroffen. Der Kampf gegen die Unterdrückung von Flüchtlingen wird von Linksextremisten daher als exemplarisch für den Kampf gegen die Unterdrückung aller Menschen gesehen.¹⁶²

LinksextremistInnen sind davon überzeugt, dass Regierungen kapitalistischer Systeme ihre Politik an den Erfordernissen des Kapitals ausrichten und deshalb ebenfalls rassistisch sind. Dazu Ceylanoglu: *„Dieses Verständnis von Rassismus erhebt also einen Generalvorwurf gegen den Staat und die sie stützende ‚Mehrheitsgesellschaft‘, deren Verständnis von ‚Rassismus‘ sicher ein anderes ist.“*¹⁶³

Verstärkt in den Fokus der Autonomen rückt der Antirassismus als Aktionsfeld mit den Verschärfungen der Asylbestimmungen und der Asylpraxis Anfang der 1990er Jahre (in Österreich genauso wie in Deutschland). Das Thema Asyl wird zu einem innenpolitischen Dauerbrenner, die politischen Diskussionen dazu werden zum Teil mit stark ausländerfeindlichen Parolen geführt.¹⁶⁴ Im Zuge der allgemein angestiegenen Fremdenfeindlichkeit kommt es auch zu Angriffen und Brandanschlägen auf Flüchtlings- und Ausländerunterkünfte. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich die Flüchtlingsarbeit der Autonomen, die dafür sogar ihr Prinzip einer Politik der ersten Person überdenken und in diesem Bereich mit einer sonst so abgelehnten Stellvertreterpolitik beginnen.¹⁶⁵ Neben der Mobilisierung gegen weitere Verschärfungen in der Asylpolitik entwickeln sich im autonomen Umfeld auch Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge und

¹⁶² Vgl. Sena Ceylanoglu (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 142.

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 143.

¹⁶⁴ Vgl. Last Exit Flucht: Geschichte des Asyls in Deutschland, unter: http://www.lastexitflucht.org/againstallodds/factualweb/de/2.3/articles/2_3_4a_Asylland_D.html (Zugriff: 17.12.2011).

¹⁶⁵ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 120 f.

MigrantInnen in Form von Rechtsberatungen und Hilfestellungen im Umgang mit Ausländerbehörden und Verwaltungen. Auch kommt es in diesem Aktionsbereich zur Zusammenarbeit mit kirchlichen und sozialen Unterstützungsgruppen, eine ansonsten eher unübliche Vorgehensweise autonomer Gruppierungen. Eine der bekanntesten Aktionen im Zusammenhang mit Antirassismus ist die im Jahr 1998 ins Leben gerufene „kein Mensch ist illegal“ Initiative.¹⁶⁶

Die Argumentation der Autonomen für ihr Engagement in diesem Bereich ist stark an die generelle Sichtweise von Linksextremen zum Thema Antirassismus angelehnt: Sie werfen dem Staat und seinen VertreterInnen vor, im Rahmen einer von „staatlichen Rassismus“ geprägten Asyl- und Ausländerpolitik die Rechte von AusländerInnen zu missachten. Sie würden als „wirtschaftlich nicht verwertbare Ware“ angesehen und deshalb kriminalisiert, in Abschiebegefängnisse gesperrt und abgeschoben.¹⁶⁷ Ein Vorwurf, der sich auch in der „Rapidité“¹⁶⁸ vom Dezember 2011 wiederfindet. In der Ankündigung einer Solidaritätsveranstaltung, mit deren Einnahmen ein Filmprojekt über sechs AsylbewerberInnen sowie die Mietkosten für diese Personen unterstützt werden sollen, ist folgendes zu lesen: *„Es ist gängige Praxis, dass Flüchtlinge an den Rand der Gesellschaft gedrängt und von dieser ausgeschlossen werden. Die Teilnahme am öffentlichen Leben und das Recht auf Bildung wird strukturell verwehrt. Die Folgen sind Isolation, Ausgrenzung und oftmals Abdrängung in den informellen Sektor – begleitet von Alltagsrassismen und Diskriminierung, ohne dass der Staat dem entgegen wirkt.“*¹⁶⁹ Anschließend folgt eine ideologische Untermauerung von Unterstützungsaktionen: *„Es ist unser aller Aufgabe, prekäre Lebenssituationen aufzuzeigen! Wenn wir gegen prekäre Situationen anderer kämpfen, kämpfen wir für uns selbst. Wenn wir gegen den Ausschluss von Menschen aus dem demokratischen Prozess*

¹⁶⁶ Vgl. Sebastian Haunss (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, S. 121.

¹⁶⁷ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 8, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

¹⁶⁸ Die Rapidité ist die monatlich erscheinende Zeitschrift des EKHS (Ernst-Kirchwegger Haus, bekannter autonomer Szenetreffpunkt in Wien).

¹⁶⁹ Rapidité, Dezember 2011.

*kämpfen, kämpfen wir für unsere eigene Teilhabe. Wenn wir gegen menschenverachtende Gesetze kämpfen, kämpfen wir für unser eigenes Recht auf Menschenwürde.*¹⁷⁰

4.6.4 Antirepression

Seit jeher ist der Kampf gegen „staatliche Repression“ ein weiterer Schwerpunkt innerhalb der autonomen Szene. Aus autonomer Sicht gibt es politische Repression, solange staatliche Strukturen existieren: Zum Zweck seiner Selbsterhaltung wendet der „kapitalistische“ Staat physische, psychische und strukturelle Gewalt gegen alle Bewegungen an, die für eine „befreite“ Gesellschaft eintreten. Nach autonomer Deutung gilt alles als Gewalt, was zwischen die potenzielle und die tatsächliche Selbstverwirklichung des Individuums tritt, wie z.B. auch gesellschaftliche Konventionen. Dabei handelt es sich um ein klassisches anarchistisches Argumentationsmodell.¹⁷¹

Nach Bergsdorf und van Hüllen ist Repression aus autonomer Sicht nicht nur die Festnahme bei einer militanten Demonstration oder das Ermittlungsverfahren, das sich gegen Szeneangehörige zur Aufklärung von Brand- und Sprengstoffanschlägen richtet. *„Repression ist auch, wenn ein Autonomer am proletarischen Einkauf im Supermarkt (Ladendiebstahl) gehindert wird, denn dieser ist Bestandteil des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs.*¹⁷²

Die Antirepressionsarbeit umfasst dabei Agitation gegen den angeblichen „Überwachungsstaat“ sowie alle denkbaren Maßnahmen zur Bekämpfung der staatlichen „Repressionsorgane“, wozu neben der Polizei vor allem auch die Justiz und der Verfassungsschutz gezählt werden. Das Maßnahmenspektrum kann dabei von Rechtsberatungen über praktische Tricks zur Behinderung behördlicher Maßnahmen bis hin zu physischen Angriffen auf die Polizei reichen.¹⁷³ Aus Sicht des Verfassungsschutzes handelt es sich dabei nicht immer um zufällige oder spontane Taten. So wird die Konfrontation mit dem

¹⁷⁰ Rapidité, Dezember 2011.

¹⁷¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 187.

¹⁷² Vgl. ebenda, S. 63.

¹⁷³ Vgl. ebenda.

Staat und seinem „Repressionsapparat“ auch ganz bewusst gesucht: *„Anlässe sind insbesondere die Räumung von autonomen Szeneobjekten, aus Sicht der Szene relevante Jahrestage, anlassbezogene Solidaritätsaktionen oder polizeiliches Handeln bei Demonstrationen. Hier wird insbesondere der aus linksextremistischer Sicht ‚unzulässige‘ Schutz ‚faschistischer Aufmärsche‘ als Rechtfertigung für Gewaltaktionen gegen Polizisten angeführt.“*¹⁷⁴

Antirepressionsarbeit wird auch betrieben, um autonome Infrastruktur wie Infoläden und besetzte Häuser gegen behördliche Eingriffe zu schützen. Als wichtig wird auch die Solidarität mit den „politischen Gefangenen“ erachtet. Das umfasst nach autonomem Verständnis alle links ausgerichteten Menschen, die wegen Straftaten, die im weitesten Sinne sozialrevolutionär begründet werden können, unter Anklage stehen oder inhaftiert sind.¹⁷⁵

4.6.5 Anti-Globalisierung

Seit dem Jahr 2000 sind Autonome auch an Kampagnen gegen die marktradikale Wirtschaftspolitik und deren globalen Folgen beteiligt.¹⁷⁶ Die Kampagne gegen Neoliberalismus und Globalisierung, auch Anti-Globalisierungskampagne genannt, wird 1999 von amerikanischen AnarchistInnen ins Rollen gebracht. Durch ihre „phantasievollen Aktionen“ bringen sie eine Ministerkonferenz des Weltwährungsfonds in Seattle fast zum Scheitern. Seitdem werden Wirtschafts- und Politikgipfel nicht nur von international zusammengesetzten Protesten, sondern auch von immer wiederkehrenden gewaltsamen Störungen begleitet, die auch unter reger Beteiligung von Autonomen stattfinden. Dabei geht es ihnen nicht nur darum, ihre Kritik an neoliberaler Wirtschaftspolitik zu demonstrieren, sondern vor allem um die Verhinderung der Gipfeltreffen an sich. Ein Unterfangen, das bislang noch nie gelungen ist. Das erwünschte Medienecho aufgrund der dabei stets

¹⁷⁴ Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat.Nation.Kapital.Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung, Wiesbaden, S. 6, unter: http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

¹⁷⁵ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 63.

¹⁷⁶ Vgl. Matthias Mletzko (2010): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 44, S. 10.

auftretenden gewaltsamen Auseinandersetzungen des „Black Bloc“ mit der Polizei ist ihnen dabei jedoch garantiert.¹⁷⁷

4.7 Einschätzung durch den Verfassungsschutz

4.7.1 Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

Infolge der Terroranschläge in den USA 2001 (9/11) kommt es unter dem damaligen Innenminister Dr. Ernst Strasser zu einer Reform bzw. Reorganisierung des staatspolizeilichen Dienstes in Österreich. Hauptziel der Reform ist dabei die Stärkung des präventiven Staatsschutzes, was durch die Intensivierung der Analysetätigkeit staatschutzrelevanter Phänomene sowie durch die Zusammenlegung von Dienststellen in den Bundesländern erreicht werden soll. Die Neuordnung des Staatsschutzes in Österreich wird mit 1.12.2002 durch die Errichtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) sowie den neun Landesämtern (LVT) abgeschlossen. In organisatorischer Hinsicht ist das BVT Teil der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit des Bundesministeriums für Inneres.¹⁷⁸

Zu den Kernaufgaben des BVT und seinen Organisationseinheiten zählt die Verfolgung, die Gefahrenabwehr und die erweiterte Gefahrenforschung von staatsfeindlichen Vorgängen in den Bereichen Extremismus, Terrorismus, Spionage und Proliferation, illegaler Waffenhandel sowie ganz allgemein die Verfolgung politisch motivierter Delikte. Die Aufgaben umfassen aber auch den Schutz des Staates, seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen und deren Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus obliegt dem BVT die Veranlassung und Koordination von Personen- und Objektschutzmaßnahmen, der Schutz von VertreterInnen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und anderer Völkerrechtssubjekte. Seit 1997 erscheint einmal jährlich ein Verfassungsschutzbericht (bis 1999 unter der Bezeichnung

¹⁷⁷ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn, S. 65.

¹⁷⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2002, S. 11 sowie 2001, S. 3, unter: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

Staatsschutzbericht), der einen Überblick über die staatschutzrelevante Lage, die Entwicklung einzelner Phänomene und Erscheinungen sowie eine daraus ableitbare Einschätzung der Gefährdung für die innerstaatliche Sicherheit bietet.¹⁷⁹

4.7.2 Die Autonomen aus Sicht des österreichischen Verfassungsschutzes

„Mit Gewaltakzeptanz und –befürwortung verbundene linksextreme Positionen, die in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Weltanschauungen bewusst Gesetzesbrüche einkalkulieren, sind Beobachtungsgegenstand der österreichischen Staatsschutzbehörden.“ Danach werden die Autonomen vom österreichischen Verfassungsschutz unter der Rubrik autonom-anarchistische Gruppierungen ebenso wie marxistisch-leninistische bzw. trotzkistische Gruppierungen dem linksextremen Spektrum zugerechnet.¹⁸⁰

Die linksextremistische Szene erstreckt sich über das gesamte Bundesgebiet, wobei die Mehrzahl der Gruppen in Wien, Graz und Innsbruck aktiv sind. Generell werden der linksextremen Szene nur eine schwache gesellschaftliche Resonanz und geringe Mitgliederzahlen zugesprochen, bezogen auf die autonom-anarchistische Szene wird im Verfassungsschutzbericht 2011 für das Berichtsjahr 2010 von einer „überschaubaren Anzahl von Aktivistinnen und Aktivisten“ gesprochen.¹⁸¹ Hinweise auf auch nur geschätzte Mitgliederzahlen finden sich in den Verfassungsschutzberichten so gut wie nie, im Bericht für das Jahr 2008 wird die Mobilisierungsfähigkeit des anarchistisch-autonomen Spektrums auf ca. 400 Personen geschätzt, wobei der Großteil mit ca. 200 AktivistInnen dabei auf Wien fällt.¹⁸²

Aus dem Bericht für 2010 geht hervor, dass innerhalb der linksextremen Szene schon seit geraumer Zeit eine merkliche Entideologisierung stattfindet. Dabei wird Ideologie zunehmend durch eine ideologiefreie Form der „Erlebniskultur“

¹⁷⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2002, S. 13, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁸⁰ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 37, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁸¹ Vgl. ebenda, S. 21.

¹⁸² Verfassungsschutzbericht 2009, S. 39, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

ersetzt. Bei der Teilnahme an Protestaktionen stehen dadurch vielmehr eine unmittelbare soziale Betroffenheit oder erlebnisorientierte Beweggründe im Vordergrund.¹⁸³ Eine Entwicklung, die auch innerhalb der autonomen Szene verortet wird: *„Die meist jugendlichen Aktivistinnen und Aktivisten werden zunehmend von einer weitgehend erlebnisorientierten Motivation angetrieben, die die Auseinandersetzung mit gegnerischen politischen Gruppen und mit der Staatsmacht provoziert und fördert.“* Ohne ideologische Klammer besteht aus Sicht des Verfassungsschutzes die Gefahr, dass die rein militante Aggression zu zielloser und übersteigter Gewaltanwendung führen kann.¹⁸⁴

Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit sieht der Verfassungsschutzbericht 2011 vor allem in Form von Gewalttaten bei eskalierenden Protesten und Demonstrationen.¹⁸⁵ Dabei werden als die Träger der gewalttätigen Proteste auf linker Seite vor allem autonom-anarchistische Gruppierungen und sogenannte Freie Radikale, die sich im autonomen Umfeld bewegen, genannt.¹⁸⁶ Bei den Freien Radikalen handelt es sich um einen Personenkreis, der sich ideologisch grundsätzlich keiner bestimmten Einzelgruppierung oder Weltanschauung zuordnen lässt und gewaltbereite Elemente verschiedener Szenebereiche und Jugendsubkulturen (z.B. Punks) umfasst. Demonstrationen und Großkundgebungen werden von Freien Radikalen als Plattform bzw. Schutzschild für ihre gewalttätigen Aktionen gegen öffentliche oder private Sachgüter, aber auch gegen die Exekutive, genutzt.¹⁸⁷

Seit dem Jahr 2007 konstatiert der Verfassungsschutz einen Anstieg der Gewaltbereitschaft bei Konfrontationen zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppierungen. Die Ursache dafür wird in einem geänderten Verhalten der rechtsextremen Szene gesehen, die auf Provokationen und Aggressivität gewaltbereiter Linker bisher zumeist mit Zurückhaltung und Passivität reagiert haben: *„Seit dem Jahr 2007 gehen provozierende Verbalattacken bis hin zu körperlichen Über- und Angriffen im*

¹⁸³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 21, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 41 f.

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 22.

¹⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 47.

¹⁸⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2008, S. 36, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

Kontext einschlägiger Veranstaltungen, beim spontanen persönlichen Aufeinandertreffen sowie im Rahmen konspirativ geplanter Übergriffe auch vom neonazistischen Bereich und von Skinheads aus.“ Neben VertreterInnen der politisch legitimierten Linken sind es dabei vor allem AktivistInnen der linksextremistischen Antifa-Szene sowie der anarchistisch-autonome Bereich, welche die Aggressionen von Neonazis auf sich ziehen. Auslöser für gewalttätige Aktionen und Zusammenstöße sind dabei vor allem regelmäßige und anlassbedingte Gedenkveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene, wie z.B. der 8. Mai, Feste von Burschenschaften, der Ball des Wiener Korporationsringes (WKR-Ball) oder als nationalistisch bezeichnete Treffen, die grundsätzlich Gegenproteste militanter Linksextremisten hervorrufen.¹⁸⁸ Der „gemeinsame Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus“ dient innerhalb der ansonsten stark zersplitterten und vielfach zerstrittenen linksextremen Szene als Bindeglied und verfügt über eine starke Mobilisierungskraft. Insofern trat das vorhandene Gewaltpotential in den vergangenen Jahren insbesondere im Rahmen von Antifa-Aktivitäten zu Tage.¹⁸⁹ Direkte Konfrontationen von Links- und RechtsextremistInnen außerhalb von organisierten Protestaktivitäten finden hingegen nur vereinzelt statt.¹⁹⁰ Insgesamt wird das tatsächlich umgesetzte Gewaltausmaß linksextremer Gruppierungen in den vergangenen Jahren vom Verfassungsschutz als nicht hoch eingeschätzt.¹⁹¹

In den Verfassungsschutzberichten findet sich auch jedes Jahr eine Statistik über die Anzahl strafbarer Handlungen, die aufgrund von Bekennerschreiben, Parolen oder Vorgangsweisen auf die linksextreme Szene hinweisen. Eine Aufschlüsselung auf die verschiedenen Gruppierungen erfolgt dabei nicht, und nur in wenigen Berichten wird auch die Art der Tathandlungen ausgewiesen. Wird in den ersten beiden Verfassungsschutzberichten die Statistik noch mit „vermutlich linksextremistisch motivierte Anschläge“ betitelt, wird in den

¹⁸⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 46 ff, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁸⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2008, S. 33, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁹⁰ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 47, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁹¹ Vgl. ebenda, S. 49.

daraufliegenden Jahren nur noch von „vermutlich linksextremistisch motivierten strafbaren Handlungen“ gesprochen. Die nun folgende Darstellung basiert auf den in den Verfassungsschutzberichten ausgewiesenen Zahlen, die bis in das Jahr 1986 zurückgehen:

Vermutlich linksextremistisch motivierte strafbare Handlungen 1986-2009:¹⁹²

1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
15	0	1	6	3	8	5	0	1	6	3	13
1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
7	16	1039	52	59	27	15	57	144	72	64	90

Die für das Jahr 2000 angegebene Zahl von 1039 strafbaren Handlungen (vorwiegend Schmieraktionen) ist darauf zurückzuführen, dass auch geringfügige Schäden, die anlässlich von Demonstrationen entstehen, Berücksichtigung fanden. Der starke Anstieg gegenüber den Vorjahren lässt sich aufgrund der unzähligen Anti-Regierungs-Demonstrationen infolge der durch die Nationalratswahlen 1999 zustande gekommenen ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung erklären.¹⁹³

Seit 1.1.2010 orientiert sich das Meldewesen Linksextremismus an der im Bereich Rechtsextremismus üblichen Erfassung, Bewertung und statistischen Aufbereitung von Tathandlungen und Anzeigen. Dadurch ist ein direkter Vergleich mit den Statistiken der vergangenen Jahre nicht möglich bzw. nur wenig aussagekräftig. Für das Jahr 2010 werden insgesamt 211 Tathandlungen mit erwiesenen oder vermuteten linksextremen Tatmotiven ausgewiesen, die in weiterer Folge zu insgesamt 340 Anzeigen¹⁹⁴ geführt haben.¹⁹⁵

¹⁹² Eigene Darstellung anhand der Verfassungsschutzberichte 1999-2010.

¹⁹³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2000, S. 50, unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁹⁴ Eine Tathandlung kann mehrere Delikte mit gesonderten Anzeigen beinhalten.

¹⁹⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 22 f, unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

Anzeigen aufgeteilt nach Strafdelikten für 2010:¹⁹⁶

Anzeigen	Anzahl
Sachbeschädigung	127
Schwere Sachbeschädigung	53
Diebstahl	2
Schwerer Diebstahl	1
Brandstiftung	4
Widerstand gegen die Staatsgewalt	17
Tätlicher Angriff	4
Landfriedensbruch	10
Störung einer Versammlung	26
Entziehung von Energie	1
Körperverletzung	5
Schwere Körperverletzung	31
Sonstige Anzeigen	59
Summe	340

Wie auch in den Jahren davor, zählen im Jahr 2010 vor allem private und öffentliche Gebäude, Einrichtungen und Objekte von politischen Parteien sowie Organe der öffentlichen Sicherheit zu den Zielen linksextrem motivierter Tathandlungen. In den 31 Fällen von schwerer Körperverletzung handelt es sich ausschließlich um verletzte uniformierte Einsatzkräfte.¹⁹⁷

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Zahl gewaltbereiter LinksextremistInnen (insbesondere der Autonomen) erneut angestiegen ist und die Anzahl politisch motivierter gewalttätiger Straftaten mittlerweile mehrheitlich von LinksextremistInnen begangen werden, zeigt sich in Österreich ein durchaus anderes Bild.¹⁹⁸ Ein Bild, das Meier-Bergfeld im Handbuch des Linksextremismus bereits im Jahr 2002 zu folgender Formulierung verleitet: „*Alle Extremismen in Österreich sind milder ausgeprägt als in Deutschland. Der österreichische Charakter neigt nicht zur ‚Arbeit der Zuspitzung‘, eher schon*

¹⁹⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2011, S. 23, unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

¹⁹⁷ Vgl. ebenda, S. 24.

¹⁹⁸ Deutscher Verfassungsschutzbericht 2010, S. 4, unter:
http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2010.pdf (Zugriff: 4.1.2012).

zum *charmanten Glätten der Gegensätze*.¹⁹⁹ Eine Feststellung, die durchaus auch heute noch ihre Berechtigung haben mag. Innerhalb des gesamten linksextremistischen Spektrums dominieren in Österreich laut Verfassungsschutz gemäßigte Kräfte, auch innerhalb der autonomen Szene.²⁰⁰ Die Mitgliederzahlen werden als gering angegeben und dürften stagnierend bis rückläufig sein, was insbesondere für die autonome Szene zu gelten scheint. In den seit 1997 veröffentlichten Verfassungsschutzberichten wird fast durchgängig darauf hingewiesen, dass sich die der linksextremen Szene zuzurechnenden Straftaten sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht auf einem niedrigen Niveau bewegen. Von der Notwendigkeit der Einführung eines Aussteigerprogramms für LinksextremistInnen – ein solches wurde in Deutschland im Oktober 2011 eingeführt um die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten zu reduzieren – kann in Österreich keine Rede sein.²⁰¹ Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass in Summe linksextremistische Gruppierungen in Österreich derzeit keine Gefahr für Demokratie und staatliche Sicherheit darstellen.

4.8 Das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH)

Das Gebäude in der Wielandgasse 2-4 wird 1931 – mitten im Wiener „Arbeiterbezirk“ Favoriten – für den tschechischen Schulverein Komensky erbaut. Das Bauwerk zählt zu den ältesten Stahlbetonbauten der Stadt, die Pläne dafür stammen von den Architekten Josef Hofbauer und Wilhelm Baumgarten.²⁰² Nach 1945 geht das Haus, in dem auch lange Zeit eine vom Wielandtheater bespielte Bühne untergebracht ist, in den Besitz der KPÖ über.²⁰³

¹⁹⁹ Peter Meier-Bergfeld (2002): Linksextremismus in Österreich, in: Hans-Helmuth Knütter/Stefan Winckler (Hrsg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz, S. 143.

²⁰⁰ Vgl. Verfassungsschutzberichte 2008, S. 32; 2006, S. 53; 2000, S. 39 sowie 1999, S. 18, unter: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

²⁰¹ Vgl. Aussteigerprogramm Linksextremismus, unter: http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_linksextremismus/aussteigerprogramm_links/ (Zugriff: 19.1.2012).

²⁰² Vgl. <http://www.architektenlexikon.at/de/231.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

²⁰³ Vgl. Rapidité Sondernummer zu 10 Jahr EKH (Juni 2000), unter: <http://med-user.net/~ekh/rapidite/sonderrapidite.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

Am 23.6.1990 wird das bis zu diesem Zeitpunkt nur unter dem Namen Wielandschule bekannte Haus von AktivistInnen der Wiener autonomen Szene gemeinsam mit türkisch/kurdischen KommunistInnen besetzt. Ziel der Besetzung ist die Schaffung eines internationalistischen, antifaschistischen und multikulturellen Zentrums. So kann man in einem Flugblatt aus der Anfangszeit der Besetzung lesen: *„Wir, verschiedene österreichische und ausländische Gruppen – AsylantInnen, Obdachlose, AktivistInnen der Antifa-Bewegung u.a. – haben dieses Haus besetzt, um unsere Vorstellungen von kollektivem Zusammenleben und –arbeiten verwirklichen zu können. Das Haus im Besitz der KPÖ wir großteils nicht oder nur vorübergehend benutzt. Wir fordern die leerstehenden Räume für uns und die teilweise benützten zur gemeinsamen Arbeit gegen Faschismus, Rassismus und Fremdbestimmung.“*²⁰⁴

Das Haus wird von den BesetzerInnen nach einem österreichischen Kommunisten und Widerstandskämpfer in Ernst-Kirchwegger-Haus umbenannt. Kirchwegger nahm 1965 an einer Großdemonstration gegen den durch seine nationalsozialistischen und antisemitischen Aussagen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geratenen Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz teil. Dabei wurde er von einem rechtsextremen Gegendemonstranten attackiert und so schwer verletzt, dass er verstarb. Kirchwegger gilt als das erste Todesopfer politischer Gewalt in der Zweiten Republik.²⁰⁵ Die BesetzerInnen begründen die Umbenennung des Hauses damit, dem Zentrum dadurch einen antifaschistischen Charakter geben zu wollen: *„Der Kampf gegen den Faschismus – egal, ob er offen zutage tritt oder versteckt sein Unwesen treibt – ist eine Grundvoraussetzung für den Kampf um ein befreites Leben.“*²⁰⁶

In weiterer Folge beginnt ein zähes Ringen zwischen den HausbesetzerInnen und der KPÖ, die den Verlust des Hauses nicht so ohne weiteres hinnehmen will. Zu den VermittlerInnen zwischen den beiden Konfliktparteien gehören damals auch so prominente Persönlichkeiten wie Elfriede Jelinek und Peter Turrini. Im März 1991 kann schließlich für Teilbereiche des Hauses ein

²⁰⁴ Vgl. Rapidité Sondernummer zu 10 Jahr EKH (Juni 2000), unter: <http://med-user.net/~ekh/rapidite/sonderrapidite.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

²⁰⁵ Vgl. <http://www.dasrotewien.at/kirchwegger-ernst.html> (Zugriff: 28.1.2012).

²⁰⁶ Vgl. Rapidité Sondernummer zu 10 Jahr EKH (Juni 2000), unter: <http://med-user.net/~ekh/rapidite/sonderrapidite.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

Mietvertrag mit einem symbolischen Mietbetrag von 1 Schilling erkämpft werden. Stimmen aus der KPÖ, das Haus doch noch räumen zu lassen, finden bis zuletzt keine Mehrheit im Parteivorstand.²⁰⁷

Das EKH definiert sich selbst von Anfang an als ein Gesamtprojekt, als ein autonomes Zentrum, das Freiraum für kulturelle, politische und künstlerische Aktivitäten bieten soll. In einem Flugblatt aus dem Jahr 1992, das zur Information für Neueingezogene und BesucherInnen dienen soll, kann man dazu Folgendes lesen: *„Das Ernst-Kirchwegger-Haus soll ein Haus für alle Gruppen und Menschen sein, die in ihren Zusammenhängen politisch arbeiten und agieren wollen, ein Haus für Flüchtlinge außerhalb von staatlicher Betreuung und Kontrolle, außerhalb von caritativer Gnade. Ein öffentliches Haus für politische und kulturelle Aktivitäten, ein Haus zum Mit-, oder wenigstens Nebeneinander Wohnen, selbstorganisiert von seinen BenützerInnen.“*²⁰⁸

Dementsprechend vielfältig präsentiert sich das Haus mit seinen BewohnerInnen, im gesamten Haus etablieren sich im Laufe der Zeit eigenständige Strukturen und Aktivitäten. So erhält die Flüchtlings- und MigrantInnenhilfsorganisation Flughafensozialdienst Räumlichkeiten für Not- und Übergangsquartiere, hauptsächlich für Flüchtlinge aus der pakistanischen und afrikanischen Community. Die ATIGF, eine Gruppe türkischer und kurdischer KommunistInnen, bezieht Wohn- und Vereinsräumlichkeiten, der Verein Romano Centro²⁰⁹ hat bis 1996 ebenfalls seine Vereinsräumlichkeiten im EKH. Danach werden seine Büros vom Dachverband jugoslawischer (mittlerweile: serbischer) Vereine genutzt. Auch die Flüchtlings- und Deserteursberatung erhält im Laufe der Jahre ein Zimmer für Beratungsgespräche im Haus. Im autonomen Wohnbereich entsteht ein eigener Frauenraum und es wird auch eine Kindergruppe organisiert. Ein Infoladen

²⁰⁷ Vgl. Karl Schmoll (3.11.2004): Realkapitalismus schwer gemacht, unter: <http://fm4v2.orf.at/connected/185387/main> (Zugriff: 28.1.2012).

²⁰⁸ Vgl. Vgl. Rapidité Sondernummer zu 10 Jahr EKH (Juni 2000), unter: <http://med-user.net/~ekh/rapidite/sonderrapidite.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

²⁰⁹ Der Verein wurde 1991 als einer der ersten Roma-Vereine Österreichs gegründet und setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Roma und gegen deren Diskriminierung ein. Vgl. unter: http://www.romanocentro.org/NEW/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=2&lang=de (Zugriff: 29.1.2012).

(Cafeteria mit linkspolitischem Buch- und Zeitschriftenangebot), eine öffentliche Bibliothek und ein Archiv (der sozialen Bewegungen) entstehen, ebenso das Politdiskubeisl, das Que(e)r-Beisl und eine Volxküche. Eine Medien- und Siebdruckwerkstatt werden eingerichtet und es wird eine monatliche Programmzeitschrift, die Rapidité, herausgegeben. Das EKH beherbergt auch immer wieder unterschiedliche Zeitungsprojekte, u.a. zieht auch die Redaktion des TATblatt für einige Zeit ins Haus ein. Ein Proberaum und ein Tonstudio entstehen, KINOKI (Verein zur audiovisuellen Selbstbestimmung) zeigt Filme und Dokumentationen, das volXtheater produziert hier seine Opern, es finden Konzerte, Diskussionen und Solidaritätsveranstaltungen statt.²¹⁰

Den bürgerlichen und rechten Kräften im Land ist das EKH von Anfang an ein Dorn im Auge, der FPÖ-Politiker Hilmar Kabas spricht sogar von „einer Schaltstelle linksextremistischen Terrors“. Dennoch verlaufen die folgenden Jahre mehr oder weniger ruhig bis es im Herbst 2004 – bedingt durch eine Finanzkrise der KPÖ – zu einem Verkauf des Hauses kommt. Als Käufer und neuer Eigentümer tritt die Wielandgasse 2-4 Vermietungsges.m.b.H. auf, deren Geschäftsführer ein Naheverhältnis zu rechtsextremen Kreisen nachgesagt wird. Durch die drohenden Kündigungsschreiben wird nicht nur das Fortbestehen von zu diesem Zeitpunkt nicht weniger als 27 verschiedenen im EKH tätigen Initiativen in Frage gestellt, sondern es steht auch die Existenz der im EKH lebenden MigrantInnen auf dem Spiel.²¹¹ Es kommt zu einer Welle von Protestaktionen, gleichzeitig beginnen Räumungsverfahren gegen jene BewohnerInnen des Hauses, die keine Räumungsvergleiche unterzeichnet haben. Aufgrund der unsicheren Situation des Hauses sehen sich auch der Infoladen, die Volxbibliothek, das Que(e)r-Beisl und das Archiv der sozialen Bewegungen gezwungen das Haus zu verlassen, sie finden nach längerer Raumsuche in der Wipplingerstraße 23 ein neues Domizil. Forderungen an die Gemeinde Wien, eine politische Lösung für den Erhalt des EKHS zu finden, führen im Herbst 2005 in einem ersten Schritt zum Kauf des Hauses durch eine der Gemeinde Wien nahestehende Baufirma. Die ENOLA, eine Tochterfirma

²¹⁰ Vgl. ak wantok (2010): Interview mit AktivistInnen aus dem EKH in Wien, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, S. 103.

²¹¹ Vgl. Karl Schmoll (3.11.2004): Realkapitalismus schwer gemacht, unter: <http://fm4v2.orf.at/connected/185387/main> (Zugriff: 28.1.2012).

der PORR, wird neue Eigentümerin und sichert zu, auf Räumungen bis zum Juni 2006 zu verzichten.²¹²

Im September 2007 beschließt der Gemeinderatsausschuss für Gesundheit und Soziales mit den Stimmen von SPÖ und Grünen das Ernst-Kirchweger-Haus zu kaufen. Konkret übernimmt die Stadt mittels des Fonds Soziales Wien die Immobilie für 2,1 Mio. Euro vom Baukonzern PORR und stellt sie dann den BewohnerInnen zur Nutzung zur Verfügung, die neben einem symbolischen Mietbeitrag für den Erhalt des EKH künftig selbst aufkommen müssen. Verwaltet soll das Haus von „wieder wohnen“, einer Tochtergesellschaft des Fonds Soziales Wien und einem neu gegründeten Dachverband aus vier im EKH ansässigen Vereinen (die beiden türkischen Vereine ATIGIF und DIDIF sowie der Dachverband der serbischen Kulturvereine und der Verein für Gegenkultur) werden.²¹³ Damit kann endlich eine klare rechtliche Situation geschaffen werden und nachdem alle im Haus befindlichen Personen und Gruppen Mietverträge erhalten haben, wird am 7. November 2008 die Besetzung des Ernst-Kirchweger-Hauses für beendet erklärt.²¹⁴

Das EKH gilt mittlerweile als eines der ältesten autonomen Zentren mit Besetzungsgeschichte im deutschsprachigen Raum und ist ein weit über die Grenzen Wiens hinausgehend bekannter Treffpunkt der Szene. Das Haus selbst beherbergt auch heute noch unterschiedliche Gruppen und Vereine: Dazu gehören die migrantischen ArbeiterInnenorganisationen ATIGIF und DIDIF, der Dachverband serbischer Vereine in Wien und die autonomen Bereiche. AktivistInnen aus den zuletzt genannten Bereichen definieren sich selbst in einem Interview aus dem Jahr 2010 so: *„Als die Einzigen im Haus, die sich als autonom und anti-hierarchisch verstehen, haben wir andere Ziele und Strukturen als viele der Projekte, mit denen wir das Haus teilen. Zudem sind wir selbst eine ziemlich heterogene Gruppe. Wir sind aktiv in Bereichen wie*

²¹² Vgl. http://www.med-user.net/~infoladen10/il_frameset.htm (Zugriff: 28.1.2012).

²¹³ Vgl. Die Presse (3.7.2007), unter:

http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/314701/ErnstKirchwegerHaus_Stadt-stellt-Regeln-fuer-Autonomie-auf?from=suche.intern.portal (Zugriff: 28.1.2012).

²¹⁴ Vgl. Robert Foltin (2011): Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich, Wien, S. 128.

Antifaschismus, Antisexismus, Antirassismus, DIY-Kultur,²¹⁵ Erkämpfung von Freiräumen, Antirepression/Anti-Knast und vielen mehr. Einige von uns verstehen sich als Anarchist_innen, aber nicht alle. Die meisten teilen jedoch anarchistische und autonome Grundverständnisse, z.B. das Ziel, frei von Hierarchien zu leben.“ Ein Großteil der Arbeit, die hausintern in den autonomen Bereichen stattfindet, fokussiert auf das Aufrechterhalten und Zurverfügungstellen von autonomer Infrastruktur, die von unterschiedlichsten Gruppen und Projekten genutzt wird: Dazu zählen u.a. ein Infoladen und eine Bibliothek, die monatliche Programmzeitung Rapidité, eine Siebdruck- und Medienwerkstatt und ein Proberaum. Auch werden immer wieder Konzerte und Feste organisiert, wodurch das EKH auch zu einer bekannten Party-Location geworden ist.²¹⁶

²¹⁵ DIY steht für „do it yourself“.

²¹⁶ Vgl. ak wantok (2010): Interview mit AktivistInnen aus dem EKH in Wien, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 102 ff.

5 Politische Bildungsarbeit und die autonome Szene

5.1 Politische Bildung

5.1.1 Definition, Konzepte und Vermittlungsformen

Pelinka beschreibt Politische Bildung als Teil eines umfassenden Prozesses der Sozialisation, der Vermittlung von Bewusstsein und von Verhalten. Politische Sozialisation – sie beginnt bereits in der frühen Kindheit innerhalb der Familie – vermittelt politisches Bewusstsein sowie politisches Verhalten. In weiterer Folge findet politischen Sozialisation dann auch im Umfeld von Schulen, im Freundeskreis, innerhalb von Parteien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Vereinen und durch die Medien statt. Im Zuge der politischen Sozialisation werden – bewusst oder unbewusst – Werte, Gefühlshaltungen, Normen, Überzeugungen und Kenntnisse aufgenommen, die politische Einstellungen und Handlungen beeinflussen und bestimmen. Wird dieser komplexe Vorgang politisch bewusst gemacht, wird er zielgerichtet organisiert und nachvollziehbar mit bestimmten Inhalten versehen und in bestimmten Formen umgesetzt, dann kann man von Politischer Bildung sprechen.²¹⁷

Was ist aber nun konkret unter Politischer Bildung zu verstehen? Dass es dabei um weit mehr als die bloße Vermittlung von Wissen über politische Systeme, Staatsorgane, Gesetze usw. geht mag, der folgende Versuch einer allgemeinen Begriffsdefinition verdeutlichen:²¹⁸

- Politische Bildung basiert auf historisch gewachsenen Wertvorstellungen wie Friede, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit usw. Diese – in

²¹⁷ Vgl. Anton Pelinka (2006): Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach/Ts., S. 51 f.

²¹⁸ Vgl. Peter Filzmaier/Franz Jenewein/Anton Pelinka (1999): Angst vor der Politischen Bildung? Programme an Universitäten und in der Erwachsenenbildung, in: Peter Filzmaier u.a. (Hrsg.): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Innsbruck, S. 275 f.

demokratischen Systemen allgemein anerkannten Werte – sollen vermittelt werden.

- Politische Bildung soll einerseits Wissen vermitteln, andererseits aber auch zur Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten sowie zur Entfaltung der Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln beitragen.
- Politische Bildung soll auch die Chance bieten, über die Erweiterung politischen Wissens hinausgehend zentrale Problemfelder der Gesellschaft aufzugreifen. Durch Reflexion und Erfahrungsaustausch können so die Inhalte der Politischen Bildung im sozialen Alltag umgesetzt werden.

Konzepte zur Politischen Bildung können inhaltlich unterschiedlich gewichtet und auch einseitig und parteiisch angelegt sein. Sie können darauf abzielen, Veränderungen der politischen Verhältnisse herbeizuführen, je nach dem Grad der Veränderung also revolutionär oder reformistisch sein. Sie können aber auch legitimatorischen Charakter haben, indem bestehende Verhältnisse vorbehaltlos gelobt und jegliche Kritik ausgeblendet werden. Nach Dachs sind solche einseitigen Konzepte für liberale pluralistische Demokratien jedoch abzulehnen, es sei vielmehr das Konzept einer reflexiven Politischen Bildung anzustreben. Auf Grundlage eines gemeinsamen Wertekanons werden dabei – trotz Offenheit für Veränderungen – keine konkreten politischen Ziele vorgeschrieben. *„Diese Bildung konzentriert sich darauf, die Individuen zu Selbstbestimmung, Selbstreflexion und zur Analyse eigener und fremder Interessen zu befähigen sowie das politische Know-how zu vermitteln, wie eigene Ziele und Interessen wahrgenommen und demokratisch durchgesetzt werden könnten.“* Eine so verstandene Politische Bildung muss dabei versuchen, ein realistisches und differenziertes Bild der politischen Wirklichkeit darzustellen und darf sich dabei nicht in idealisierenden und realitätsfernen Interessen ergehen.²¹⁹

²¹⁹ Vgl. Herbert Dachs (2003): Von der Allgegenwart der Politik, in: Herbert Dachs/Heinz Fassmann (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien, Wien, S. 6.

Auch Filzmaier betont die Notwendigkeit eines Mittelweges zwischen scheinbarer Objektivität und übertriebener Subjektivität. Zielgruppen der Politischen Bildung dürften weder parteipolitisch noch sonst wie manipuliert oder indoktriniert werden. Gleichzeitig müssten gesellschaftliche bzw. politische Themen, die aus Sicht der Wissenschaft kontrovers sind, in der politischen Bildungsarbeit gleichermaßen kontrovers erscheinen. *„Adressaten der Politischen Bildung müssen lernen, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.“*²²⁰

Es gibt verschiedene Formen der Vermittlung für Politische Bildung, die sich voneinander durch die unterschiedliche Betonung des kognitiven (wissensbetonten) und des affektiven (gefühlbetonten) Elements unterscheiden.²²¹

- Politische Bildung als Staatsbürgerkunde: Hier steht die kognitiv orientierte Vermittlung der politischen Institutionen und Prozesse im Mittelpunkt.
- Politische Bildung als Partnerschaftserziehung: Betont wird dabei die Mikroebene der Gesellschaft mit ihren politischen Implikationen durch Fragen wie z.B. wie entstehen Geschlechterrollen? Wie ist die Situation von Minderheiten, wie entsteht gesellschaftliche Ein-, aber auch Ausschließung?
- Politische Bildung als Konfliktdidaktik: Gesellschaft und Politik werden als konfliktträchtig wahrgenommen und auch entlang erkennbarer „cleavages“ (Konflikt- und Bruchlinien) vermittelt. Konflikte werden als Indikatoren von Widersprüchen wahrgenommen und nicht von vornherein negativ gesehen.

²²⁰ Vgl. Peter Filzmaier (2006): Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Trends, Problembereiche und Perspektiven, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts., S. 46.

²²¹ Vgl. Anton Pelinka (2006): Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach/Ts., S. 53 f.

Ergänzt werden diese drei Formen durch die unterschiedlichen Mischformen von Mikro- und Makrosichtweisen auf die Politik, also einerseits auf den persönlichen Alltag bezogen, andererseits auf nationale und internationale Zusammenhänge. Darüber hinaus ist der unterschiedliche Mix von kognitiven und affektiven Elementen bei der Vermittlung von Politischer Bildung wichtig und sollte dabei die jeweilige Aufgabenstellung berücksichtigen.²²² Auch Filzmaier weist darauf hin, dass ein Mittelweg zwischen blinder Institutionen gläubigkeit und Anti-Institutionalismus anzustreben sei. Akteure der politischen Bildungsarbeit sollten sich weder durch ein Übermaß an Institutionenlehre als Machterhalter, noch durch radikal alternative Gesellschaftsmodelle als Weltverbesserer definieren: *„Politische Bildung hat in modernen Demokratien nicht die Aufgabe, ein politisches System zu transformieren, darf jedoch auch nicht als Stabilisierungsfaktor des Bestehenden verkommen und institutionelle Veränderungen durch die Förderung eines kritiklosen Autoritätsglaubens verhindern helfen.“*²²³

5.1.2 Politische Bildung an Österreichs Schulen seit 1945

Nach der Familie als primärer Sozialisationsquelle erfüllt im Bereich der sekundären politischen Sozialisation die Schule eine wichtige Aufgabe. Politische Bildung ist in den Demokratien der Gegenwart ein Teil jener Aufgaben, die von der Gesellschaft – bzw. von der Politik – von den Schulen verlangt werden.²²⁴ Dabei wird der Politischen Bildung von offizieller Seite – zumindest nach außen – ein hoher Stellenwert zugesprochen. So findet man auf der Homepage des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zum Thema Politische Bildung u.a. Folgendes zu lesen: *„(...) bedeutet Politische Bildung einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte“.*²²⁵

²²² Vgl. Anton Pelinka (2006): Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach/Ts., S. 54.

²²³ Vgl. Peter Filzmaier (2006): Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Trends, Problembereiche und Perspektiven, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts., S. 48.

²²⁴ Vgl. Anton Pelinka (2006): Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Gertraud Diendorfer/Sigrid Steininger (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach/Ts., S. 53 f.

²²⁵ http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml (26.1.2012).

Die Organisation dieser Aufgabenstellung und auch die damit verfolgten Inhalte und Ziele haben sich im Laufe der Zeit stark verändert, wie an der folgenden Darstellung der Entwicklung der Politischen Bildung an Österreichs Schulen seit 1945 aufgezeigt werden soll. So steht in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Erziehung der Jugend zu „treuen und tüchtigen Bürgern der Republik“ sowie die „Weckung und die Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins“ im Vordergrund, festgehalten im Erlass zu „Staatsbürgerlichen Erziehung“ im Jahr 1949. Kritikfähigkeit und die Bildung von eigenen Meinungen sind darin noch nicht vorgesehen.²²⁶ Das ändert sich erst 1962 durch das Schulorganisationsgesetz und den darin enthaltenen § 2, der die Zielsetzung für die österreichische Schule formuliert. Danach sollen die zu Unterrichtenden u.a. *„(...) zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.“* In weiterer Folge wird in den 1960er Jahren die Sozialkunde in Kombination mit dem Fach Geschichte eingeführt.²²⁷

1978 ist für die Entwicklung der Politischen Bildung an Österreichs Schulen ein wichtiges Jahr. Durch den Grundsatzterlass „Politische Bildung in der Schule“ wird Politische Bildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände an allen Schulen eingeführt. Als wesentliche Anliegen werden „die Erziehung zu einem demokratisch-fundierten Österreichbewusstsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die von Verständnis für die existenziellen Probleme der Menschheit getragen ist“, hervorgehoben. Damit erfolgt im Wesentlichen eine klare Abkehr von der seit 1949 verankerten „Staatsbürgerlichen Erziehung“. Der Grundsatzterlass geht über die überwiegend auf Institutionen und Gesetze begrenzte Staatsbürgerkunde weit hinaus, indem zu vermitteln versucht wird, dass eine vitale Demokratie nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sie von

²²⁶ Vgl. Franz Zeilner (2011): Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach, Frankfurt am Main, S. 69.

²²⁷ Vgl. ebenda, S. 73 f.

informierten, selbständig urteilenden und auch entsprechend handelnden BürgerInnen konkret gelebt wird.²²⁸

In den 1990er Jahren werden die Lehrpläne an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen der Staatsbürger- und Rechtskunde in Richtung Politische Bildung verändert. Mit 2001 wird durch das Schulorganisationsgesetz an den Allgemein Bildenden Höheren Schulen (AHS) in der 7. und 8. Klasse der Gegenstand „Geschichte und Politische Bildung“ geschaffen, an den Berufsschulen und berufsbildenden Schulen ist es als eigenes Fach schon länger etabliert. Dadurch existiert Politische Bildung erstmals als Pflichtgegenstand an den AHS und nicht mehr nur in Form des seit 1978 existenten „Unterrichtsprinzips Politische Bildung“.²²⁹

2005 wird ein sowohl für den Bereich Schule als auch für den außerschulischen Bereich bedeutsames Jahr für die Politische Bildung. In diesem Jahr erklärt der Europarat, dass Politische Bildung in Zukunft „Demokratiepolitische Bildung“ heißen soll. Das Jahr 2005 wird zum „Jahr der Demokratiepolitischen Bildung“ erklärt mit dem wesentlichen Ziel, mehr BürgerInnen für Politik zu interessieren und auch zu politischem Engagement zu ermutigen.²³⁰

Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 im Jahr 2007 ist ausschlaggebend dafür, dass Politische Bildung im Rahmen der Schulpflicht in der 8. Schulstufe als eigener Pflichtgegenstand gesetzlich verankert wird, gültig ab dem Schuljahr 2008/2009.²³¹ Im Rahmen einer Demokratie-Initiative der österreichischen Bundesregierung wird zwischen Dezember 2007 und März 2008 von einer ExpertInnengruppe dazu auch ein neues Kompetenzmodell zur Politischen Bildung erarbeitet. Ziel eines kompetenzorientierten Unterrichts ist ein reflektiertes und (selbst)reflexives Politikbewusstsein. So sollen im Bereich der Politischen Bildung neben der politischen Urteilskompetenz auch die politische Handlungs-, Methoden- sowie Sachkompetenz gefördert werden. Angestrebt

²²⁸ Vgl. Herbert Dachs (2003): Von der Allgegenwart der Politik, in: Herbert Dachs/Heinz Fassmann (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien, Wien, S. 10.

²²⁹ Vgl. ebenda.

²³⁰ Vgl. Franz Zeilner (2011): Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach, Frankfurt am Main, S. 92 f.

²³¹ Vgl. ebenda, S. 94.

wird die politische Mündigkeit der SchülerInnen, die eine politische und gesellschaftliche Teilhabe ohne Anleitung durch Dritte ermöglicht.²³²

5.1.3 Politische Bildung im außerschulischen Bereich in Österreich

Die Anzahl der Bildungsanbieter in Österreich ist sehr groß, deshalb kann an dieser Stelle nur ein kleiner Auszug der wichtigsten AkteurInnen in diesem Bereich dargestellt werden. In der Erwachsenenbildung spielen vor allem die Volkshochschulen eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit Politischer Bildung. Weiters erfolgt Politische Bildung auch in der Trägerschaft von Religionsgemeinschaften, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und von politischen Parteien. Betreffend Vereine sind insbesondere Jugendorganisationen (überwiegend weltanschaulich, konfessionell oder gewerkschaftlich orientiert) für die Politische Bildung sehr wesentlich. Aber auch die Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen, das Bundesheer und die Büchereien seien an dieser Stelle erwähnt.²³³

Wie definiert sich nun Politische Bildung für die Erwachsenenbildung?

Behrens verwendet den Begriff „Politische Weiterbildung“ als Sammelbezeichnung für absichtsvoll organisierte Veranstaltungen im außerschulischen Bereich zur rationalen Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit. Das Ziel dabei ist die Herausbildung von Kompetenzen, die es den Menschen ermöglichen sollen, sich (besser) im politischen Bereich zu orientieren.²³⁴

Filzmaier, Jenewein und Pelinka verstehen unter Politischer Bildung einen Bildungsprozess, der sich einer fortschreitenden Demokratisierung verpflichtet sieht. Politische Bildung wird von ihnen als kritisch-emanzipatorisch empfunden, wenn sie sich an Kategorien wie Selbstbestimmungsfähigkeit, Mitbestimmungsfähigkeit und Solidaritätsfähigkeit orientiert. Das Ziel der

²³² Vgl. Zentrum Polis, Kompetenzmodell, unter: <http://www.politiklernen.at/site/basiswissen/politischebildung/kompetenzmodell/article/105720.html> (Zugriff: 26.11.2011).

²³³ Vgl. Franz Zeilner (2011): Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach, Frankfurt am Main, S. 18 ff.

²³⁴ Vgl. Günther Behrens (1994), zit. nach: Peter Filzmaier u.a. (Hrsg.): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Innsbruck, S. 285.

Politischen Bildung soll dabei darin bestehen, die TeilnehmerInnen zu befähigen politische Prozesse kennenzulernen, sich kritisch damit auseinanderzusetzen und Informationen in größere Zusammenhänge einzuordnen.²³⁵

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung versteht Politische Bildung als angeleitete und institutionalisierte Möglichkeit der Reflexion über das Politische, um kritisches Bewusstsein, selbständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung zu fördern. Dabei werden Persönlichkeitsentwicklung und Gesellschaftsentwicklung als aufeinander bezogene Teile eines Bildungskonzepts verstanden, dessen Ziele Partizipationsfähigkeit, Entwicklung politischer Einstellungen sowie der Erwerb von Kenntnissen über politische Abläufe und Prozesse sind. In einem Grundsatzpapier zur politischen Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung hält die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung weiters fest:²³⁶

„Politische Bildungsarbeit soll einen Beitrag leisten zur Förderung von Autonomie, Selbstorganisation, Konfliktfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Dabei ist die Ausgewogenheit zwischen Wissensvermittlung und Entwicklung sozialer Kompetenzen wesentlich. Politische Bildung soll einerseits Demokratie stärken, darf aber andererseits kein Stabilisierungsfaktor des Bestehenden sein. Vor allem geht es um das Erkennen gesellschaftlicher Machtstrukturen und um das Aufzeigen der strukturellen Diskriminierung von Individuen und Gruppen. Es gilt, auch die Zivilgesellschaft zu stärken.“²³⁷

²³⁵ Vgl. Peter Filzmaier/Franz Jenewein/Anton Pelinka (1999): Angst vor der Politischen Bildung? Programme an Universitäten und in der Erwachsenenbildung, in: Peter Filzmaier u.a. (Hrsg.): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Innsbruck, S. 286.

²³⁶ Vgl. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, Grundsatzpapier, unter: http://www.politischebildung.at/upload/oegpb_image_folder.pdf (Zugriff: 3.12.2011).

²³⁷ Ebenda.

5.2 Aktuelle Lage der Wiener Szene: Die Sicht eines Insiders

2010 erscheint in der Zeitschrift „grundrisse“ ein Artikel von Martin Birkner zur aktuellen Lage der Wiener autonomen Szene. Für Birkner, Mitbegründer der „grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte“ und selbst seit den 1990er Jahren in linksradikalen Kreisen aktiv tätig, gibt es die „Autonome Szene“ in der Einzahl nicht mehr: *„Können zumindest für die ‚klassischen‘ Autonomen der 1980er Jahre noch klare Zuordnungskriterien angegeben werden (Notwendigkeit der Revolution, Ablehnung der Parteiform, Internationale Solidarität, Militanz, Hausbesetzungen, Subkultur), so ist dies für die verstreuten post-autonomen (Sub)Szenen der 00er Jahre nicht mehr so ohne weiteres möglich.“*²³⁸

Die von Birkner unternommene Bestandsaufnahme dieser Szenen entlang der sie trennenden Linien führt zu folgender Einteilung:²³⁹

1. Stichwort Klasse: Auch wenn für den Großteil der Post-Autonomen heute kein Thema mehr, so gibt es nach wie vor Teile der Szene, die sich der Klassenpolitik verschrieben haben. Als Subszene innerhalb dieser Gruppierungen werden auch die PrekärCafé-AktivistInnen genannt, die aus der Wiener EuroMayday-Bewegung heraus entstanden sind und sich mit dem Thema Prekarisierung, also der zunehmenden Verunsicherung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, auseinandersetzen. Sie setzen sich überwiegend aus akademischen Linken zusammen und haben – anders als Altautonome – keine Berührungspunkte mit offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen.
2. Stichwort Freiraum und Wohnprojekte: AktivistInnen in diesem Bereich arbeiten inhaltlich an der zunehmenden Enteignung und der Überwachung des öffentlichen Raums. Ihr Ziel ist die (Rück)Eroberung gesellschaftlicher Räume und Gebäude in Form von selbstverwalteten

²³⁸ Martin Birkner (2010): Jenseits des post-autonomen Tellerrandes: Die Notwendigkeit einer neuen linken Organisation, in: grundrisse Nr. 36/2010, unter: http://www.grundrisse.net/grundrisse36/notwendigkeit_linker_organisation.htm (Zugriff: 3.11.2011).

²³⁹ Vgl. ebenda.

und -bestimmten Räumen, Wohnprojekten, Wagenplätzen und Kostnix-Läden.

3. Stichwort Antirassismus: In diesem Bereich finden sich einerseits AktivistInnen der 1990er Jahre („Kein Mensch ist illegal“), andererseits aber auch jüngere AktivistInnen aus neuen Zusammenhängen eines linksradikalen Antirassismus. Der Schwerpunkt der Aktivitäten richtet sich gegen die Verschärfungen des europäischen Grenzregimes bzw. auf den Kampf gegen Abschiebungen, es werde jedoch auch Arbeits- bzw. Klassenaspekte von Migrationsbewegungen in den letzten Jahren thematisiert.
4. Stichwort Antifa: Antifaschismus ist seit den 1990er Jahren ein traditionell autonomes Betätigungsfeld. Anfangs noch stark am deutschen Vorbild orientiert (schwarz und verummmt, Antifa als Selbstzweck) kommt es im Laufe der Zeit zu einer Verschiebung und Verbreiterung des Antifa-Diskurses hin zu einem queer-feministischen Zugang. Gilt die klassische autonome Antifa-Szene seit Ende der 1990er Jahre als tot, so können doch in den vergangenen Jahren wieder verstärkt Aktivitäten solcher Gruppierungen wahrgenommen werden.
5. Die universitäre post-autonome Linke: Sie ist in Basisgruppen und Redaktionen von Studierendenzeitungen aktiv, oftmals eine Schnittmenge mit der Antirassismus- und Antifaströmung bildend.
6. Die queer-feministische Szene: Innerhalb dieser Subszene zeichnet sich für Birkner momentan die interessanteste Entwicklung ab: *„Da diese stark an dekonstruktivistischen Theorieansätzen orientiert ist und ja qua Definition ein Problem mit starren Identitäten hat, könnte das dort derzeit verstärkte Interesse für wirtschaftliche Belange und mithin an einer Kritik der politischen Ökonomie zu interessanten Konstellationen bzw. Kooperationen führen.“*²⁴⁰

²⁴⁰ Vgl. Martin Birkner (2010): Jenseits des post-autonomen Tellerrandes: Die Notwendigkeit einer neuen linken Organisierung, in: grundrisse Nr. 36/2010, unter:

5.3 Beispiele autonomer politischer Bildungsarbeit

Bei den Gruppen und Projekten, die nun in weiterer Folge vorgestellt werden, handelt es sich um solche, die entweder aktuell im Ernst-Kirchweg-Haus aktiv sind oder dort ihren Ursprung hatten. Zu ersteren sind der Infoladen Infomaden, die HausbibliothEKH und das Politdiskubeisl zu zählen. Zu letzteren gehören das Archiv der sozialen Bewegung, die Bibliothek von unten sowie das Que(e)r, die nach ihrem Auszug aus dem EKH nun seit 2006 in der Wipplingerstraße 23 im ersten Wiener Gemeindebezirk angesiedelt sind. Gemeinsam haben sie dort Räumlichkeiten gemietet und diese unter der Bezeichnung W23 zu einem politischen Ort bzw. selbstverwalteten Raum für Veranstaltungen gemacht. Die W23 wird heute aber auch von einer Reihe weiterer Gruppen und Initiativen mehr oder weniger regelmäßig genutzt, zu erwähnen sind hier vor allem das PrekärCafè, die Rosa Antifa Wien sowie tech:babbel²⁴¹.

5.3.1 Infomaden und HausbibliothEKH

„Eine Bewegung, die ihre Infoläden und Bibliotheken vernachlässigt, ist zu geistigem und politischem Stumpfsinn verdammt!“²⁴²

Infoläden begreifen sich als Teil autonomer Organisation. Sie werden genutzt und getragen von Menschen mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen aus dem undogmatischen linksradikalen Spektrum. Informationen werden zumeist in Form von Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern, aber auch Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger gesammelt, diskutiert und verbreitet. Die Arbeit umfasst aber auch die Organisation und/oder die Teilnahme von/an Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen zu unterschiedlichen Themen und die Platzierung linker Inhalte und Debatten in einer nicht nur, aber meist innerlinken Öffentlichkeit.²⁴³

http://www.grundrisse.net/grundrisse36/notwendigkeit_linker_organisation.htm
(Zugriff: 3.11.2012)

²⁴¹ Das tech:babbel macht vor allem Computerworkshops für AktivistInnen. Vgl. Rainer Hackauf (1.9.2011): Fünf Jahre W23, unter: <http://www.malmoe.org/artikel/funktionieren/2268/1> (Zugriff: 2.2.2012).

²⁴² http://www.med-user.net/~infoladen10/il_frameset.htm (Zugriff: 30.1.2012).

²⁴³ Vgl. <http://www.infoladen.de/selbst/s1.htm> (Zugriff: 30.1.2012).

Seit 1994 ist in der Portiersloge des EKHs ein Infoladen zu finden. Der ursprüngliche Infoladen 10 sieht sich im Zuge der großen EKH-Krise gezwungen – verursacht durch den Verkauf des Hauses durch die KPÖ – aus seinen Räumlichkeiten auszuziehen. Teile der alten Infoladen-BetreiberInnen reorganisieren einen neuen Infoladen, der unter dem Namen Infomaden seit dem 11.2.2006 den regulären Betrieb wieder aufgenommen und jeweils Donnerstag bis Samstag von 16 bis 20 Uhr geöffnet hat. Neben Magazinen und Büchern kann man dort auch Platten, Aufnäher, Buttons, T-Shirts und andere Dinge aus dem nicht kommerziellen Do-It-Yourself-Bereich erwerben. Darüber hinaus soll er aber auch als Treffpunkt für politisch interessierte, engagierte Leute dienen. Zu diesem Zweck gibt es u.a. einen gratis Internet-Zugang, Sitzgelegenheiten und Getränke.²⁴⁴

Der Infomaden versteht sich selbst als undogmatische, linke Kommunikationsplattform, welche Informationen und Infrastruktur zum Selbstkostenpreis, also ohne Profitabsicht, zur Verfügung stellt. Er soll vor allem zu politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen anregen und sowohl thematisch als auch inhaltlich ein Informationsangebot jenseits der – aus autonomer Sicht – einseitigen Medienlandschaft Österreichs bieten. In ihrer Selbstdarstellung auf der EKH-Homepage findet sich dazu noch Folgendes zu lesen: *„Die Meinungen und Inhalte der von uns zur Verfügung gestellten Publikationen müssen nicht zwangsläufig mit unseren Anschauungen übereinstimmen. JedeR sollte sich durchaus der Anstrengung des ‚selber denkens‘ unterziehen, es lohnt sich.“*²⁴⁵

Integriert in die Räumlichkeiten des Infoladens gibt es seit November 2006 die HausbibliothEKH, eine Bibliothek mit mehr als 5.000 Büchern zu verschiedensten linken Themen, darunter – nach eigenen Angaben – auch vergriffene Raritäten. Jeweils donnerstags zwischen 18 und 20 Uhr kann man sich dort Bücher gratis ausborgen oder aber auch vor Ort lesen. Vorgängerin der HausbibliothEKH war die im Jänner 2000 gegründete Volxbibliothek, sie befand sich mit mehr als 10.000 Büchern im zweiten Stock des EKHs und zog es in Folge der Turbulenzen rund um den Hausverkauf im Jahr 2005 ebenfalls

²⁴⁴ Vgl. http://www.med-user.net/~infoladen10/il_frameset.htm (30.1.2012).

²⁴⁵ Vgl. ebenda.

vor, das Haus zu verlassen. Seitdem ist sie, nunmehr unter dem Namen Bibliothek von unten, im ersten Bezirk in der Wipplingerstraße 23 zu finden. Der Bestand der Bücher wird laufend erweitert und gemeinsam mit der Bibliothek von unten betreibt die HausbibliothEKH auch einen Online-Katalog.²⁴⁶

5.3.2 Das Politdiskubeisl

Die Existenz eines Politbeisls hat innerhalb des EKHS eine lange Tradition. Einerseits ein gemütliches Beisl ohne Konsumzwang, in dem jedoch günstiges Essen und Getränke angeboten werden, andererseits ein Ort, wo man sich mit verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Themen in unterschiedlichster Form auseinandersetzen kann. Das aktuelle Politdiskubeisl findet jeden Donnerstag in der Medienwerkstatt im 2. Stock des EKHS statt, die Veranstaltungen beginnen in der Regel um 20:30 Uhr und sind grundsätzlich bei freiem Eintritt zu besuchen.²⁴⁷

Die Veranstaltungen werden primär von der Politdiskubeisl-Gruppe getragen, in der auch EKH-BewohnerInnen aktiv sind. Gleichzeitig wird das Politdiskubeisl aber auch von HausbewohnerInnen unterstützt, die nicht zur Gruppe gehören: durch das Bewerben der Veranstaltungen, dem Kochen und durch die Erhaltung der Räumlichkeiten.²⁴⁸

Zweimal im Monat finden sogenannte offene Programmvorbereitungstreffen der Politdiskubeisl-Gruppe statt an denen Interessierte jederzeit teilnehmen können, sei es um aktiv mitzuarbeiten oder auch nur um Vorschläge für Veranstaltungen einzubringen. Wer im Politdiskubeisl veranstalten möchte, kann sich entweder per Mail ans EKH wenden oder aber zum monatlichen Plenum kommen.²⁴⁹ *„Die Gruppe bzw. die Leute die am Plenum sind machen das Programm. Die Ideen kommen aus der Gruppe und es gibt auch zuweilen Anfragen von anderen Personen oder Gruppen. Wir diskutieren und reden darüber. Entschieden wird quasi im Konsens. Es gibt da keine Abstimmung.“*²⁵⁰

²⁴⁶ Vgl. <http://med-user.net/~ekh/> (30.1.2012).

²⁴⁷ Vgl. ebenda.

²⁴⁸ Vgl. Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang.

²⁴⁹ <http://med-user.net/~ekh/> (30.1.2012).

²⁵⁰ Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang.

Bei der Programmgestaltung wird kein bestimmtes Konzept verfolgt, die Inhalte der Veranstaltungen scheinen vielmehr sehr stark von den individuellen Interessen der Gruppenmitglieder geprägt zu sein. Ein wichtiger Aspekt ist dabei Selbstbildung, die eigene Weiterentwicklung.²⁵¹ Und natürlich spielt auch die ideologische Ausrichtung eine nicht unwesentliche Rolle bei der Themenfindung: *„Da sich die Meisten wohl als linksradikal, autonom, anarchistisch oder ähnliches sehen bedeutet dies, dass hier politisch Position bezogen wird. Themen ergeben sich teilweise aus dieser politischen Orientierung.“*²⁵² So wird auch die Frage nach thematischen Schwerpunkten bzw. ob bestimmte Inhalte nicht vorkommen dürfen wie folgt beantwortet: *„(...) Beispielsweise ist Antifaschismus ein wichtiger Themenbereich. Und wenn wir hier die zweite Frage mit beantworten, so dürfen alle Themen vorkommen. Die Frage ist die Herangehensweise, die Perspektive, was man sagen will. So finden im EKH keine revisionistischen (in Bezug auf die NS-Geschichte) Vorträge statt. Jedoch Vorträge, die sich kritisch auf den Revisionismus beziehen oder ihn kritisieren und ‚bekämpfen‘.“*²⁵³

Die Veranstaltungsformen sind unterschiedlich und reichen von Vorträgen, Infoveranstaltungen und Filmvorführungen bis hin zu Buchpräsentationen. Fast immer wird im Rahmen der Veranstaltungen auch die Möglichkeit zu Diskussionen über das jeweilige Thema geboten, dem gegenseitigen Austausch wird ein hoher Stellenwert zugesprochen.²⁵⁴ Damit auch alle mitdiskutieren können ist man bemüht, die Veranstaltungen auf keinem zu hohen Level anzusiedeln, sie sollen nicht zu „akademisch“ werden. Deshalb kommen die ReferentInnen teils von außen, teils aber auch aus den eigenen Reihen, wenn sie sich mit einem Thema persönlich intensiv beschäftigen (z.B. im Rahmen einer Diplomarbeit) oder sich extra für die Veranstaltung in ein bestimmtes Thema einlesen. Honorare erhalten die ReferentInnen keine, es gibt jedoch einen Fahrtkostenersatz und es wird auch für die Verpflegung gesorgt.²⁵⁵

²⁵¹ Schlussfolgerung aufgrund der Teilnahme an einem Programmvorbereitungstreffen der Politbeisl-Gruppe.

²⁵² Interview mit einem Polidiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang.

²⁵³ Ebenda.

²⁵⁴ Vgl. Rapidité Oktober bis Dezember 2011.

²⁵⁵ Interview mit einem Polidiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang:

Nach eigenen Aussagen richten sich die Veranstaltungen *„bestimmt mehr an politisch interessierte und/oder aktive Menschen, nennen wir sie die ‚autonome Szene‘, die Bewohner_innen des EKHs usw.“* Durch die Veranstaltungen im EKH scheint sich überwiegend ein jüngeres Publikum angesprochen zu fühlen, so wurde die Frage nach den typischen BesucherInnen wie folgt beantwortet: *„22-27, originelle Frisur, aus einem deutschsprachigen Land, studierend, arbeitslos und/oder prekär.“*²⁵⁶

Neben dem Aspekt sich austauschen bzw. diskutieren zu können geht es gleichzeitig aber auch darum, etwas Neues zu erfahren und somit um die Vermittlung von Wissen: *„(...) denn ohne Wissen und Theorie gibt es auch kein revolutionär-werden. Eine Informationsveranstaltung gegen den WKR-Ball will die Leute darüber informieren, welche Bedeutung und Funktion der WKR für die Rechten hat, wer dort hingehht usw. Will zur Demonstration mobilisieren und schließlich ist es ein politisches Ziel, dass der WKR-Ball nicht mehr abgehalten wird.“*²⁵⁷

Die Frage, ob die im EKH abgehaltenen Veranstaltungen mit dem „Konzept einer reflexiven politischen Bildung“²⁵⁸ vereinbar wären, wird von meinem Interviewpartner grundsätzlich bejaht. Er fügt jedoch hinzu, dass es dabei nicht nur um das Individuum geht, sondern man auch das Kollektiv mitzubedenken hat: *„Es lernt und vergisst auch ein politisches Kollektiv, eine ‚Szene‘ oder Bewegung. Und es geht hier weniger um die demokratische, sondern politische Durchsetzung von Zielen. Ganz egal welches politische System. Im besten Fall geht’s um eine Demokratisierung der politisch, ökonomisch, kulturellen usw. Bereiche. Also das Kippen von hierarchischen, elitären, gewaltvollen und ungleichen Verhältnissen.“*²⁵⁹

²⁵⁶ Vgl. Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang.

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Siehe Kapitel Politische Bildung, S. 81.

²⁵⁹ Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten, Jänner 2012, siehe Anhang.

5.3.3 Die Bibliothek von unten

Die Bibliothek von unten ist eine öffentliche Bibliothek und hat jeden Mittwoch und Freitag zwischen 17 und 20 Uhr geöffnet. Nach eigener Beschreibung liegt ihr Schwerpunkt auf marginalisierten Themenbereichen wie linke und linksradikale Politik, Gesellschaftskritik oder alternative Lebensentwürfe. Die ca. 5.000 Bücher beinhalten ein breites Literaturangebot zu den Themen Antifaschismus, Anarchismus, Nationalsozialismus, feministischer und antirassistischer Politik, zu sozialen Bewegungen, Sozialismus und Kommunismus und vieles mehr. Das Projekt wird als ein Versuch gesehen, öffentlich schwer erhältliche Informationen, Theorien und Fakten auch Menschen mit wenig Geld zur Verfügung zu stellen.²⁶⁰ Das Entleihen der Bücher ist zwar nicht wie in der HausbibliothEKH des EKHs kostenlos, stellt jedoch mit einem Mitgliedsbeitrag von nur fünf Euro jährlich eine verhältnismäßig bescheidene Entlehngebühr dar.²⁶¹

Mit der angebotenen Literatur will man einerseits so viele Menschen wie möglich für linkes und alternatives Gedankengut interessieren, gleichzeitig soll durch das Angebot aber auch zu einer „(...) *stärkeren Auseinandersetzung mit den eigenen Theorien, Utopien und ihrer Kritik angeregt werden.*“ Auch versteht sich die Bibliothek als Ergänzung zu anderen Bibliotheks- und Archivprojekten (wie z.B. Frauensolidarität, Stichwort Archiv, BibliothEKH oder Anarchistische Bibliothek) und bemüht sich „*einen Freiraum und alternative Informations- und Kommunikationsstrukturen abseits vom Mainstream zu schaffen.*“ Das Veranstalten von regelmäßigen Buchpräsentationen sowie ein Filmabend an jedem ersten Freitag im Monat zählen ebenfalls zum Angebot der Bibliothek.²⁶²

5.3.4 Das Archiv der sozialen Bewegungen

Das Archiv existiert seit 1994 und seine Wurzeln sind ebenfalls im EKH zu finden. Seit 2006 ist es in der W23 angesiedelt, wo es für BesucherInnen jeden Mittwoch und Freitag zwischen 17 und 20 Uhr seine Pforten geöffnet hält. Das selbstgesetzte Ziel des Archivs liegt darin, „*eine repräsentative Sammlung der*

²⁶⁰ Vgl. <http://www.bibliothek-vonunten.org/Ueber.htm> (Zugriff: 31.1.2012).

²⁶¹ Vgl. http://www.bibliothek-vonunten.org/_style/Benutzungsbedingungen.pdf (Zugriff: 31.1.2012).

²⁶² Vgl. <http://www.bibliothek-vonunten.org/Ueber.htm> (Zugriff: 31.1.2012).

publizierten Stimmen aus den Bereichen linker Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit aus dem deutschen Sprachraum aufzubauen.“ Der Schwerpunkt der Sammlung liegt dabei auf dem Wiener Raum und reicht von den späten 1960er Jahren bis heute, das Archiv verfügt aber auch über viele Periodika und Dokumentationen aus dem gesamten Bundesgebiet, ebenso aus Deutschland und der Schweiz. Die Sammlung bietet Informationen über Ereignisse, Fragen, Thematiken, Diskussionen und theoretische Anstrengungen linker Zusammenhänge und sozialer Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Viele der angebotenen Periodika sind laut Angaben des Archivs schwer oder gar nicht in Österreich erhältlich und oft auch in keiner Bibliothek vorhanden. Zu den Themenbereiche, die durch Medienrecherche weiter ausgebaut sind, zählen Antisemitismus, Häuserkampf, Repression, Antifaschismus, Opernball, Ebergassing, Feminismus und Rassismus. Das Archiv verfügt darüber hinaus auch über eine Sammlung von Flugblättern und Plakaten und organisiert in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen zu Theorie und Praxis emanzipatorischer Kritik. Das Archiv bezeichnet sich selbst als *„das größte, nichtinstitutionelle und eigentlich einzige Archiv in Österreich, das umfassend Materialien zu linken und linksradikalen Themen besitzt und sammelt.“*²⁶³

5.3.5 Das Que(e)r

Das Que(e)r entsteht bereits im Herbst 1998 (damals noch unter der Bezeichnung Que(e)r-Beisl) und entwickelt sich recht schnell zu einem fixen Bestandteil der EKH-Aktivitäten. Das Que(e)r-Beisl soll ganz bewusst einen Freiraum darstellen, der abseits der üblichen Beiskultur Menschen die Möglichkeit bietet, sich ohne Konsumzwang mit anderen zu unterhalten und ungezwungen Vorträge zu besuchen. Auch sollen sich insbesondere Frauen in dieser Struktur wohlfühlen und nicht durch „sexistische Anmache“ belästigt werden. Bis zum Auszug des Que(e)r-Beisls im Jahr 2005 wird für jeden Mittwochabend ein Programm organisiert, darunter Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen, Theaterabende und Diskussionsrunden, wobei bei allen Veranstaltungen der Eintritt prinzipiell frei ist.²⁶⁴ Es gehören Veranstaltungen über die NS-Opfer am Spiegelgrund oder

²⁶³ Vgl. <http://bibliothek-vonunten.org/Archiv.htm> (Zugriff: 30.1.2012).

²⁶⁴ Vgl. <http://www.raw.at/texte/sonstiges/ekhbleibt2.htm> (Zugriff: 1.2.2012); http://raw.at/texte/inteam/inteam6/int6_queer.htm (Zugriff: 1.2.2012).

die Situation von Roma und Sinti in Tschechien ebenso zum Repertoire wie feministische Themen, Gender-Fragen, Antifa-Infos oder aktuelle innenpolitische Ereignisse.²⁶⁵

Ein besonderer Schwerpunkt wird auf das Aufbrechen von üblichen Geschlechterrollen und Verhaltensweisen gelegt. Das Wort „queer“²⁶⁶ im Que(e)r-Beisl hat für die BetreiberInnen folgende Bedeutung: *„(...) dass wir, ohne fixe politische/sexuelle/... Identitäten zu beanspruchen, die oft zu festgeschriebenen Kategorisierungen führen, trotzdem klare politische Aussagen treffen wollen. Aussagen, die sich mit dem Begriff des ‚crossover‘ noch am ehesten beschreiben lassen, ein Konzept, den Fokus politischer Theorien und Praxen nicht nur auf ein oder wenige Themengebiete zu legen, sondern verschiedene, auch wenig diskutierte, Machtverhältnisse (wie Hetero/Sexismus, Rassismus, Antisemitismus,...) zu hinterfragen, nach Gegenstrategien zu suchen und diese (durchaus lustvoll) auszuprobieren.“*²⁶⁷

Sich selbst beschreiben die Que(e)r-BetreiberInnen wie folgt: *„Warum Que(e)r? Wir sind ein bunter Haufen QuerulantInnen. Uns kotzt dieses System, seine Ausbeutung, seine Unterdrückung, die HERRschende Moral, der Sexismus, die Homophobie und alles andere, was in diesem Staat und auf der Welt an der Tagesordnung ist, an. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben ohne HERRschende. Wir wollen leben können, ohne uns über unser Geschlecht oder unsere Sexualität definieren zu müssen. Es ist egal, ob mensch schwarz, weiß, weiblich, männlich, schwul, bi, lesbisch, hetero, trans, a oder sonstwie sexuell ist. Wir lassen uns nicht spalten und nicht trennen durch Grenzen, wir kämpfen gemeinsam gegen dieses System! Trotzig, rotzig, gemein, gehässig und haben viel Spaß dabei!“*²⁶⁸

In diesem Selbstverständnis scheint u.a. auch die Verbundenheit mit der Rosa Antifa Wien (RAW) zu liegen, einer 1995 gegründeten anarchistischen Antifa-

²⁶⁵ Vgl. Que(e)r-Beisl-BetreiberInnen (30.11.2003): Das EKH muss bleiben! – für unabhängige Kulturprojekte und Freiräume, unter: <http://no-racism.net/article/249/> (16.11.2011).

²⁶⁶ Im Englischen hat das Wort „queer“ u.a. auch die Bedeutung „schwul“.

²⁶⁷ Vgl. Que(e)r-Beisl-BetreiberInnen (30.11.2003): Das EKH muss bleiben! – für unabhängige Kulturprojekte und Freiräume, unter: <http://no-racism.net/article/249/> (16.11.2011).

²⁶⁸ <http://raw.at/queer/#WarumQueer> (Zugriff:1.2.2012).

Gruppe, auf deren Website das Queer-Veranstaltungsprogramm regelmäßig erscheint. Dieses Naheverhältnis wird auch im Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin bestätigt: *„Da gibt es ein großes Naheverhältnis, wir sind aber nicht ident. (...) Wir verstehen uns als eigenständige Gruppe, die auch ihre eigenen Entscheidungen trifft. Es ist ein eigenständiges Projekt und kein Teil der RAW. Aber es ist ein sehr freundschaftliches und sehr enges Verhältnis.“*²⁶⁹ Auch wird der queer-feministische Anspruch des Que(e)rs im Zusammenhang mit der Rosa Antifa Wien gesehen: *„Es sind einfach im Que(e)r viele dabei, die sich aus der RAW-Geschichte, da wird die Verbindung schon wieder wichtig, mit dem Thema Sexismus in der linken, in linksradikalen Zusammenhängen sehr lang, sehr intensiv und aus persönlicher Betroffenheit heraus auseinandergesetzt haben.“*²⁷⁰

Dass sich dadurch auch immer wieder Kooperationen ergeben, liegt auf der Hand. Zuletzt so am 25. Jänner 2012, bei einem „Antifaschistischen Rundgang“ durch den 9. Bezirk zum Thema Frauen im Widerstand. Organisiert wird die Veranstaltung von mehreren Gruppen: Rosa Antifa Wien, der Bibliothek von unten, radicalqueer und dem AK Gedenkrundgang. Der mit 1,5 bis 2 Stunden geplante Rundgang durch Wien soll Gelegenheit bieten, vergessene Geschichten aufzuspüren, widerständige Frauen zu Wort kommen zu lassen und deutlich machen, welche wichtige Rolle Frauen im Widerstand gegen das NS-Regime gespielt haben. Das Que(e)r ist im Anschluss an den Rundgang mit einem Filmabend im W23 an dieser Kooperation beteiligt und zeigt den Dokumentarfilm „Küchengespräche mit RebellInnen“ über vier ZeitzeugInnen.²⁷¹ Die nun schon seit Jahren stattfindenden Stadtspaziergänge, ursprünglich von der Rosa Antifa Wien ins Leben gerufen, erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und so sind mittlerweile TeilnehmerInnenzahlen zwischen 70 und 90 Personen keine Seltenheit.²⁷²

Thematisch fühlt sich das Que(e)r – nach dem Auszug aus dem EKH und dem Neubeginn 2006 im W23 – nach wie vor mit *„einer guten linksradikalen Szene“*

²⁶⁹ Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

²⁷⁰ Ebenda.

²⁷¹ Vgl. <http://raw.at/texte/sonstiges/rundgangfrauenimwiderstand.htm> (Zugriff: 1.2.2012).

²⁷² Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

verbunden, dementsprechend gestaltet sich auch das Veranstaltungsprogramm. Die Que(e)r-Gruppe organisiert für jeden Mittwoch Abend eine Veranstaltung im W23, jeweils am ersten Sonntag im Monat finden dazu offene Treffen zur Programmplanung statt. Es gibt aber auch eine geschlossene Diskussionsstruktur im Web, wo ein Ideenaustausch stattfindet. Prinzipiell ist man für alle Themenvorschläge offen, es gibt jedoch auch Grenzen: *„Rassistische, sexistische, homophobe und transphobe Inhalte wollen wir nicht und diese würden wir auch nicht zulassen. Die würden auch keinen Konsens finden, das ist ganz klar. Aber grundsätzlich ist es so: Was jemanden interessiert und was realisierbar ist, kann gemacht werden.“* Auf aktuelle tagespolitische Themen wird – bedingt durch die Planung für den jeweiligen Folgemonat – eher weniger eingegangen, kann aber durchaus auch vorkommen: *„Eine Ausnahme war z.B. eine Veranstaltung, wo es um die Darstellung sexualisierter Gewalt in den Medien ging. Das war schon angeschlossen an diese Strauss-Kahn-Debatten. Das natürlich schon, aber wir versuchen es auf einer etwas allgemeineren Ebene zu thematisieren.“* Darüber hinaus werden aber auch Debatten innerhalb der Szene aufgegriffen und thematisiert: *„Wir reagieren natürlich auch auf Debatten, die gerade innerhalb der Szene geführt werden. Z.B. gab es vor ein paar Monaten eine größere Diskussion über selbstverwaltete Räume, also Freiräume, was können die, was sollen die überhaupt können. Das war dann mehr eine szeneinterne Debatte, die wir dann aufgreifen.“²⁷³*

Eher selten gestalten die Que(e)r-BetreiberInnen die Veranstaltungen selbst und wenn, dann sind das meist offene Diskussionsrunden. Für die Mehrzahl der Veranstaltungen werden externe ReferentInnen eingeladen, darunter auch JournalistInnen und Personen aus dem universitären Umfeld. Neben den Vorträgen gibt es aber auch immer wieder Filmabende mit anschließender Diskussion. Filme werden bevorzugt auch dann mit ins Programm genommen, wenn aufgrund einer größeren Veranstaltung andersorts mit eher weniger BesucherInnen an diesem Abend im Que(e)r gerechnet wird. Es ist den Que(e)r-BetreiberInnen jedoch auch ein Anliegen, andere Initiativen, Gruppen oder Projekte zu unterstützen und so werden die Räumlichkeiten auch für

²⁷³ Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

Mobilisierungsveranstaltungen zur Verfügung gestellt: „(...) für z.B. *MayDay* oder *1.März/MigrantInnenstreik*. Das ist so was, wo wir dann schon überlegen, was ist los in dem Monat und gäbs da wen, wo es vernünftig wäre die einzuladen und denen unsere ‚kleine Bühne‘ zur Verfügung zu stellen.“ Bei der Auswahl der ReferentInnen ist es der Que(e)r-Gruppe ein besonderes Anliegen, nicht andauernd männliche Vortragende einzuladen sondern verstärkt Frauen zu berücksichtigen. Es wird auch versucht ReferentInnen mit Migrationshintergrund ins Que(e)r zu holen, was jedoch – laut meiner Interviewpartnerin – eher weniger gut gelingt. Abgesehen von eventuell anfallenden Fahrtkosten, die ersetzt werden, erhalten die Vortragenden keine Honorare, stellen ihr Wissen auf einer ehrenamtlichen Basis zur Verfügung.²⁷⁴

Das gilt auch für die Mitglieder der Que(e)r-Gruppe, die ihre Arbeitskraft „in freiwilliger Selbstaussbeutung“ in das Projekt einfließen lassen. Dabei geht es nicht nur um das Organisieren von Veranstaltungen, auch der Betrieb vom Que(e)r an sich (Kochen, Bardienste und Reinigungsarbeiten) ist mit Arbeit und dem dafür notwendigen Zeitaufwand verbunden. Auch wird zum Teil durch Selbstbesteuerung privates Geld beigesteuert, um gemeinsam mit den anderen Gruppen der W23 die Miete für die Räumlichkeiten zu bezahlen. Mit den Einnahmen in Form von freiwilligen Spenden für Essen und Getränke werden immer wieder verschiedene Projekte unterstützt. Die Interviewpartnerin dazu: „2009 haben z.B. ein paar Leute eine Broschüre gemacht, also fast schon ein kleines Buch, zu *Marcus Omufuma* und seiner Geschichte und zu *Rassismus gegen schwarze Menschen in Österreich*. Die ist so unterstützt worden, dass gleich 50 Stück zum vollen Preis gekauft wurden, um denen zu helfen die Druckkosten zu decken.“ Bzw. an einer anderen Stelle im Interview, wo es um die Frage geht, ob ReferentInnen Honorare erhalten: „Normalerweise gibt es keine Honorare für ReferentInnen, fast alle machen es ehrenamtlich. (...) da fällt mir ein Beispiel aus dem Dezember ein, da waren Leute aus *Belgrad* da, von einer lesbischen Organisation. Da war es uns ein Anliegen etwas zu zahlen, weil diese selbst sehr wenig finanzielle Unterstützung erhalten. Da

²⁷⁴ Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

*haben wir von der ÖH eine spezielle Förderung gekriegt und die dann weitergegeben.*²⁷⁵

Die Anzahl der BesucherInnen, die an den Veranstaltungen teilnehmen, wird zwischen 15 bis max. 60 Personen angegeben, der überwiegende Teil davon wird als Stammpublikum bezeichnet: *„Das sind recht unterschiedliche Leute, zum Teil auch ältere Leute, Leute über 50. Da kommen dann einige, weil sie das Programm interessiert, andere zum Quatschen, weil es ein Treffpunkt ist, wo man auch essen und trinken kann. Der Großteil ist aber zwischen 20 und 35, Studenten und so.“* Abgesehen vom Stammpublikum kommen jedoch auch immer wieder BesucherInnen sehr gezielt zu ganz bestimmten Veranstaltungen, was insbesondere bei den queer-feministischen Themen bemerkt wird.²⁷⁶

Ähnlich wie im Politdiskubeisl geht es den VeranstalterInnen nicht primär um die Weitergabe von Wissen, sondern es steht vielmehr das eigene Interesse an bestimmten Themen und der Wunsch sich damit intensiver auseinanderzusetzen im Mittelpunkt. Diese Annahme wird auch durch folgende Interviewpassagen bestätigt: *„Ein Ziel ist auf jeden Fall die Veranstaltungen zu organisieren, die uns sonst in Wien abgehen würden, zu denen wir selber gern gehen wollen.“* Und an einer anderen Stelle: *„Eigentlich entstehen viele Veranstaltungen so, dass jemand von uns dazu etwas gern wissen möchte oder dazu etwas gern haben möchte, also ist es mehr ein Selbstbildungsprozess als ein Vermitteln, das im Vordergrund steht.“*²⁷⁷

Betrachtet man die im Que(e)r stattfindenden Veranstaltungen aus einer bildungspolitischen Perspektive, dann findet man durchaus einige Aspekte, die auf politische Bildungsarbeit – auch wenn nicht als solche intendiert – schließen lassen. Auch wenn das Vermitteln von Wissen nicht im Vordergrund steht, so findet es doch statt und reicht z.B. von Buchpräsentationen wie „Extreme Rechte in Europa“ von Heribert Schiedel, über Vorträge von renommierten ÖkonomInnen zur aktuellen Wirtschaftskrise bis hin zur Beschäftigung mit

²⁷⁵ Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

²⁷⁶ Vgl. ebenda.

²⁷⁷ Vgl. ebenda.

sexualisierter Gewalt in der Gesellschaft. Aus der Sicht der Interviewpartnerin: *„Ein Ziel ist Wissensvermittlung in dem Sinn, um in linke/linksradikale Debatten damit reinzugehen, damit Leuten bessere Argumente zu geben, ein besseres Diskussionsklima zu schaffen.“* Oder an anderer Stelle: *„Oder auch das, was im Vorfeld zum WKR-Ball gemacht wurde. Was ein rechter Mann ist, wo es um rechte Männlichkeitsbilder geht, wo ein Hintergedanke ist, dass man die Antifa-Debatte auf etwas höherem Niveau führen kann und nicht nur ‚das sind die blöden Nazis‘ sondern auch was steht dahinter, was ist die ideologische Basis dahinter.“*²⁷⁸

Es werden aber auch soziale Kompetenzen gefördert wie z.B. Toleranz und Respekt, da es für den Umgang miteinander klare Regeln gibt: Sexistisches, rassistisches, homo- und transphobes Verhalten sowie jede Form von Antisemitismus werden nicht geduldet, wer dagegen verstößt, muss die W23 verlassen.²⁷⁹ Großer Wert wird auf die Möglichkeit gelegt, sich über die behandelten Themen in Diskussionen auch austauschen zu können, wodurch meines Erachtens auch die Kommunikationsfähigkeit gefördert wird. Insbesondere bei offenen Diskussionen wird durch Moderation dabei auf eine entsprechende Diskussionskultur geachtet, jede bzw. jeder soll auch zu Wort kommen können: *„Diskussionen, die sonst, wenn sie z.B. im Netz geführt werden sehr schnell eskalieren und sehr unangenehm werden können, für die einen anderen Rahmen zur Verfügung zu stellen, das ist unser Ziel.“*²⁸⁰

²⁷⁸ Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

²⁷⁹ Vgl. Rainer Hackauf (1.9.2011): Fünf Jahre W23, unter: <http://www.malmoe.org/artikel/funktionieren/2268/1> (Zugriff: 2.2.2012).

²⁸⁰ Vgl. Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, siehe Anhang.

6 Zusammenfassung

Wird über Autonome in den Medien berichtet, dann wird fast immer das gleiche Bild gezeichnet: das von gewalttätigen Chaoten, die schwarz gekleidet und verumumt bei Demonstrationen – wie beispielsweise gegen internationale Gipfeltreffen – regelmäßig für Ausschreitungen verantwortlich zeichnen. Natürlich zählt die Militanz zu einem ihrer hervorstechendsten Merkmale, die Autonomen auf eine linksextremistische Gruppierung mit hoher Gewaltbereitschaft zu reduzieren wäre jedoch eine unzulässig verkürzte Sichtweise.

Auch wenn von keiner einheitlichen autonomen Ideologie gesprochen werden kann, so findet man doch überwiegend anarchistische Anleihen in ihrem Gedankengut. Daraus resultiert die Ablehnung des Staates ebenso wie die der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, beides muss aus autonomer Sicht bekämpft und gestürzt werden. Hierarchische Strukturen werden ebenso wie traditionelle institutionelle Formen vehement abgelehnt. Das Ziel der Autonomen ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, sie erheben den Anspruch, nur nach eigenen Regeln leben zu wollen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu wollen. Darin liegt auch die Forderung nach der Schaffung von Freiräumen begründet, die sich auch immer wieder in der Besetzung von Häusern niederschlägt. Ein wichtiges Merkmal der Autonomen ist ihr Anspruch einer subjektivistischen Politik, die die individuelle Selbstveränderung als ebenso wichtig ansieht wie die Veränderung der Gesellschaft. Das Denken der Autonomen ist auch sehr stark geprägt durch Begriffe wie Gerechtigkeit und Solidarität, die ideale Gesellschaftsordnung ist nach autonomem Verständnis eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Abgesehen von der positiven Beschreibung des eigenen Wollens, werden darüber hinaus jedoch kaum konkrete politische Inhalte formuliert.

Die sehr lockeren Organisationsstrukturen der Autonomen können als antihierarchisch und basisdemokratisch beschrieben werden. Zwar gibt es Gruppen, die sich ausdrücklich als Autonome verstehen, gleichzeitig ist die autonome Szene kein in sich geschlossenes Feld, da es Übergänge zu anderen

linken politischen Strukturen und in jugendliche Subkulturen gibt. Das relativ niedrige Durchschnittsalter der AktivistInnen und die kurze Verweildauer in der Szene, die oft nur wenige Jahre beträgt, hat dazu geführt, dass den Autonomen nach über 30 Jahren ihres Bestehens nach wie vor das Label einer Jugendbewegung angehängt wird. Aus Sicht des österreichischen Verfassungsschutzes werden der autonomen Szene nur eine schwache gesellschaftliche Resonanz und geringe Mitgliederzahlen zugesprochen. Straftaten aus diesem Umfeld bewegen sich sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht auf niedrigem Niveau und führen zu der Einschätzung, dass autonome Gruppierungen in Österreich derzeit keine große Gefahr für den Staat und die Gesellschaft darstellen.

Die Aktionsfelder der Autonomen sind vielfältig, beziehen sich oft auf Missstände in der Gesellschaft und zeichnen sich meist auch dadurch aus, dass sie sich gegen etwas wenden, wie z.B. Antifaschismus, Antirassismus, Antiglobalisierung, Antisexismus oder Antirepression. Diese Themenbereiche sind gleichzeitig auch die inhaltlichen Schwerpunkte, die in der politischen Arbeit autonomer Gruppierungen verfolgt werden und sich auch in den von ihnen initiierten öffentlichen Veranstaltungen wiederfinden. Eine zentrale Fragestellung dieser Arbeit hat sich damit beschäftigt, eine Antwort darauf zu finden, ob diese Aktivitäten bloße Agitation darstellen oder ob sie in Zusammenhang mit Politischer Bildung gebracht werden können. Bei der Untersuchung der im EKH-Umfeld tätigen autonomen Gruppen und Projekte wurden dabei Hinweise gefunden, die darauf schließen lassen, dass bestimmte Aspekte Politischer Bildung durchaus auch in ihren Veranstaltungen zu finden sind.

So basiert Politische Bildung auf historisch gewachsenen Wertvorstellungen wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität usw. Werte, die auch für das autonome Selbstverständnis von Bedeutung sind und sich in den Inhalten der Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen oder Buchpräsentationen widerspiegeln. Politische Bildung soll auch zentrale Problemfelder der Gesellschaft aufgreifen und durch Reflexion und Erfahrungsaustausch dazu führen, dass die Inhalte im sozialen Alltag

umgesetzt werden können. Auch dieser Aspekt wird meiner Einschätzung nach durch viele der autonomen Veranstaltungen erfüllt. Politische Bildung soll aber auch Wissen vermitteln und zur Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten beitragen. Ein wichtiger Aspekt bei der Entstehung autonomer Veranstaltungen ist der, dass sie aus den Interessen der AktivistInnen heraus entstehen, aus ihrem Wunsch, etwas Neues zu erfahren, sich selbst weiterzubilden. Das führt unweigerlich dazu, dass auch Wissensvermittlung betrieben wird, auch wenn sie nicht als unmittelbarer Beweggrund für die Veranstaltungen dient. Auch möchte man sich nicht als klassischer Bildungsanbieter verstanden wissen, da damit offenbar hierarchische Strukturen verbunden werden, die mit dem autonomen Selbstverständnis nicht vereinbar sind.

Bei der Form der Vermittlung stehen vor allem affektive Elemente im Vordergrund: So werden Gesellschaft und Politik als konfliktträchtig wahrgenommen und auch anhand der Konfliktlinien thematisiert. Auch steht Politische Bildung als Partnerschaftsbeziehung im Vordergrund, z.B. bei der Beschäftigung mit Geschlechterrollen, der Situation von Flüchtlingen und Minderheiten, der Frage nach der Entstehung gesellschaftlicher Ein- und Ausschlüsse usw. Politische Bildung als Staatsbürgerkunde findet wenn, dann nur in Form einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Institutionen und Prozesse statt.

Im Sinne einer reflexiven politischen Bildung wird zwar ein kritisches Bewusstsein, selbständiges Urteil und politisches Engagement angestrebt, doch darf dabei nicht vergessen werden, dass die autonomen politischen Ziele auf eine drastische Veränderung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichtet sind. Möchte man also von einem bildungspolitischen Konzept der Bildungsarbeit der autonomen Szene sprechen, dann müsste man ein solches wohl eher als reformistisch, wenn nicht sogar revolutionär beschreiben.

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung betont unter anderem, dass politische Bildungsarbeit auch einen Beitrag zur Förderung von Autonomie und Selbstorganisation leisten soll. Auch hebt sie die Wichtigkeit des Erkennens

gesellschaftlicher Machtstrukturen und das Aufzeigen struktureller Diskriminierung von Individuen und Gruppen hervor. Dabei handelt es sich um Aspekte politischer Bildung, die sich zweifelsohne in den meisten Veranstaltungen der untersuchten autonomen Gruppierungen wiederfinden lassen bzw. die eigentliche Ursache für ihre Entstehung ist.

Auch wenn sich die Veranstaltungen der autonomen Szene nicht mit der an Schulen bzw. in der Erwachsenenbildung stattfindenden Politischen Bildung gleichsetzen lassen, so muss doch festgehalten werden, dass sie viele Aspekte von politischer Bildungsarbeit erfüllen. Wird an einer Schule ein wissenschaftlicher Artikel über Rassismus zum Lesen verteilt, ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung „Angelo Soliman – Ein Afrikaner in Wien“²⁸¹ im Wien Museum organisiert und in weiterer Folge darüber im Unterricht diskutiert, dann würde man das ganz eindeutig als Politische Bildung bezeichnen. Findet so etwas innerhalb der autonomen Szene statt – so geschehen im Rahmen des Politdiskubeisls im Ernst-Kirchweger-Haus im November 2011 – dann ist das bloß Agitation? Wohl eher nicht. Darüber hinaus richten sich die Veranstaltungen nicht nur an die „Szene“, jede bzw. jeder politisch Interessierte ist willkommen und auch die Bibliotheken und das Archiv stehen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Ein Angebot, das man auch durchaus nutzen sollte – es lohnt sich.

²⁸¹ „Angelo Soliman – Ein Afrikaner in Wien“, Ausstellung im Wien Museum vom 28.9.2001 bis 29.1.2012.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Backes, Uwe (2010): Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 13-31.

Backes, Uwe (2006): Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen.

Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen.

Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2010): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2006): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2006): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2005): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (1998): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1998): Neue Formen des politischen Extremismus?, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 15-32.

Behrens, Günther (1994): Weiterbildung und Politik, in: Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Handbuch der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Opladen.

Bendel, Petra (2010): Extremismus, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, 4. aktual. u. erw. Auflage, München, S. 246-247.

Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn.

Birkner, Martin (2010): Jenseits des post-autonomen Tellerrandes: Die Notwendigkeit einer neuen linken Organisation, in: grundrisse Nr. 36/2010, unter:
http://www.grundrisse.net/grundrisse36/notwendigkeit_linker_organisation.htm
(Zugriff: 3.11.2011).

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2004): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin.

Ceylanoglu, Sena (2004): Linksextremismus in Deutschland heute, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, S. 136-162.

Dachs, Herbert (2003): Von der Allgegenwart der Politik, in: Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hrsg.): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien, Wien, S. 6-10.

Dachs, Herbert/Fassmann, Heinz (Hrsg.) (2003): Politische Bildung. Grundlagen-Zugänge-Materialien, Wien.

Decker, Frank (1998): Jenseits von rechts und links? Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 33-48.

Degen, Hans Jürgen/Knoblauch, Jochen (2008): Anarchismus. Eine Einführung, Stuttgart.

Diendorfer, Gertraud/Steininger, Sigrid (Hrsg.) (2006): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts.

Euchner, Walter (1995): Ideologie, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München, S. 192-195.

Fenske, Hans/Mertens, Dieter/Reinhard, Wolfgang/Rosen, Klaus (1987): Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main.

Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hrsg.) (1986): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München.

Filzmaier, Peter (2006): Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Trends, Problembereiche und Perspektiven, in: Diendorfer, Gertraud/Steininger, Sigrid (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts., S. 39-50.

Filzmaier, Peter u.a. (Hrsg.) (1999): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Innsbruck.

Filzmaier, Peter/Jenewein, Franz/Pelinka, Anton (1999): Angst vor der Politischen Bildung? Programme an Universitäten und in der Erwachsenenbildung, in: Filzmaier, Peter u.a. (Hrsg.): Politisches Alltagsverständnis. Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung, Innsbruck, S. 275-296.

Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.) (2000): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Hamburg.

Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich, Wien.

Foltin, Robert (2011): Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich, Wien.

Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.

Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden.

Holtmann, Everhard (2000): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erweiterte Auflage, München/Wien.

Jaschke, Hans-Gerd (2006): Politischer Extremismus, Wiesbaden.

Jesse, Eckhard (2004): Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, 7-24.

Jesse, Eckhard (2000): Linksextremismus, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, 3., völlig über. u. erw. Auflage, München/Wien, S. 356.

Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.) (2011): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden.

Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (2011): Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, S. 11-32.

Joll, James (1966): Die Anarchisten, Berlin.

Kaase, Max (1992): Linksextremismus, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 3, Die westlichen Länder, München, S. 231-235.

Klingemann, Hans D./Pappi, Franz U. (1972): Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien.

Knütter, Hans-Helmuth/Winckler, Stefan (Hrsg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz.

Lösche, Peter (1995): Anarchismus, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München, S. 17-23.

Lösche, Peter (1986): Anarchismus, in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus, Band 4, München, S. 415-441.

Meier-Bergfeld, Peter (2002): Linksextremismus in Österreich, in: Knütter Hans-Helmuth/Winckler, Stefan (Hrsg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz, S. 143-154.

Mletzko, Matthias (2010): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 44, S. 9-16.

Moreau, Patrick/Lang, Jürgen (1996): Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn.

Moreau, Patrick (2006): Literatur aus „Szene“: Radikale Globalisierungskritik von links, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 319-323.

Mudde, Cas (2008): Radikale Parteien in Europa, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 47, S. 12-19.

Mudde, Cas (2006): Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen, S. 87-104.

Neugebauer, Gero (2001): Extremismus- Rechtsextremismus- Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 13-37.

Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1992): Lexikon der Politik, Band 3, Die westlichen Länder, München.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, 4. aktual. u. erw. Auflage, München.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (1995): Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien, München.

Pelinka, Anton (2006): Politische Bildung und politische Sozialisation, in: Diendorfer, Gertraud/Steininger, Sigrid (Hrsg.): Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich, Schwalbach/Ts., S. 51-56.

Pfahl-Traugber, Armin (2010): Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung, in: Freiheit und Recht, Heft 2, unter:
http://www.bwvbayern.org/attachments/012_FuR%202010%202.pdf (Zugriff: 17.11.2011).

Pfahl-Traugber, Armin (2008): Der Marxismus zwischen Ideologie und Wissenschaft. Eine Darstellung der inhaltlichen Grundpositionen und Analyse der extremistischen Potentiale, unter: <http://www.bpb.de/themen/633ETS.html> (Zugriff: 12.10.2011).

Pfahl-Traugber, Armin (2008): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl, unter: <http://www.bpb.de/themen/6JVE0B.html> (Zugriff: 23.6.2011)

Pfahl-Traugber, Armin (1998): Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bd. 9-10, S. 36-46.

Pappi, Franz Urban (2010): Links-Rechts-Skala, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, 4. aktual. u. erw. Auflage, München, S. 553.

Reinders, Heinz (2005): Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen. Ein Leitfaden, München.

Salamun, Kurt (1988): Ideologie und Aufklärung. Weltanschauungstheorie und Politik, Wien/Graz.

Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen.

Schumpeter, Joseph A. (1947): Capitalism, Socialism and Democracy, New York.

Schwarzmeier, Jan (2001): Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen.

Schwendter, Rolf (1973): Theorie der Subkultur, Köln.

Thieme, Tom (2005): Jenseits politischer Richtungsbegriffe? Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 53-72.

Van Hüllen, Rudolf (2008): Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, unter: <http://www.bpb.de/themen/1RQDMP.html> (Zugriff: 14.11.2011).

Weckenbrock, Christoph (2010): Politikwissenschaftliche, verfassungsrechtliche und administrative Perspektiven des Extremismusbegriffs, unter: http://endstationrechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4993:christoph-weckenbrock-politikwissenschaftliche-verfassungsrechtliche-und-administrative-perspektiven-des-extremismusbegriffs&Itemid=840 (Zugriff: 8.11.2011).

Zeilner, Franz (2011): Geschichte der Politischen Bildung in Österreich als Unterrichtsprinzip und als Unterrichtsfach, Frankfurt am Main.

Internetquellen

Antifaschistischer Rundgang. Frauen im Widerstand, unter: <http://raw.at/texte/sonstiges/rundgangfrauenimwiderstand.htm> (Zugriff: 1.2.2012):

Archiv der sozialen Bewegungen, unter: <http://www.bibliothek-vonunten.org/archiv.htm>

Architektenlexikon, unter: <http://www.architektenlexikon.at/de/231.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

Aussteigerprogramm für Linksextremisten, unter: http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_linksextremismus/aussteigerprogramm_links/ (Zugriff: 19.1.2012).

Behörde für Inneres und Sport: Linksextremistische Ideologie, unter:

<http://www.hamburg.de/linksextremismus/231082/ideologie-artikel.html> (Zugriff: 2.11.2011).

Bibliothek von unten, unter:

<http://www.bibliothek-vonunten.org/>

Bundesamt für Verfassungsschutz (Deutschland): Verfassungsschutzbericht 2010, unter:

http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2010.pdf (Zugriff: 4.1.2012).

Bundesministerium für Inneres: Verfassungsschutzberichte, unter:

http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/ (Zugriff: 11.12.2011).

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, unter:

http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml (Zugriff: 26.1.2012).

Die Presse (3.7.2007), unter:

http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/314701/ErnstKirchwegerHaus_Stadt-stellt-Regeln-fuer-Autonome-auf?from=suche.intern.portal (Zugriff: 28.1.2012).

EKH bleibt! Printausgabe Nr. 1 (10.11.2004), unter:

<http://www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/pdf/ekhbleibt.pdf> (Zugriff: 28.1.2012).

Ernst-Kirchweger-Haus (EKH), unter: <http://med-user.net/~ekh/>

Erste Internationale, unter: <http://www.dasrotewien.at/erste-internationale.html> (Zugriff: 6.2.2012).

Infoladen LC 36: Was sind Infoläden? (6.5.2001), unter:

<http://www.infoladen.de/selbst/s1.htm> (Zugriff: 30.1.2012).

InTeam 6 – Zeitung der Rosa Antifa Wien, Que(e)r – Das Mittwochsbeisl im EKH, unter:

http://raw.at/texte/inteam/inteam6/int6_queer.htm (Zugriff: 1.2.2012).

Karl Schmoll (3.11.2004): Realkapitalismus schwer gemacht, unter:

<http://fm4v2.orf.at/connected/185387/main> (Zugriff: 28.1.2012).

Kulturverein W23 unter: <http://wipplinger23.blogspot.com/>

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2010): „Staat. Nation. Kapital. Scheiße.“ – Einblicke in die autonome Bewegung, unter:

http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMR_eader/HMdl_15/LfV_Internet/med/cd2/cd20679b-8ec5-821f-012f-31e2389e4818,22222222-2222-2222-2222-222222222222 (Zugriff: 5.1.2012).

Last Exit Flucht: Geschichte des Asyls in Deutschland, unter:

http://www.lastexitflucht.org/againstallodds/factualweb/de/2.3/articles/2_3_4a_Asylland_D.html (Zugriff: 17.12.2011).

Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, Grundsatzpapier, unter:

http://www.politischebildung.at/upload/oegpb_image_folder.pdf (Zugriff: 3.12.2011).

Marsch auf Rom, unter:

http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Marsch_auf_Rom.html (Zugriff: 6.2.2012).

Que(er), unter: <http://raw.at/queer/>

Que(e)r-Beisl-BetreiberInnen (30.11.2003): Das EKH muss bleiben! Für unabhängige Kulturprojekte und Freiräume, unter:

<http://no-racism.net/article/249/> (Zugriff: 16.11.2011).

Rainer Hackauf (1.9.2011): Fünf Jahre W23, unter:

<http://www.malmoe.org/artikel/funktionieren/2268/1> (Zugriff: 2.2.2012).

Rapidité Sondernummer zu 10 Jahr EKH (Juni 2000), unter:
<http://med-user.net/~ekh/rapidite/sonderrapidite.htm> (Zugriff: 28.1.2012).

RAW (22.10.2004): Die KPÖ ist tot – EKH bleibt!, unter:
<http://www.raw.at/texte/sonstiges/ekhbleibt2.htm> (Zugriff: 1.2.2012).

Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes: Verbotsgesetz 1947,
unter:<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000207&ShowPrintPreview=True> (Zugriff: 16.11.2011).

Romano Centro, unter:
http://www.romanocentro.org/NEW/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=2&lang=de (Zugriff: 29.1.2012).

Rosa Antifa Wien, unter: <http://www.raw.at/>

Thesen zur Autonomen Bewegung 1981, unter:
<http://autox.nadir.org/archiv/chrono/1981.html#10> (Zugriff: 28.11.2011).

Thesen zur Autonomen Bewegung 1994, unter:
http://autox.nadir.org/archiv/auto/94_1.html (Zugriff: 28.11.2011).

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2010): Linksextreme Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention, Tagungsband, Erfurt, unter:
http://www.thueringen.de/imperia/md/content/verfassungsschutz/publikation_zum_9._symposium_layout_1.pdf (Zugriff: 18.10.2011).

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, unter:
www.dasrotewien.at/kirchweg-ernst.html (Zugriff: 28.1.2012).

Zentrum Polis, Kompetenzmodell, unter:
<http://www.politiklernen.at/site/basiswissen/politischebildung/kompetenzmodell/article/105720.html> (Zugriff: 26.11.2011).

Sonstige Quellen

A.G. Grauwacke (2003): Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin.

ag under construction (2010): Gedanken zu antifaschistischem Kampf und Widerstand, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 244-248.

ak wantok (Hrsg.) (2010): Perspektiven autonomer Politik, Münster.

ak wantok (2010): Interview mit AktivistInnen aus dem EKH in Wien, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 102-110.

counterclockwise (2010): Zielt auf die Lücken, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster.

Geronimo (1993): Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin.

Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten/EKH, Jänner 2012.

Interview mit einer Que(e)r-Aktivistin/W23, Jänner 2012.

„Marie“ (2010): Gespräch des ak wantok: „Freie Räume?“, in: ak wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster, S. 95-97.

Rapidité (EKH Programmzeitung) (2011), die Ausgaben Oktober, November und Dezember.

Anhang

Interview mit einer Queer-Aktivistin/W23

Das Interview fand im Jänner im Café Westend statt und dauerte ca. 1 Stunde. Auf Wunsch der Interviewpartnerin wird das Interview – das auf Tonband aufgezeichnet wurde – in der schriftlichen Fassung anonymisiert wiedergegeben.

Arneitz: Wie bist du zum Queer gekommen? Seit wann bist du in die Tätigkeiten des Queer involviert?

Q: Das war vor ungefähr 6 Jahren, als das Queer vom EKH übersiedelt ist in die W23. Davor war ja eine längere Phase der Raumsuche. Das waren mehrere Monate, wo gesucht wurde, ob neue Räumlichkeiten zu finden sind. Genau zu diesem Zeitpunkt bin ich zum Queer gekommen. Ja, vor 5 Jahren und einigen Monaten wurde es in der W23 eröffnet und seitdem bin ich fix beim Queer. Vorher, als es im EKH war, war ich recht häufig als Besucherin dort, war aber selber nicht an den Veranstaltungen oder an den Bardiensten usw. beteiligt. An den Anfängen in der W23, da waren dann beteiligt der Infoladen bzw. das Archiv der sozialen Bewegungen, die Bibliothek von unten, das Queer, genau.

Arneitz: Die anderen Initiativen sind alle erst später dazugekommen?

Q: Genau. Das PrekärCafé ist schon relativ lange dabei, aber ich glaube nicht ganz von Anfang an. Also, das wechselt dann immer mal. Ich kann mich erinnern, eine Zeitlang gab es eine fixe MayDay-Gruppe, die regelmäßig Veranstaltungen gemacht hat. Die gibt es jetzt nicht mehr. Das war alles etwas später.

Arneitz: Eine Frage, die mich interessiert: In welchem Verhältnis steht das Queer zur Rosa Antifa Wien (RAW)?

Q: Es gibt Überschneidungen. Das Queer Programm wird auf der Seite der RAW angekündigt. Da gibt es ein großes Naheverhältnis, wir sind aber nicht ident. Also ich bin beispielsweise keine Aktivistin bei der RAW und bin trotzdem beim Queer fix dabei. Da gibt es einige, wo das so ist. Die Queertreffen sind extra und nicht gemeinsam mit der RAW. Wir verstehen und als eigenständige Gruppe, die auch ihre eigenen Entscheidungen trifft. Es ist ein eigenständiges Projekt und kein Teil der RAW. Aber es ist ein sehr freundschaftliches und sehr enges Verhältnis.

Arneitz: Es gibt ja auch Kooperationen mit der RAW?

Q: Ja, mit der RAW, mit Radical Queer gab es schon öfter welche. Ab und zu mit der Bibliothek von unten, so wie nächsten Mittwoch der Rundgang, den wir gemeinsam machen.

Arneitz: Dieser Stadtspaziergang?

Q: Genau. Der Stadtspaziergang, der antifaschistische Rundgang zu Frauen im Widerstand, wo der AK-Gedenkrundgang dabei ist, das ist eine Gruppe, die bisher immer nur zum 10. November Stadtspaziergänge gemacht hat. Der Stadtspaziergang am 25. Jänner ist quasi eine Kooperation von AK Gedenkrundgang, der Bibliothek von unten, Radical Queer, der RAW und dem Queer. Also im Queer findet danach der Filmabend dazu statt.

Arneitz: Sind die Stadtspaziergänge durch die RAW initiiert worden?

Q: Der erste wahrscheinlich. Ich glaube, den ersten hat die RAW initiiert. Inzwischen hat sich das aber ziemlich verselbständigt. Es ist eine Gruppe von Leuten, die das seit einigen Jahren immer wieder macht und sich trifft und dazu einlädt und offene Treffen dazu macht. Das sind teilweise Leute aus dem Queer-Umfeld, aus dem RAW-Umfeld, es sind Einzelpersonen, die wir kennen und wo wir wissen, dass die sich dafür interessieren und die wir dann gezielt ansprechen. Es ist bei den Stadtspaziergängen eine offene Einladungspolitik, wo die Treffen über unsere Medien angekündigt und ausgeschrieben werden.

Arneitz: Im Grunde kann da jeder hinkommen, der das zufällig sieht?

Q: Ja.

Arneitz: Wie viele Leute nehmen denn an so einem Stadtspaziergang teil?

Q: In letzter Zeit ziemlich viele. In den letzten beiden Jahren so zwischen 70 und 90. Vorher waren sie viel kleiner. Vor 2 Jahren vielleicht 25 bis max. 30 Personen. Wir wissen selbst nicht, warum es jetzt so viel mehr sind. Es war ja nur einmal im Jahr, es war keine regelmäßige Reihe.

Arneitz: Zurück zum Queer. Da interessiert mich auch die Programmgestaltung. Wer liefert die Ideen? Wie kommen die Inhalte zustande? Gibt es bestimmte Grundsätze, nach denen die Programmgestaltung erfolgt?

Q: Es gibt offene Treffen, jeweils am ersten Sonntag im Monat, wo grundsätzlich die Programmplanung für den nächsten Monat gemacht wird. Vor allem werden dort Ideen gesammelt und es wird versucht ein Programm zu erstellen und zu überlegen, wen kann man zu welchen Themen anfragen. Und Ideen einbringen kann man entweder dort oder in einer geschlossenen Diskussionsstruktur im Web, wo wir uns im Vorhinein austauschen, wo man Ideen reinstellen kann, fragen kann, ob es sonst noch jemanden interessiert, ob ich mich darum kümmern soll, fragen, ob ich mich umhören soll, ob ich jemanden finde, den man einladen kann. Und die Planung erfolgt dann eben auf diesen Treffen.

Arneitz: Ist von den Inhalten her alles möglich? Oder gibt es eine gewisse Grundlinie?

Q: Natürlich fühlen wir uns einer guten linksradikalen Szene verbunden und unsere Inhalte sind dementsprechend. Ich weiß gar nicht, ob wir das irgendwo

fixiert haben, aber ganz klar ist: Rassistische, sexistische, homophobe und transphobe Inhalte wollen wir nicht und diese würden wir auch nicht zulassen. Die würden auch keinen Konsens finden, das ist ganz klar. Aber grundsätzlich ist es so: Was jemanden interessiert und was realisierbar ist, kann gemacht werden.

Arneitz: Kann man sagen, dass es wirklich davon abhängt, wo die Interessen der Einzelnen liegen und wie vehement sie diese einbringen?

Q: Ja genau, was noch dazukommt ist, dass wir zum einen versuchen den Raum für Mobilisierungsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen für z.B. MayDay oder 1. März/MigrantInnenstreik. Das ist so was wo wir dann schon überlegen, was ist los in dem Monat und gäbs da wen wo es vernünftig wäre die einzuladen, und denen unsere kleine Bühne zu bieten. Wir reagieren natürlich auch auf Debatten, die gerade innerhalb der Szene geführt werden. Z.B. gab es vor ein paar Monaten eine größere Diskussion über selbstverwaltete Räume, also Freiräume, was können die, was sollen die überhaupt können. Das war dann mehr eine szeneeinterne Debatte, die wir dann aufgreifen. Es kommt aber auch vor, dass externe Gruppen die Räumlichkeiten für interne Workshops nutzen, wie z.B. die Kritische Bibliothek. Aber auch Leute von der Uni wie z.B. die Kritische Migrationsforschung. Die Räumlichkeiten können aber auch für ganz private Veranstaltungen wie Geburtstagsfeiern genutzt werden.

Arneitz: Gibt es auch tagespolitische Themen, die aufgegriffen werden?

Q: Eher weniger, da wir ja mit Verzögerung arbeiten und erst für den nächsten Monat organisieren könnten. Eine Ausnahme war z.B. eine Veranstaltung, wo es um die Darstellung sexualisierter Gewalt in den Medien ging. Das war schon angeschlossen an diese Strauss-Kahn-Debatten. Das natürlich schon, aber wir versuchen es auf einer etwas allgemeineren Ebene zu thematisieren.

Arneitz: Woher kommen die ReferentInnen für die Veranstaltungen? Sind das großteils Leute aus den eigenen Reihen oder kommen da auch Personen von außen?

Q: Es gibt schon beides, wobei es schwierig ist, das zu trennen, da es in den eigenen Reihen genug Leute gibt, die studieren, die sich intensiv mit einem Thema beschäftigen und die so auch ExpertInnen sind. Meistens laden wir aber Externe ein, also nicht von unseren Gruppen. Eher selten machen wir selbst eine Veranstaltung. Wenn, dann sind das eher offene Diskussionsrunden als Vorträge. Die externen Leute können sehr unterschiedliche Leute sein, mal JournalistInnen, zu denen wir einen guten Kontakt haben, mal Leute von der Uni. Es kann sein, dass wir mitkriegen das spannende Leute von der ÖH eingeladen werden und dann fragen wir, ob man nicht noch eine Veranstaltung im Queer anhängen könnte. Es gibt auch einfach Filmabende mit Diskussion hinterher, es ist nicht immer ein Vortrag. Filme werden z.B. dann gezeigt, wenn bekannt ist, dass gerade woanders ein großes Event ist, so dass wenig Leute kommen und es schade wäre extra einen Vortragenden einzuladen, der dann vor sieben Leuten redet. Ja, und was auch noch wichtig ist: Wir versuchen nicht andauernd männliche Referenten einzuladen, sondern relativ häufig

Frauen. Das ist uns schon ein Anliegen. Was wir weniger hinkriegen ist nicht ständig weiße ReferentInnen einzuladen, sondern Leute aus migrantischen Zusammenhängen, aber das gelingt uns weniger gut.

Arneitz: Wie verteilt sich die anfallende Arbeit? Gibt es eine Kerngruppe im Queer, die die meiste Arbeit macht oder ist alles gleichmäßig auf alle verteilt?

Q: Nein, es verteilt sich nicht gleichmäßig. Es gibt 3-4 Leute, die wirklich sehr sehr viel machen, gerade in der Veranstaltungsorganisation und einige, die hin und wieder mal eine Veranstaltung übernehmen. Ich gehöre auch eher zu letzteren. Relativ unabhängig davon ist: wer betreut die Bar und kocht und putzt am Ende – auch ein wichtiger Teil der Arbeit.

Arneitz: Wieviele Leute erhalten das Queer am Leben?

Q: 12-13 Leute in Teams derzeit, und zumindest 2, die in keinen Teams sind. 15 mindestens, vielleicht noch ein paar mehr, aber die machen dann wirklich nur ab und zu was.

Arneitz: Teams?

Q: Teams für die Bar, das Kochen und Putzen, jeweils 3 Leute. Es sind 4 Teams, das läuft im Radl. Ein Team ist jeweils dafür zuständig, dass vorher gekocht wird, dass die Bar betreut wird, dass nachher geputzt wird - für diesen einen Mittwoch. Dann ist 3 Wochen wer anders dran, dann ist das Team wieder dran. Wir haben jeden Mittwoch eine Veranstaltung, von Juli bis September gibts aber eine Sommerpause, da finden keine Veranstaltungen statt. In den letzten Jahren haben wir immer erst im Oktober wieder angefangen, weil im September noch so viele Leute weg sind wegen der Uniferien.

Arneitz: Wieviel Leute kommen im Schnitt zu den Veranstaltungen?

Q: Das ist sehr unterschiedlich und für uns schwer abzuschätzen. Es gibt Abende da glaubt man es wird nicht viel los sein und dann ist es knallvoll, und es gibt umgekehrt Veranstaltungen, wo wir uns denken das ist ein tolles Thema, da kommen sicher viele Leute und dann sind es nur 15 oder so. Die Spanne ist etwa zwischen 15-50 Personen, 60, wenn es wirklich sehr sehr voll ist. Es ist ja auch von den Räumlichkeiten her begrenzt. Normalerweise etwa zwischen 20 und 30, vielleicht 35, das ist so das Übliche.

Arneitz: Wer kommt zu den Veranstaltungen? Kennen sich die meisten untereinander?

Q: Ja, das kann man schon sagen. Es kommen natürlich auch immer wieder andere Leute. Es kommen manche schon sehr gezielt zu bestimmten Veranstaltungen, das merkt man gerade bei den queer-feministischen Veranstaltungen, da sieht man dann Leute, die nicht regelmäßig da sind. Ansonsten gibt es einen relativ großen Teil, der Stammpublikum ist. Das sind recht unterschiedliche Leute, z.T. auch ältere Leute, Leute über 50. Da kommen dann einige, weil sie das Programm interessiert, andere zum Quatschen, weil

es ein Treffpunkt ist, wo man auch essen und trinken kann. Der Großteil ist aber zwischen 20 und 35, Studenten und so.

Arneitz: Das Queer wird also auch als eine Art Beisl betrieben?

Q: Nein, es ist nur ein Mitgliederlokal, ein Vereinslokal. Wir haben keine Konzession, um ein Lokal zu betreiben. Essen und Trinken gibt es gegen freiwillige Spenden.

Arneitz: Zurück zu den Veranstaltungen, wie werden die finanziert? Gibt es z.B. Honorare für ReferentInnen?

Q: Normalerweise gibt es keine Honorare für ReferentInnen, fast alle machen es ehrenamtlich. Ganz selten, dass wir doch was zahlen. Fahrtkosten werden normalerweise übernommen, aber die kommen ja nicht immer vor. Honorare gezahlt... da fällt mir ein Beispiel aus dem Dezember ein, da waren Leute aus Belgrad da, von einer lesbischen Organisation. Da war es uns ein Anliegen etwas zu zahlen, weil diese selbst sehr wenig finanzielle Unterstützung erhalten. Da haben wir von der ÖH eine spezielle Förderung gekriegt und die dann weitergegeben. So kann man ab und zu Honorarkosten aufstellen.

Arneitz: Die Räumlichkeiten der W23 befinden sich im 1. Bezirk, gibt es da nicht finanzielle Probleme mit der Miete?

Q: Nein, die Miete ist relativ günstig, was mit der Geschichte dieses Ortes zusammenhängt. Es war da früher die Druckerei Brücke drin und es muss einen alten Mietvertrag geben, der läuft glaub ich auf die AUGÉ, auf diese alternativen grünen GewerkschafterInnen, glaube ich. Jedenfalls ist der Mandelbaum Verlag jetzt sozusagen bei denen Untermieter und wir wiederum beim Mandelbaum Verlag UntermieterInnen. Aber die Miete, ich hab sie jetzt nicht im Kopf, aber sie ist für die Lage und die Größe wirklich nicht hoch und alle Initiativen im W23 legen da zusammen. Da fließt teilweise auch unser privates Geld mit rein, das ist aber kein Muss. Wer kann und will steuert so viel bei, wie er oder sie grad möchte.

Arneitz: Ist der Kulturverein W23, wie der Verein für Gegenkultur vom EKH, ein offiziell registrierter Kulturverein? Ich habe unter dieser Bezeichnung keinen Eintrag im Vereinsregister gefunden.

Q: Es gibt einen Verein, auf den auch der Mietvertrag läuft mit einem etwas anderen Namen, den ich nicht auswendig weiß. Es gibt einen Trägerverein, auf den die Miete läuft, der aber selber nichts anderes tut, außer den Raum zu mieten. W23 ist die Bezeichnung für den Ort. Recht oft sagen die Leute dann Queer und meinen das W23. Das Queer ist nur eine Initiative von mehreren, aber die, die von außen am schnellsten auffällt, wenn man da das erste Mal hinkommt. Da gab es am Anfang oft Verwechslungen.

Arneitz: Ist es richtig, dass durch die im Beisl eingenommenen freiwilligen Spenden einerseits die eigene politische Arbeit finanziert und andererseits Projekte unterstützt werden?

Q: Ja, immer wieder. 2009 haben z.B. ein paar Leute eine Broschüre gemacht, also fast ein kleines Buch, zu Marcus Omufuma und seiner Geschichte und zu Rassismus gegen schwarze Menschen in Österreich. Die ist so unterstützt worden, dass gleich 50 Stück zum vollen Preis gekauft wurden, um denen zu helfen die Druckkosten zu decken. Die Honorare vom Dezember haben wir durchaus auch als Unterstützung dieser Gruppe aus Belgrad verstanden. Das war aber nicht aus Spenden, sondern aus einer Förderung. Unter politischer Arbeit verstehen wir aber auch den Betrieb vom Queer an sich, also diese Veranstaltungen sind für uns Teil unserer politische Arbeit, auch dass wir Fahrtkosten für ReferentInnen bezahlen können, verstehen wir als Teil unserer politischen Arbeit.

Arneitz: Würdest du den Begriff "Politische Bildungsarbeit" im Zusammenhang mit dem Queer und seinen Veranstaltungen verwenden?

Q: Zugegeben, ich habe mich, bevor ich deine Fragen gelesen habe, nie mit dem Begriff beschäftigt gehabt. Grundsätzlich beschreibt es der Begriff ganz gut, andererseits gefällt mir persönlich der Begriff nicht so gut, weil "Wir im Queer machen politische Bildungsarbeit" so klingt wie "Wir geben den anderen Leuten Bildung weiter". Eigentlich entstehen viele Veranstaltungen so, dass jemand von uns dazu etwas gern wissen möchte oder dazu etwas gern haben möchte, also ist es mehr ein Selbstbildungsprozess als ein Vermitteln, das im Vordergrund steht.

Arneitz: Das Konzept einer reflexiven politischen Bildung soll "*Individuen zu Selbstbestimmung, Selbstreflexion und zur Analyse eigener und fremder Interessen befähigen sowie das politische Know-how vermitteln, wie eigene Ziele und Interessen wahrgenommen und demokratisch durchgesetzt werden können*". Passt das nicht auch auf eure Arbeit?

Q: Das denke ich schon, also Individuen schließt uns total ein, das ist der Punkt, der mir wichtig ist. Selbstbestimmung, Selbstreflexion und Analyse eigener und fremder Interessen auf alle Fälle, politisches Know-how vermitteln, den eigenen Zugangsinteressen wahrgenommen ... passt eigentlich auch, also gerade wenn man mal wieder was zu Demoverhalten oder zu Rechtshilfe macht, dann geht es auch um das ganz praktische Know-how, durchaus. Also mit der Definition kann ich ganz gut.

Arneitz: Auch mit dem Punkt, dass man es demokratisch durchsetzt?

Q: Mit einem weiten Demokratiebegriff, ja. Also nicht eingeschränkt auf nur repräsentative Demokratie, sondern ich würde so etwas wie zivilen Ungehorsam, Protest, Demonstrationen auch als demokratische Mittel verstehen. Eine nichtangemeldete Demonstration, mit der man gegen irgendwelche Verwaltungsvorschriften verstößt, finde ich völlig unproblematisch und im weiten demokratischen Rahmen.

Arneitz: Wäre der Einsatz von Gewalt eine Grenze, die man nicht überschreiten sollte?

Q: Bei mir ist es so, dass ich Gewalt gegen Personen außerhalb von absoluter

Selbstverteidigung strikt und vehement ablehne und dass ich Sachbeschädigung nicht als Gewalt verstehe. Also ich finde eine Mauer zu bemalen ist keine Gewalt, also wenn es da um so etwas geht. Also Graffiti z.B., finde ich, ist ein vollkommen legitimes Ausdrucksmittel, vor allem um Protest in den öffentlichen Raum zu tragen, den ich genauso legitim finde wie eine Demonstration. Ich halte aber auch Hausbesetzungen für ein legitimes Mittel: Wenn bei denen sehr brachial geräumt wurde, hat niemand versucht, die Polizei mit körperlichen Widerstand davon abzuhalten, höchstens mit "Raustragen lassen". Was mir am österreichischen Verfassungsschutzbericht auffällt: Es ist schon ein bestimmtes Signal, dass jedes Graffiti (das eine politische Botschaft ist), als linksextreme Straftat gewertet wird, während es eine Straftat ohne politischen Hintergrund oder ein Nachbarschaftsstreit ist, wie es in Oberösterreich kürzlich behauptet wurde, wenn Rassisten irgendjemanden zusammenschlagen. Als in Kärnten das AsylwerberInnenheim angezündet wurde, hieß es, das waren sie selber und haben eine Zigarette nicht ausgedämpft.

Arneitz: Zurück zu den Veranstaltungen: Was sind die Ziele, was soll primär erreicht werden?

Q: Ein Ziel ist auf jeden Fall die Veranstaltungen zu organisieren, die uns sonst in Wien abgehen würden, zu denen wir selber gern gehen wollen. Ein Ziel ist Wissensvermittlung in dem Sinn, um in linke/linksradike Debatten damit reinzugehen, damit Leuten bessere Argumente zu geben, ein besseres Diskussionsklima zu schaffen. Gerade bei den offenen Diskussionsveranstaltungen, in denen es darum ging einen Rahmen zu schaffen eine Diskussion zu führen, die nicht sofort eskaliert, mit Moderation, die darauf schaut, dass Leute ausreden können. Diskussionen, die sonst, wenn sie z.B. im Netz geführt werden sehr schnell eskalieren und sehr unangenehm werden können, für die einen anderen Rahmen zur Verfügung zu stellen, das ist unser Ziel. Manchmal ist es, Initiativen, wie z.B. 1.März-Streik, auch wirklich eine Plattform zu bieten, wo man sagt, da sind eine paar Leute, bei denen es Sinn machen könnte ihnen eure Arbeit vorzustellen oder MayDay z.B. wo es darum geht Sachen vorzustellen, die vielleicht mobilisierend wirken können, wenn Leute gebraucht werden. Manchmal steht wirklich mehr die Wissensvermittlung im Vordergrund, gerade wenn z.B. irgendwelche Bücher vorgestellt werden. Oder auch das, was im Vorfeld zum WKR-Ball gemacht wurde. Was ein rechter Mann ist, wo es um rechte Männlichkeitsbilder geht, wo ein Hintergedanke ist, dass man die Antifa-Debatte auf etwas höherem Niveau führen kann und nicht nur, "das sind die blöden Nazis" sondern auch, was steht dahinter, was ist die ideologische Basis dahinter. Das ist da jetzt nicht diskutiert worden, aber da wäre für mich dann nochmal der Umkehrschluss, was heißt es für Protestaktivitäten, weil man sich davon ja ganz klar distanzieren und abgrenzen will, also das kann dann auch nicht furchtbar mackrig ablaufen, was ja bei Antifa-Geschichten sehr schnell passiert. Ein Ziel noch, das ist weniger die Veranstaltung, als vielmehr der Raum an sich, ist einen Raum für informellen Austausch zur Verfügung zu stellen, wo Leute gern hinkommen, wo man miteinander ins Gespräch kommt, einfach dass man einen Treffpunkt hat.

Arneitz: Woanders könnte das nicht in dieser Form stattfinden?

Q: Es gibt natürlich andere linke Räume in Wien, die z.T. ähnliche Funktionen haben, wie die IDA, die es jetzt nicht mehr gibt, wo jetzt hoffentlich das Nachfolgeprojekt "das bäckerei" bald aufsperrt wird. Das EKH, gerade mit dem Polidiskubeisl am Donnerstag, ist auch ein offener Raum. Die sind alle ein bisschen unterschiedlich, haben alle ein bisschen unterschiedliches Publikum.

Arneitz: Auch unterschiedliche Schwerpunkte letztendlich?

Q: Ich kenne jetzt z.B. das Polidiskubeisl nicht gut genug, aber da habe ich das Gefühl, das ist schon sehr ähnlich wie das Queer. Aber inwieweit die das in der Tradition des alten Queer weiterführen kann ich jetzt nicht sagen, denn es sind halt ganz andere Leute als früher. Wir haben jedenfalls schon immer einen queer-feministischen Anspruch gehabt. Es sind einfach im Queer viele dabei, die sich aus der RAW-Geschichte heraus, da wird die Verbindung schon wieder wichtig, mit dem Thema Sexismus in der linken, in linksradikalen Zusammenhängen sehr lang, sehr intensiv und aus persönlicher Betroffenheit heraus auseinandergesetzt haben. Und ich glaube daher ist es vielen dort so ein großes Anliegen und man es dann auch am Programm merkt.

Arneitz: Glaubst du, dass es möglich ist, mit Initiativen wie Queer und Co. auch gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben?

Q: Es kann, glaube ich, ein kleiner Baustein dafür sein. Also z.B. Initiativen, die wir gut finden bekannter machen, das kann schon vielleicht Auswirkungen haben. Also ich glaube, gesellschaftliche Veränderungen ist ein bisschen groß gegriffen.

Arneitz: Man hat schon das Gefühl, dass immer so ein gesellschaftskritischer Tenor durchkommt bei den Veranstaltungen...

Q: Ja.

Arneitz: "Zerschlagt das System" steht über dem EKH-Eingang zu lesen – das klingt doch nach mehr als bloßer Kritik, da steckt doch auch der Wunsch nach gesamtgesellschaftlichen Veränderungen dahinter, oder? Wie ist das bei euch bzw. wie siehst du das?

Q: Das ist etwas, was die Leute bei uns vielleicht unterschiedlich sehen würden. Ich habe vielleicht eine schwammige Position, aber ich glaube, das eine große Veränderung notwendig ist. Ich bin schon der Meinung, dass der Kapitalismus als Wirtschaftssystem katastrophal ist und dass es spätestens die Generation nach uns voll abkriegen wird. Das würde ich lieber heute als morgen verändern und zwar grundsätzlich, also wirklich in dem Sinn "Weg mit dem System!", aber ich glaube nicht an die plötzliche große Weltrevolution, heute ist es so und morgen ist dann alles anders - das glaube ich nicht. Deswegen glaube ich, dass man nur über dauernde kleine Veränderungen insgesamt etwas bewegt. Und ich glaube, dass das ein Prozess ist, so wie die 68er ganz viel angestoßen und verändert haben und dass das dann wieder vom System aufgegriffen wird. Um es verkürzt zu sagen, was uns heute wieder als flexibilisierter und prekarisierter Arbeitsmarkt zurückgespielt wird. Das Ziel sollte schon das Abschaffen bleiben, das sollte man nicht ganz vergessen, weil man sich sonst, glaube ich,

verheddert in Dingen, die ich als falsche Richtungen identifizieren würde. Ich glaube, dass man nicht darauf warten kann, dass irgendwann die eine ganz große Veränderung kommt und damit alles anders wird. Ich glaube, dass man darauf mit vielen kleinen Puzzlesteinchen hinarbeiten muss.

Arneitz: Geht es dabei auch um staatliche Strukturen?

Q: Definitiv. Ein Nationalstaat mit seinen Grenzen oder heute die berühmte Festung Europa mit ihren Grenzen, die jährlich tausende Leute ermordet, die dann im Mittelmeer ertrinken oder im Fluss zwischen der Türkei und Griechenland oder in der Sahara verdursten, weil sie vom erweiterten Grenzschutz dorthin abgeschoben werden. Das ist nicht tragbar, das darf nicht sein, das muss man zerschlagen und komplett abschaffen. Der Meinung bin ich schon.

Arneitz: Gehst du zu Wahlen?

Q: Manchmal, kommt auf die Wahl an. Ich werde z.B. ziemlich sicher zur nächsten Wahl in Wien gehen, ich werde auch zur nächsten Nationalratswahl gehen. Wo ich nicht hingeh, sind Bundespräsidentenwahlen, weil die finde ich vollkommen unwichtig. Aber ich gehe schon zu Wahlen und ich wähle auch strategisch. Ich finde, dass man staatliche Strukturen, solange es sie gibt, nützen soll, wenn sich das anbietet. Das weiß ich, dass einige das anders sehen und wo sich die Debatte dann immer wieder aufmacht, ist beim Verbotsgesetz und staatliche Repression gegen Neonazis. Da bin ich der Meinung, solange die Gesellschaft ist, wie sie ist, braucht man das Verbotsgesetz und es ist gut, dass es das gibt und ich bin dafür, dass es angewendet wird. Andere sagen wegen gesellschaftlicher Konflikte nach dem Staat zu rufen, ist immer ein Fehler und die lehnen das Verbotsgesetz dann ab. Aber auf einer ganz anderen Basis, es wird nicht das Verbotsgesetz abgelehnt, sondern es werden Gesetze abgelehnt und deshalb konsequenterweise auch das Verbotsgesetz.

Arneitz: Staatliche Autorität wird also abgelehnt?

Q: Ja, genau. Ich habe da einen pragmatischeren Zugang und sage, solange die Welt ist, wie sie ist, brauchen wir das. Ich bin auch dafür, dass es z.B. Antidiskriminierungsgesetze gibt, die auch angewandt werden. Da bin ich sicher eher auf der pragmatischen Seite. Aber das es auch anders geht, zumindest im Kleinen funktionieren solche Ideale ja schon. Historische Beispiele sind immer ein bisschen schwierig, aber so wie Barcelona im Spanischen Bürgerkrieg verwaltet wurde, da gab es schon Versuche, Anläufe und Modelle. Das gilt heute für Leute mit der Solidarökonomie, die versuchen Alternativen zum Kapitalismus vorzuzeigen. Mit dem schönen Satz der Zapatisten "Fragend voranschreiten". Man kann nur einen Schritt nach dem anderen machen. Ich glaube, man braucht aber die Utopie im Kopf trotzdem.

Arneitz: Was bedeutet für dich persönlich das Queer?

Q: Es ist einfacher jemanden zu fragen "Kannst du die Veranstaltung für uns halten, aber wir können kein Honorar zahlen". Das ist in vielen anderen

Kontexten einfach schwierig, meiner Erfahrung nach. Mit ganz geringen finanziellen Mitteln etwas zu organisieren, ist dort einfacher. Es gibt die Infrastruktur, es gibt den Beamer, es gibt die Leinwand, es gibt den Computer und das funktioniert auch alles. Man kann mit der Bibliothek reden, ob sie vielleicht einen Büchertisch zu dem Thema machen. Die Möglichkeiten sind recht gut.

Arneitz: Abschließend noch eine Frage zu dem Überfall, der sich 2008 – vermutlich auch der rechtsextremen Szene – auf das Queer ereignet hat. Wie kam es dazu?

Q: Genau, das war bei einem RAW-Fest. Ich war im hinteren Raum ganz im Eck und bis ich vorne war, war der Überfall auch schon wieder vorbei. Es waren zugegeben sehr viele Leute da, die sehr gut reagiert haben. Wie klar war, die wollen da jetzt rein und wollen irgendwelche Leute schlagen, haben die Anwesenden sie schnell vertreiben können und haben dabei auch mit Flaschen und Sesseln und was weiß ich was nach denen geworfen und die sind dann sehr schnell davongerannt.

Arneitz: War das ein einmaliger Vorfall oder könnte so etwas wieder passieren?

Q: Es hat uns schon ziemlich schockiert, wir haben jetzt auch nicht damit gerechnet, das kam ziemlich aus dem Nichts heraus. Wir haben auch nie etwas darüber gehört, dass Leute beim Heimgehen angestänkert worden wären. Was wir im letzten Sommer recht massiv hatten, waren Schmierereien vor der Tür, wo man schon immer ein ungutes Gefühl hat, gerade wenn während der Bibliotheksöffnungszeit z.B. nur 3, 4, 5 Leute da sind. Aber da sind wir nie attackiert worden, die haben halt nur ihr Logo irgendwohin gesprayt.

Arneitz: Hat man da ein mulmiges Gefühl?

Q: Ich schon, ich weiß nicht, wie das für die anderen ist, aber ich glaube, dass viele seitdem schon ein mulmiges Gefühl haben. Man versucht halt zu überlegen, dass wenn die Stimmung gerade ein bisschen aufgeheizter ist – z.B. im Vorfeld des WKR-Balls – dass man nicht alleine dort ist, das schon.

Arneitz: Aber waren damals nicht sogar Leute vom Verfassungsschutz im W23?

Q: Wir haben es nie ganz aufklären können. Es war der 25. Oktober, am Abend standen zwei Leute von der Polizei oder vom Verfassungsschutz – das kann ich nicht genau sagen – vor der Tür. Wir haben uns noch lustig gemacht darüber und haben noch gesagt "Die sind sicher jetzt da, damit wir nicht in der Nacht auf den Heldenplatz gehen, wo die die Militärparade aufbauen und dort irgendetwas anstellen." Die sind vor der Tür gestanden und irgendwann, um zwölf oder halb eins, waren die dann halt weg und wir haben noch gesagt "Jetzt können wir gehen" – so im Scherz – und eine halbe Stunde später war dann der Überfall. Also anscheinend wussten die was, was wir nicht wussten. Das ist mittlerweile unsere Interpretation, das die vielleicht auch wegen der Nazis da waren und nicht, weil sie uns bewachen wollten.

Arneitz: Glaubst du, dass das W23 und die dort tätigen Initiativen unter das wachsame Auge des Verfassungsschutz fallen?

Q: Das ist uns bisher nicht wirklich aufgefallen. Also z.B. im Rahmen der Langen Nacht der Anarchie, da hat die Bibliothek z.B. eine Veranstaltung gemacht. Und wenn das schon Anarchie im Namen hat, da kann ich mir schon vorstellen, dass die sich das anschauen, aber es gibt keine Hinweise darauf, dass wir besonders überwacht würden. Die werden schon ab und zu schauen, was da los ist, aber... Es sind ja öffentliche Veranstaltungen, da sollen sie ruhig kommen und sie sich anhören!

Arneitz: Ich danke dir vielmals für das Gespräch!

Interview mit einem Politdiskubeisl-Aktivisten/EKH

Dabei handelt es sich weniger um ein "klassisches" Interview als viel mehr um die Beantwortung eines Fragenkatalogs, zu dem sich ein Gruppenmitglied des Politdiskubeisls – er möchte anonym bleiben – bereit erklärt hat.

Frage: Gibt es bestimmte Grundsätze, nach denen die Programmgestaltung erfolgt?

Antwort: Das Programm wird am Plenum besprochen. Dort werden die Ideen gesammelt und die Aufgaben verteilt.

Frage: Wodurch unterscheiden sich eure Veranstaltungen von denen anderer Einrichtungen?

Antwort: Also, dass wir eine Gruppe sind, die Veranstaltungen gratis sind, es dort Essen (vegan) und Getränke (mit freiem Preis) gibt. Eher low-level Veranstaltungen, keine Expert_innen Diskussionsrunden (auch wenn hier natürlich Expert_innen vortragen können. Dass sie gut eine halbe Stunde nach der angekündigten Zeit beginnen.

Frage: Wie entsteht das Programm? Wer liefert die Ideen und wer entscheidet über die Inhalte?

Antwort: Die Gruppe bzw. die Leute die am Plenum sind machen das Programm. Die Ideen kommen aus der Gruppe und es gibt auch zuweilen Anfragen von anderen Personen oder Gruppen. Wir diskutieren und reden darüber. Entschieden wird quasi im Konsens. Es gibt da keine Abstimmung. Beispiel: Es ist schlau im Februar etwas zu den Februarkämpfen 1934 zu machen (und nicht im Sommer oder so) ... wer kennt wen... dann meldet eine Person „ich kenne die Person X, die weiß sehr viel darüber... dann sagt eine Person „wah, die Person X finde ich politisch ganz schlecht (oder mit der Person kann ich gar nicht) und dann einigt man sich am besten Fall auf Person Y.

Frage: Werden Veranstaltungen überwiegend von auch im EKH wohnenden Personen getragen oder mehr von externen Personen?

Antwort: Die Veranstaltung wird primär von der Politbeisl-Gruppe getragen, in der aber auch EKH Bewohner_innen aktiv sind. Aber was Bewerbung, Kochen und die Erhaltung der Räumlichkeiten betrifft, wird das PB von Bewohner_innen unterstützt die nicht in der Gruppe aktiv sind.

Frage: Gibt es bevorzugte Themenbereiche bzw. gibt es Inhalte, die nicht vorkommen dürfen?

Antwort: Da sich die meisten wohl aus linksradikal, autonom, anarchistisch oder ähnliches sehen bedeutet dies, dass hier politisch Position bezogen wird. Themen ergeben sich teilweise aus dieser politischen Orientierung.

Beispielsweise ist Antifaschismus ein wichtiger Themenbereich. Und wenn wir hier die zweite Frage mit beantworten, so dürfen alle Themen vorkommen. Die Frage ist die Herangehensweise, die Perspektive, was man sagen will. So finden im EKH keine revisionistischen (in Bezug auf die NS-Geschichte) Vorträge statt. Jedoch Vorträge, die sich kritisch auf den Revisionismus beziehen oder ihn kritisieren und „bekämpfen“.

Frage: Welche Themenbereiche finden besonders viel Anklang, welche werden weniger gut angenommen?

Antwort: Schlechten Anklang finden schlecht beworbene, mittelmäßige Filme; Anklang finden bekannte Vortragende event. mit ihrem neuen Buch, das ganze gut beworben.

Frage: Was soll durch die Veranstaltungen erreicht werden? Geht es hauptsächlich um Informationsaustausch und Wissensvermittlung oder werden z.B. auch konkrete politische Ziele damit verfolgt?

Antwort: Wohl beides. Der Austausch, das Diskutieren, das miteinander Reden, etwas Neues erfahren, denn ohne Wissen und Theorie gibt es auch kein Revolutionär-werden. Eine Informationsveranstaltung zu den Demonstrationen gegen den WKR Ball will die Leute darüber informieren, welche Bedeutung und Funktion der WKR für die Rechten hat, wer dort hingehet usw. will zur Demonstration mobilisieren und schließlich ist es ein politisches Ziel, dass der WKR Ball nicht mehr abgehalten wird.

Frage: Würdet ihr eure Tätigkeit im Rahmen des Politbeisls selbst als politische Bildungsarbeit bezeichnen?

Antwort: Ich kann mit dem Begriff was anfangen. Ja, wenn man den sozialen Aspekt mitdazunimmt. Ein Ort, wo man sich trifft, austauscht usw.

Frage: Das Konzept einer reflexiven politischen Bildung soll *„Individuen zu Selbstbestimmung, Selbstreflexion und zur Analyse eigener und fremder Interessen befähigen sowie das politische Know-how vermitteln, wie eigene Ziele und Interessen wahrgenommen und demokratisch durchgesetzt werden können“*. Lässt sich diese Definition auch auf die im Politdiskubeisl durchgeführten Veranstaltungen übertragen?

Antwort: Ja, jedoch muss hier auch noch das Kollektive oder „die Szene“ mit gedacht wird. Es lernt und vergisst auch eine politische(s) Kollektiv, eine „Szene“ oder Bewegung. Und es geht hier weniger um die demokratische, sondern politische Durchsetzung von Zielen. Ganz egal, welches politische System. Im besten Fall geht's um eine Demokratisierung der politisch, ökonomisch, kulturellen usw. Bereiche. Also das Kippen von hierarchischen, elitären, gewaltvollen und ungleichen Verhältnissen.

Frage: Was ist eure Motivation für die von euch geleistete Arbeit?

Antwort: Für mich war es eine Herzens- und Verstandesangelegenheit. Im Moment reduziert sich die Motivation durch die mangelnde Zeit.

Frage: An wen richten sich die Veranstaltungen, wer soll damit angesprochen werden?

Antwort: Es richtet sich bestimmt mehr an politisch interessierte und/oder aktive Menschen, nennen wir sie die „autonome Szene“, die Bewohner_innen des EKH...

Frage: Wie würdet ihr die BesucherInnen der Veranstaltungen charakterisieren? (Alter, Herkunft, politische Ausrichtung...)?

Antwort: 22 – 27, originelle Frisur, aus einem deutschsprachigen Land, studierend, arbeitslos und/oder prekär.

Frage: Wie finanziert sich das Politdiskubeisl? Gibt es auch Förderungen und wenn ja, welche?

Antwort: Da niemand etwas verdient, sind die Kosten sehr gering. Für Referent_innen gibt es Fahrtkostenersatz, Verpflegung. Finanziert durch Spenden (bei der Veranstaltung) oder das EKH.

Frage: Gibt es Kooperationen mit anderen Projekten bzw. gemeinsame Veranstaltungen im Rahmen des Politdiskubeisls?

Antwort: Kooperation gibt's mit der BibliothEKH, dort liegen themenbezogene Bücher auf. Und dann natürlich, wenn eine Gruppe eine Veranstaltung machen möchte – eine der ersten war beispielsweise die ARGE Wehrdienstverweigerung.

Frage: Was bedeutet für dich persönlich die Existenz eines Politbeisls im EKH?

Antwort: Es ist der politische Arm des EKH. Für mich war und ist es wichtig, dass das EKH nicht nur als Konzert- oder Partyort genutzt oder bekannt ist.

Diese Antworten geben nur eine Meinung der Politbeisl-Gruppe wieder.²⁸²

²⁸² Persönliche Anmerkung des Befragten

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der wohl bekanntesten Subkultur im Linksextremismus: den Autonomen. Seit ihrem ersten Auftreten vor fast 30 Jahren steht zumeist der Aspekt der Militanz im Mittelpunkt der Beschäftigung mit dieser sozialen Bewegung, generell besteht aus sozialwissenschaftlicher Sicht ein großer Nachholbedarf der Forschung zu diesem Thema. Im Rahmen dieser Diplomarbeit wird der Versuch unternommen, eine möglichst umfangreiche Darstellung der Autonomen zu geben und dabei Fragen zu ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Ideologie und ihrem Weltbild, ihren Organisationsstrukturen, ihren Aktionsfeldern sowie ihren Aktionsformen zu klären. Dabei wird ebenfalls die mit den Autonomen eng verknüpfte Gewaltthematik zur Sprache gebracht sowie ein Blick aus der Perspektive des Verfassungsschutzes auf dieses Thema geworfen. Da die Autonomen dem linksextremistischen Spektrum zugerechnet werden, setzt sich diese Arbeit auch mit dem Gegenstandsbereich des Linksextremismus auseinander. Dabei stehen vor allem die Ideologien der beiden Hauptströmungen Kommunismus und Anarchismus im Mittelpunkt. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, ob die innerhalb der autonomen Szene von verschiedenen Gruppen und Projekten geleistete politische Arbeit unter dem Blickwinkel von politischer Bildungsarbeit betrachtet werden kann. Im Fokus stehen dabei Gruppen und Projekte, die im Ernst-Kirchweger-Haus – ein seit 20 Jahren bestehendes autonomes Zentrum in Wien mit Besetzungsgeschichte – entstanden sind bzw. aktuell dort aktiv sind. Dazu gehören: der Infomaden, die HausbibliothEKH, das Politdiskubeisl, die Bibliothek von unten, das Archiv der sozialen Bewegungen und das Que(e)r. Die Gruppen und ihre Aktivitäten werden vorgestellt und dahingehend analysiert, inwieweit sie Aspekte von Politischer Bildung erfüllen. Neben einer Analyse ihrer Selbstdarstellungen im Internet sowie einer inhaltlichen Analyse der Veranstaltungen, die zum Teil auch besucht wurden, fließen auch die Erkenntnisse aus zwei Interviews mit AktivistInnen in die Beantwortung dieser Frage ein.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Karin Rosalia Arneitz
Geburtsdatum: 2. August 1969
Geburtsort: Villach
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

03/2010 – Wiederaufnahme des Studiums Politikwissenschaft
11/2009 – 01/2010 Diplomlehrgang Trainerin für Wirtschafts- und
Sozialkompetenz
10/1989 – 06/1998 Studium der Politikwissenschaft an der Universität
Wien
09/1983 – 06/1988 Bundeshandelsakademie Villach
09/1979 – 06/1983 Hauptschule Velden am Wörthersee
09/1975 – 06/1979 Volksschule Goritschach

Beruflicher Werdegang

01/2001 – 09/2009 Berufsförderungsinstitut, Wien
Trainerin in der Erwachsenenbildung, Schwerpunkt:
Kaufmännische Fächer
05/1998 – 12/2000 UPC Telekabel, Wien
Telefonmarketing